

DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung
H20318 · 33. Jahrgang
202 | November/Dezember 2010 EUR 1,50

Aus dem Inhalt

WWW.DIREKTEAKTION.ORG

Direkte Aktion · Schwanthaler Str. 139 Rgb. 80339 München
Deutsche Post AG · PVSt · „Entgelt bezahlt" · VKZ H20318

Arbeitsplätze schaffen – mit Waffen

Während die IG Metall sich einerseits den Pazifismus auf ihre Fahnen geschrieben hat, kritisiert sie die Gefährdung von Arbeitsplätzen durch Kürzungen im Rüstungsetat

Die IG Metall gilt innerhalb des DGB als dessen linker Flügel. So übernahm sie in der letzten Tarifrunde – wenn auch aufgeweicht – die FAU-Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit (siehe Artikel unten). In der Frage der Tarifeinheit ist sie wesentlich skeptischer als der DGB, sogar über der Austritt aus diesem wurde in der IGM schon mal nachgedacht. Auch in Sachen Antimilitarismus prescht sie voran: „Sicherung oder Schaffung von Arbeitsplätzen darf nicht als Argument gegen Abrüstung bzw. für mehr Rüstungsproduktion und Waffenexport missbraucht werden". So formulierte es die IG Metall 1989 auf ihrem 16. Gewerkschaftstag.

2010 klingt das ganz anders. Mit ungewöhnlich kämpferischen Tönen kritisiert der Ingolstädter IGM-Bevollmächtigte Bernhard Stiedl, nebenbei Aufsichtsratsmitglied beim Rüstungskonzerns EADS Deutschland, die geplante Kürzung des Verteidigungsetats um bis zu 9,3 Mrd. Euro: „Wir werden als IG Metall diesem Streichkonzert nicht tatenlos zusehen und deshalb dagegen mobilisieren und zu Aktionen aufrufen". Die Regierung will weniger Kampfhubschrauber, Drohnen und Eurofighter einkaufen, wodurch laut IGM mittelfristig 15.000 und langfristig 30.000 Arbeitsplätze bedroht seien. Kampf für die Rüstungsindustrie als Kampf gegen die Krise? In der Rhetorik der IGM scheinen die Kürzungen im Rüstungsetat Bestandteil des Sozialabbaus zu sein.

„Die Branche ist geschrumpft, gleichzeitig werden die Produkte jetzt real von der Bundeswehr eingesetzt", betont Kai Burmeister, bei der IG Metall zuständig für den Betriebsräte-Arbeitskreis „Wehrtechnik & Arbeitsplätze". Waffenproduktion ist also erstens nicht so schlimm, wenn sie sowieso schon reduziert wurde, und vor allem dann nicht, wenn der eigene Staat sie tatsächlich benötigt. Vor der internationalen Solidarität kommt also immer noch die Sorge um das Vaterland, nicht nur, was dessen Arbeitsplätze, sondern auch, was die Staatsräson betrifft.

Derselbe Burmeister betont im *Neuen Deutschland*: „Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung. Dahinter stehen unserer Mitglieder", doch das tut nichts zur Sache, denn „die Gefährdung von Arbeitsplätzen im Rüstungsbereich ist nicht hinzunehmen". Dies meint zumindest die Spitze der IG Metall, denn ob die Mitglieder hier zustimmen, sei dahingestellt. Burmeister ist Pragmatiker, wie es sich für einen Sozialdemokraten gehört: Das „beschäftigungspolitisch Machbare" hat ein Primat über das „friedenspolitisch Wünschenswerte".

Welch ein Hohn auf den angeblichen Wert der „Völkerverständigung"! Es geht hier um nichts anderes als um die Rettung der deutschen Wirtschaft auf Kosten von Menschenleben in anderen Teilen der Welt. Das macht Burmeister ganz klar: „Richtig ist auch, dass für uns in dieser Krise die Sicherung von Arbeitsplätzen oberste Priorität hat. Das gilt für alle Industriezweige und damit auch für die Wehrtechnik, wo die Arbeitsplätze natürlich von den Verteidigungsausgaben abhängen". Ob die IG Metall diese Forderung bei dem nächsten traditionell von den Gewerkschaften unterstützten Ostermarsch vor sich her tragen möchte?

Doch die Argumentation Burmeisters greift auch in sich zu kurz. Selbst während der hohen Gewinnsteigerungen von 2002 bis 2003 und der Rekordauftragslage für EADS im Jahr 2003 wurden Stellen im Rüstungssektor gestrichen (vgl. DA #181). Selbstverständlich hat die Nachfrage einen Einfluss auf die Produktion, aber dies ist eben nicht der einzige Aspekt der Arbeitsplatzvergabe.

Gerade in der momentanen Krise sind die Gewerkschaften in Deutschland auf internationale Kooperation zwischen den Gewerkschaften angewiesen. Es zeigt sich, dass „Arbeiterklasse" kein nationales Phänomen, sondern Teil einer globalen Struktur ist. ArbeiterInnen sind nicht nur die ProduzentInnen von Rüstungsgütern, sie sind auch das internationale Kanonenfutter, das diese Rüstungsgüter später nutzen soll. Die ArbeiterInnen in Deutschland wusssten das z.T. nach beiden Weltkriegen und reagierten entsprechend.

„Wir finden es nicht gut, wenn mit deutschen Steuergeldern ausländische Rüstungsgüter gekauft werden. Wir hätten die Wertschöpfung lieber in Deutschland" – so klingt das dagegen heute aus dem Mund von Bernhard Stiedl. Kurz und knapp: Die IG Metall steht voll und ganz hinter Vaterland und Marktwirtschaft. Wir sehen die DGB-Gewerkschaften schon Hand in Hand mit RWE, e.on und Vattenfall gegen die Stilllegung der Atomkraftwerke protestieren ...

Torsten Bewernitz

Anonym auf Jobsuche

Ein Modellversuch soll in Deutschland das Konzept der anonymisierten Bewerbung bekannt machen

Fünf Großunternehmen wollen demnächst mit anonymen Bewerbungen für mehr Gleichberechtigung bei der Vergabe offener Stellen sorgen. Diese Idee ist längst nicht neu und außerhalb von Deutschland seit Jahrzehnten eine gängige Praxis. So verwundert es nicht, dass alle am Modellversuch beteiligten Firmen im internationalen Handel tätig sind. So etwa die Deutsche Telekom AG, die zwar an dem Versuch teilnimmt, jedoch nur Stellen in der Kundenbetreuung für das Auswahlverfahren vorgesehen hat. Außerdem beteiligt sind unter anderem die Deutsche Post, Procter & Gamble, L'Oreal und der Dienstleister Mydays. Die Bundesregierung hatte 30 Firmen angeschrieben, die Resonanz ließ zu wünschen übrig.

Alter, Geschlecht, Familienstand und Herkunft sind die häufigsten Gründe, um aussortiert zu werden und in der Ablage zu landen. Das müssen Menschen mit Migrationshintergrund und junge Mütter deutlich feststellen, die oft schlechtere Chancen am Arbeitsmarkt haben. Dabei schreibt das Allgemeine Gleichberechtigungsgesetz (AGG) bereits seit 2006 vor, dass Alter, Geschlecht und Herkunft keine Kriterien für die Auswahl von BewerberInnen sein dürfen. Die Praxis sieht allerdings anders aus, wie z.B. die in Deutschland geborene Selen M. aus Berlin erfahren musste: „Wenn ich mich am Telefon gleich mit Namen vorstellte, dauerte das Gespräch nicht länger als eine Minute. Als ich konsequent unhöflich meinen Namen zu Gesprächsbeginn vermied, stieg die Zahl der Einladungen. Als ich dann vor Ort war, hatte ich die Ausbildung eigentlich fast schon in der Hand." Eben diese Vorurteile wollen die Unternehmen bekämpfen, da sie andernfalls qualifizierte BewerberInnen von vornherein ausschließen.

Einige deutsche Unternehmen bemängeln jedoch, dass die Umsetzung nur mit großem Aufwand möglich sei. Alle eingehenden Bewerbungen müssten erst geschwärzt werden. Außerdem stellt sich die Frage, wo die Anonymisierung der Unterlagen beginnt und wo sie endet. So müssten etwa Zeugnisse geschwärzt werden. Außerdem gäbe es den Effekt, dass viel häufiger Nachfragen bestünden und so verstärkt Bewerbungsgespräche geführt werden müssten. Genau darauf jedoch zielen die Bemühungen der Bundesregierung, die über das Bundesfamilienministerium ebenfalls an der Studie teilnimmt, nach eigener Aussage ab. Sie entgegnet, dass lediglich die Online-Formulare auf den Websites der Unternehmen verändert werden müssten. Das Schwärzen von Papier-Bewerbungen ließe sich im Vorzimmer erledigen.

Letztendlich hängt es also von zwei Aspekten ab, ob sich diese neue Form der Bewerbungsmöglichkeit durchsetzt: Zum einen müssen ArbeitnehmerInnen diese Form der Bewerbung annehmen, zum anderen hat es die Wirtschaft in der Hand. Bieten nur wenige Unternehmen das anonyme Bewerben auf ihre offenen Stellen an, sind die Bemühungen bezüglich der Einführung von Anonymbewerbungen umsonst.

Andreas Potzlow

Catwalk



Dort Kampf, hier Krampf

Während hierzulande der angekündigte „Heiße Herbst" – wieder mal – zur heißen Luft verkommt, zeigen die Gewerkschaften in Frankreich, was es heißt, nicht nur leere Drohungen auszusprechen. Noch bis zum Redaktionsschluss der DA befanden sich die Streiks und Proteste gegen die dortige Rentenreform in vollem Gange (siehe S. 9). Viele Streikende gehen an ihre finanziellen Grenzen, manche von ihnen wurden gar unter der Androhung von Gefängnisstrafen zur Arbeit gezwungen.

Einige Gewerkschaften haben deshalb um materielle Unterstützung gebeten. Auf der übergewerkschaftlichen Webseite www.bizimugi.eu mit Infos (auf Französisch), wie und wohin man etwas spenden kann.

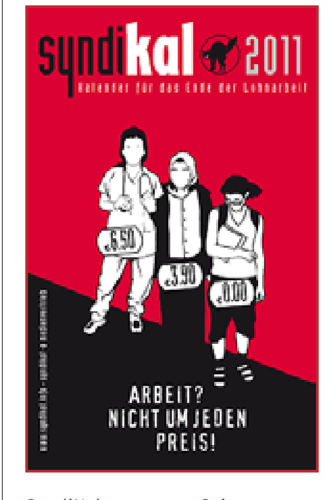
Neuer Kino-Trend

Die Kinobranche scheint ein trauriges Geschäftsfeld geworden zu sein. Immer öfter hört man von miesen Arbeitsbedingungen und gewerkschaftsfeindlichen Praktiken aus diesem Bereich. Jetzt steht – wieder mal – die Cinémathèque Française in Paris im Rampenlicht, weil dort die CNT-Gewerkschaftsdelegierte Valérie entlassen wurde (Infos zum Fall auf S. 11). Die CNT-F bittet nun um Unterstützung.

Soli-Botschaften könnt ihr senden an: intersyndicale.cinematheque@gmx.com Eine Petition könnt ihr unterschreiben auf: http://8203.lapetition.be

Kauf dich glücklich!

Der anarchosyndikalistische Taschenkalender für das kommende Jahr ist erschienen. Über die reine Zeitplanung hinaus bietet der SyndiKal – wieder mal – knackige Texte und Illustrationen. Ein Muss für alle, die ihre Zeit noch immer lieber analog verplanen.



SyndiKal 2010, 192 Seiten, 6,50 Euro, ISBN 978-3-9810846-2-7. Zu beziehen bei www.syndikat-a.de oder im Buchhandel.

FAU-Ticker

In Mainz und Moers sind neue Gruppen der Anarcho-Syndikalistischen Jugend in Gründung +++ FAU-Arbeitsgruppe veröffentlicht Positionspapier für Tarifpluralität: Finger weg vom Streikrecht! Gewerkschaftsfreiheit statt Arbeitsfront +++ Das Komitee für gewerkschaftliche Freiheit fragt am 1.11. „Durch Streikverbot zur Tarifeinheit?" mit FAU Berlin auf dem Podium +++ FAU Berlin fordert ausstehende Löhne für die Beschäftigten eines Brandenburger Open Air-Kinos ein und begleitet die Prozesse vorm Berliner Arbeitsgericht +++ FAU Berlin und FAU Nürnberg beteiligten sich am internationalem Aktionstag gegen inhumane Arbeitsbedingungen beim ZARA-Zulieferer Topy Top in Peru +++ FAU Freiburg aktiv gegen Bundeswehrwerbung „Berufe in Uniform" bei der Agentur für Arbeit +++ FAU Leipzig beteiligte sich am europaweiten Aktionstag der Gewerkschaften am 7. Oktober +++ Mehrere FAU-Gruppen unterstützen Aufruf gegen Castor-Transport +++ Aktionen gegen Leiharbeit in Kassel, Freiburg und Flensburg +++ Symbolische IHK-Besetzung in Frankfurt und Demo gegen hessischen Unternehmertag in Wiesbaden +++ FAU Freiburg beteiligt sich an Fahrraddemo gegen Wohnungsnot +++ FAU Kassel bietet jetzt zweimal im Monat Anlaufstelle zum Austausch über prekären Alltag und Probleme im Betrieb +++ FAU Kiel beteiligte sich an Demo gegen Sparpaket +++ FAU Stuttgart beteiligt sich an Protesten gegen Stuttgart 21 +++ Nachttanzdemo in Münster gegen Sparpläne der Stadt, Umstrukturierung des Hafenareals und steigende Mieten

Nach dem Sommer steht nicht nur der Herbst vor der Tür, sondern auch mal wieder die Frage, ob es im Rückblick ein „heißer Herbst" gewesen sein wird. Verglichen mit den vergangenen Jahren sieht es in diesem Jahr gar nicht so schlecht aus: In Stuttgart stellen sich immer und immer wieder tausende Menschen gegen die Umsetzung des Mammutprojekts „Stuttgart 21" und damit gegen die Interessen der Obrigkeit, während sich Massen dafür rüsten, den kommenden Castor-Transport im Wendland zu blockieren. Aus den Reihen der Regierungsparteien vernimmt man Gejammer über die neue „Protestrepublik", in der sich zukünftig keine größeren Projekte mehr realisieren ließen. Die Grünen sind im Aufwind, erklimmen einst unvorstellbare Umfragewerte und können sich endlich wieder als „Bewegungspartei" profilieren.



Die FAU Frankfurt auf der Demonstration gegen den hessichen Unternehmertag in Wiesbaden am 26. Oktober (siehe Randspalte Seite 7)

Spätestens an diesem Punkt sollte man stutzig werden: Wie kann es sein, dass jene Partei, die Hartz IV mit beschlossen hat und deren ehemaliger Umweltminister einst die Proteste gegen die Castor-Transporte schlichtweg für illegitim erklärte, sich heute wieder als basisnah profilieren kann? Es ist ohne Frage begrüßenswert, dass sich Menschen – sei es in Stuttgart, sei es im Wendland oder sonst wo – gegen die Zumutungen wehren, die ihnen die politische Kaste auferlegt hat. Aber warum gab es die gleichen Proteste nicht gegen die Arbeitsmarkt- und Sozialreformen der letzten Zeit, die alle darauf abzielen, die Lohnabhängigen weiter zu schröpfen?

Es ist auffällig, dass die Proteste, die in Frankreich, Spanien oder Griechenland stattfinden, sich nicht um Bäume und Gebäude drehen, sondern darum, die erkämpften sozialen Errungenschaften für alle Menschen zu erhalten, diese vielleicht sogar auszubauen. Dort handelt es sich um Klassenkämpfe der Lohnabhängigen gegen sehr ähnliche Reformen, wie wir sie hier zu ertragen haben.

So sehr ich mir wünsche, dass „Stuttgart 21" fällt und der Castor endgültig stehen bleibt, so klar muss aber auch festgehalten werden, dass wir es hier mit bürgerlichen Protesten zu tun haben – Proteste für Ruhe und Sauberkeit. Auch diese können ohne Frage ein Fundament für emanzipative Prozesse bieten. Aber wenn wir es perspektivisch nicht schaffen, den deutschen Betriebsfrieden zu brechen und eine Perspektive für eine Gesellschaft frei von der Lohnarbeit zu eröffnen, werden wir weder Ruhe noch Sauberkeit genießen können. Denn dann haben wir dafür weder Zeit noch Geld. In diesem Sinne wünsche ich euch viel Spaß mit der neuen Direkten Aktion.

Florian Wegner (Redaktion „Hintergrund")

Lokalföderationen, Syndikate und Kontakte der Freien Arbeiter/innen-Union (FAU-IAA)

Region Nord

Ammerland ..... Kontakt über Bremen

Aurich............ Kontakt über Bremen

Bad Segeberg... Café Freiheit im Hotel am Kalkberg (AJZ), Lübecker Str. 85, jeden Mittwoch ab 16 Uhr. Kontakt: <fause@fau.org> und (0160) 91 56 25 96

Bielefeld .... FAU Lokalföderation Bielefeld/OWL, c/o BI Bürgerwache e.V., Rolandstr. 16, 33615 Bielefeld. Offenes Treffen jeden 2. Montag (ungerade Kalenderwoche) ab 19.30h, Raum 102 in der „Bürgerwache". AGs und Syndikate siehe www.fau-bielefeld.de.vu

Braunschweig .. FAU Braunschweig, c/o Wohn- und Kulturprojekt Nexus, Frankfurter Straße 253, 38122 Braunschweig. Offener Abend jeden letzten Donnerstag im Monat ab 20:00Uhr. <faubs@fau.org>

Bremen .... FAU-IAA Bremen, c/o Kurzschluss e.V., Lahnstraße 16, 28199 Bremen, <fauhb@fau.org>, (0151) 17 93 52 90, www.fau-bremen.tk, www.bremer-aktion.tk; Syndikat der Lohnabhängigen und Erwerbslosen (SLE-FAU), <sle-hb@fau.org>

Flensburg........ FAU Flensburg, c/o Infocafé, Hafermarkt 6, 24943 Flensburg, <fau-flensburg@fau-fl.org>

Hamburg .... FAU-IAA Hamburg, Fettstraße 23, 20357 Hamburg. Offenes Treffen jeden Fr., 19.00 Uhr, <fauhh@fau.org>, (040) 43 22 124

Hannover .... FAU-Lokalföderation Hannover, UJZ Korn, Kornstraße 28-30, 30167 Hannover. Treffen jeden Di. 21.00 Uhr, letzten Di. im Monat offener Abend ab 20.00 Uhr, <fauh@fau.org>, Tiermedizinisches Syndikat, <tiermedizin@fau.org>, Gewerkschaft Gesundheitsberufe (GGB), <ggb-hannover@fau.org>

Kiel .... FAU Kiel, c/o Infoladen Beau Rivage, Hansastr. 48, 24118 Kiel, <fauki@fau.org>

Lübeck .... Kontakt über Hamburg

Wismar........... FAU Westmecklenburg, c/o Tikozigalpa, Doktor-Leber-Straße 38, 23966 Wismar, <fauhwi@fau.org>, fauwm.systemausfall.org

Region West

Aachen .... FAU Aachen, <info@fau-aachen.net>, www.fau-aachen.net

Bonn .... FAU Bonn, Wolfstraße 10 (Hinterhaus), 53111 Bonn-Altstadt. Treffen jeden Mi. 20.00 Uhr, außer am ersten Mittwoch im Monat. (0228) 90 93 171, <faubn@fau.org>, www.fau-bonn.de

Dortmund .... FAU Dortmund c/o „Langer August", Braunschweiger Str.22, 44145 Dortmund, (0231) 86 30 105 (AB), (0231) 86 30 101 (Fax), <faudo@fau.org>

Duisburg......... FAU Duisburg, Querstr.38, 47178 Duisburg. Schwarz-Roter Stammtisch: Jeden ersten Sa. im Monat um 20.00 Uhr im „Ostenende", Oststr. 64, 47057 Duisburg-Neudorf, Info-Telefon und SMS: (0179) 325 86 48, <faudu@fau.org>, www.fau-duisburg.tk

Düsseldorf ...... FAU Düsseldorf, Allgemeines Syndikat, Postfach 10 24 04, 40015 Düsseldorf, Fax: (01212) 5 110 29 174, Fon/SMS: (0179) 32 586 48, <faud@fau.org>, www.fau-duesseldorf.org

Essen............. FAU Essen, <faue@fau.org>

Moers .... FAU Moers, c/o „Barrikade", Bismarckstr. 41a, 47443 Moers

Münster.......... FAU Münsterland, c/o Interkulturelles Zentrum Don Quijote, Scharnhorststr. 57, 48151 Münster. Offene Treffen jeden 2. Mi. im Monat 20.00 Uhr und jeden 4. Mi. im Monat 19.00 Uhr, Tel. (0251) 52 11 12, <faums@fau.org>, www.fau.org/muenster/

Solingen .... FAU Solingen, Postfach 10 08 02, 42608 Solingen, Treffen 14-tägig sonntags um 15 Uhr, <fausg@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/solingen/

Region Ost

Altenburg .... Kontakt über Leipzig

Berlin .... FAU Berlin, Straßburger Str. 38, 10405 Berlin (U2 Senefelder Platz), <faub@fau.org>, www.fau.org/ortsgruppen/berlin, (030) 287 008 04. Offenes Büro freitags 16.00–20.00 Uhr. Allgemeines Syndikat (ASy), 2. Mi. im Monat 19.00 Uhr. Sektion Kultur im ASy, 3. Do. im Monat 20.00 Uhr, <ksy-b@fau.org>. Sektion Gesundheits- und Sozialberufe: 3. Mi. im Monat 20.00 Uhr im FAU-Lokal und am 4. Mi. im Monat 20.00 Uhr im Cafe Walden, Choriner Str. 35, <gesundheit.asy-b@fau.org>. Sektion IT: 1. Do. im Monat um 19.00 Uhr, <faub-it@fau.org>

Dresden.......... Kontakt über Leipzig, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>

Gransee.......... Kontakt über Berlin

Halle/Saale...... VAB FAU Halle, Ludwigstraße 37, 06110 Halle, <fauhal@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

Leipzig .... VAB FAU Leipzig – und Landkreise Leipzig und Nordsachsen, c/o „Libelle", Kolonnadenstr. 19, 04109 Leipzig. Präsenzzeit: donnerstags 17.00–18.00 Uhr, <leipzig@fau.org>, Tel. (0341) 22 46 650, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>, IT-Kontakt: <it-l@fau.org>

Magdeburg...... FAU Magdeburg, <faumd@fau.org>, c/o „Blaue Welt Archiv", Thiemstr. 13, 39104 Magdeburg.

Meiningen....... FAU Südthüringen, Postfach 100139, 98601 Meiningen, <fausm@fau.org>

Plauen/Vogtland FAU-Gründungsinitiative, Kontakt über FAU Südwestsachsen

Potsdam .... Kontakt über Berlin

Südwestsachen FAU-Vernetzung für Chemnitz, Erzgebirgskreis, Mittelsachsen, Vogtlandkreis und Zwickau: <fau-sws@fau.org>, Bildungsinitiative: <bildungsinitiative@fau.org>

Region Süd

Aschaffenburg. FAU Aschaffenburg, Postfach 100 361, 63703 Aschaffenburg, <fauab@fau.org>

Darmstadt ...... FAU Darmstadt, c/o Oettinger Villa, Kranichsteiner Straße 81, 64289 Darmstadt, <fauda@fau.org>

Dreieich .... Kontakt über Frankfurt/M.

Frankfurt/M. ... FAU Frankfurt, c/o DFG/VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, sonntags 19.00 Uhr, <fauffm@fau.org>

Freiburg .... FAU Freiburg, <faufr2@fau.org>, Treffen: jeden ersten So.im Monat ab 17 Uhr, KTS, Baslerstr. 103, 79100 Freiburg; zum Thema Leiharbeit jeden dritten So. im Monat ab 18 Uhr, Fabrik e.V., Habsburgerstr.9, 79104 Freiburg (Cafe im Hauptgebäude 1.OG links – nicht mit der Kneipe im Vorderhaus verwechseln!).

Ilmenau .... Kontakt über Meiningen

Kassel............ FAU Kassel, <fauks@fau.org>, Offene Treffen: in allen geraden Kalenderwochen, montags 19.30 Uhr im Café Desasta an der Universität (Holländischer Platz), www.fau.org/kassel

Lich............... FAU Lich, Postfach 1215, 35420 Lich, <fauli@fau.org>

Mainz............. Kontakt über Frankfurt/M.

Marburg.......... <faumr@fau.org>

Memmingen..... FAU, Postfach 1701, 87687 Memmingen

München .... FAU Lokalföderation München, Schwanthaler Str. 139 (Rgb.), 80339 München, <faum@fau.org>, Allgemeines Syndikat: jeden zweiten Mittwoch (ungerade Kalenderwochen) ab 19h

Neustadt/W..... FAU Neustadt/Weinstraße, Tante-Emma-Laden, Stangenbrunnengasse 5, 67433 Neustadt/Weinstraße, (01578) 16 77 780 , <faunw@fau.org>

Nürnberg .... FAU Nürnberg c/o Armer Teufel, Bauerngasse 14, 90443 Nürnberg, <faun@fau.org>

Saarbrücken.... FAU Saarbrücken, Postfach 10 10 04, 66010 Saarbrücken, <fausb@fau.org>

Stuttgart........ FAU Stuttgart, Postfach 10 14 19, 70013 Stuttgart, <faus@fau.org>, (01578) 17 81 177, Treffen jeden 1. und 3. Donnerstag im Monat, 19 Uhr

Suhl .... Kontakt über Meiningen

Tübingen .... c/o Infoladen „Grenzenlos", Schellingstr. 6, 72072 Tübingen

Wiesbaden ...... GNLL-Kontakt, über Frankfurt/Main

Bundesweite Branchen-Koordinationen

Bildungswesen: <bsy-public-info@list.fau.org>

AG Jugend & ASJ: <kontakt.jugend@fau.org>, Koordinationsstelle NRW: <asj-nrw@riseup.net>

Branchen-Homepage zur Leiharbeit: www.fau.org/leiharbeit

Gesundheits- und Sozialwesen, Lebensmittel und Landwirtschaft, IT: Regionale Kontakte siehe www.fau.org/syndikate

Regionalkoordinationen

Nord: Braunschweig <reko-nord@fau.org> | West: Duisburg <reko-west@fau.org> | Ost: Magdeburg <reko-ost@fau.org>
Süd: Neustadt/Weinstraße <reko-sued@fau.org>

Geschäftskommission der FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <geko@fau.org>

Internationales Sekretariat der FAU-IAA

FAU-IAA, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/Main, <is@fau.org>

Internationale ArbeiterInnen-Assoziation (IAA)

IAA/IWA/AIT-Sekretariat, Belgrad (Serbien), AIT, ASI-MUS CLS, Postanski pretinac 6, 11077 Beograd, SERBIE <secretariado@iwa-ait.org>, www.iwa-ait.org

Schweiz

Bern.............. FAU Bern, Quartiergasse 17, CH-3013 Bern, www.faubern.ch

Österreich

Föderation der ArbeiterInnen-Syndikate (FAS) – www.syndikate.at
Die FAS besteht aus:

- Allgemeines Syndikat Wien, c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <allgemeines@syndikat-wien.org>
- Allgemeines Syndikat Oberösterreich, Infoladen Wels c/o ASOÖ, Anzengruberstr. 8, 4600 Wels, Tel. +43 (0)650 69 32 864, <syndikat_ooe@linuxmail.org>
- ArbeiterInnen Syndikat Wissens-Industrie (AS:WI), Stiftgasse 8, 1070 Wien, <aswi@lnxnt.org>
- Libertäre Initiative Sozial Arbeitender (LISA) c/o „Hängematte", Stiftgasse 8, 1070 Wien, <lisa.syndikat@linuxmail.org>, www.lisasyndikat.wordpress.com

Vom Konkurrenten zum Kollegen

Mit gewerkschaftlichen Anlaufstellen öffnet sich der DGB zaghaft auch für „illegalisierte" ArbeiterInnen. Ein Gespräch mit Emilija Mitrovic

Möglichst unauffällig, nichts als Arbeit, und vor allem kein soziales Netz – wer keine gültigen Papiere hat, fühlt sich dem Boss oft vollkommen ausgeliefert. Zu unrecht. Im September eröffnete in Frankfurt eine gewerkschaftliche Anlaufstelle für MigrantInnen ohne gesicherten Aufenthalt. Mit Hamburg, Berlin und München informieren der DGB bzw. Einzelgewerkschaften nun in vier Städten. Vor sieben Jahren setzte sich die „Gesellschaft für Legalisierung" erstmals öffentlich für einen Kurswechsel der Kolosse ein. Seit 2008 erzielen sie erste praktische Erfolge. Die DA sprach mit Emilija Mitrovic, Sozialwissenschaftlerin und Mitarbeiterin der ersten MigrAr-Anlaufstelle, die in ihrem jüngsten Buch „Menschen ohne Papiere" (BdWi-Verlag) die Situation illegalisierter ArbeiterInnen in Hamburg darstellt.

Nach der jüngsten Neueröffnung in Frankfurt ist bereits die nächste gewerkschaftliche Anlaufstelle für ArbeiterInnen ohne geregelten Aufenthalt in Planung. Sie waren bei der ersten von Anfang an mit dabei. Was ist der Schwerpunkt eurer Arbeit und welche Ziele verfolgt ihr?

Unser Ziel war, dass wir insgesamt undokumentierte Arbeiten im gewerkschaftlichen Rahmen stärker aufgreifen. Denn die Arbeitnehmer sind ganz besonders der Ausbeutung von Arbeitgebern ausgesetzt, die wissen, dass sie keinen Aufenthaltsstatus haben. Wir haben einen Flyer gemacht in acht Sprachen: „Du hast Rechte, auch wenn Du keine Papiere hast", das ist sozusagen der Hauptschwerpunkt. Und dann haben wir eine Beratungsstelle. Da wird überprüft, ob wir die Möglichkeit haben, etwas zu tun. Dann können sie sich entscheiden, ob sie Mitglied werden, und dann gehen wir bis zum Arbeitsgericht mit ihnen.

Wieviele ArbeiterInnen haben sich seit Frühjahr 2008 an die MigrAr gewandt? Und wieviel Lohn habt ihr insgesamt geltend machen können?

Circa 200. Die zweite Frage ist etwas schwieriger, weil es meist „gütliche Einigungen" gibt. Das heißt, es reicht schon, wenn man sagt, wir vertreten unser Mitglied, und der Arbeitgeber einigt sich dann mit dem Arbeitnehmer. Aber vor Gericht durchgesetzt haben wir für eine Hausarbeiterin etwa 15.000 Euro und für einen Metallarbeiter 25.500 Euro. Zuletzt hatten wir den Fall, wo eine Frau zwei Jahre lang keinen Urlaub bekommen hatte und auch noch ein Teillohnausstand – da geht es um 2.000 Euro, was aber für die Menschen auch noch sehr viel Geld ist.

Es ist also noch nicht zu kollektiven Konflikten gekommen, sondern bei Einzelfällen geblieben?

Es sind nur Einzelfälle, und ich kann auch nicht sehen, dass es überhaupt kollektive Strukturen gibt. Wir versuchen jetzt, stärker mit den Communities in Kontakt zu kommen, um zu sehen, ob man nicht gemeinsam Aufklärung betreiben kann: Für viele der migrantischen Kollegen ist ja gar nicht klar, was eine Gewerkschaft ist.



Foto: Victor Ferrer

In Frankreich sind Illegalisierte bereits Teil der Arbeiterbewegung

Aus welchen Branchen hat die Beratungsstelle Zulauf?

Wir haben hier eine Statistik. Es ist tatsächlich so, dass man in allen Branchen Papierlose finden kann, außer vielleicht im Öffentlichen Dienst; aber auch da weiß ich es nicht, wenn ich z.B. an Gebäudereinigung denke. Aber wir haben nicht nur ganz arme Leute: Die große Mehrheit ist sicherlich unterbezahlt, aber es gibt auch einige, die sich ganz gut in diesen Lebensverhältnissen einrichten können. Das ist auch meine Überzeugung: Wir sollten sie nicht nur als Opfer sehen, sondern als Kollegen, die auch selbst für ihre Rechte eintreten können, wenn sie Unterstützung haben.

Bis zu eine Million Menschen sollen „illegal" in Deutschland leben. Können Sie deren Lebenslage kurz skizzieren?

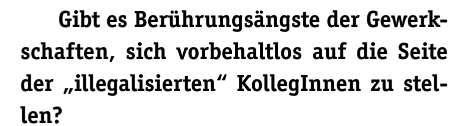
Wir können sicherlich sagen: In der Regel unterbezahlt, unter Tariflohn bezahlt; in der Regel sind sie viel schneller fristlosen Kündigungen ausgesetzt, wenn der Arbeitgeber sie nicht mehr haben will, oder wenn sie sich gegen irgendetwas wehren; in der Regel leben sie auf beengtem Wohnraum für überteuerte Mieten; man kann sicher noch unter einem geschlechtsspezifischen Aspekt sagen, dass Frauen noch stärker auch einer sexuellen Ausbeutung ausgeliefert sind.

Vom Arbeitsvertrag her, was ist Ihrer Meinung nach typisch: Erzwungene Schwarzarbeit oder Arbeit unter falschem Namen?

Illegale Beschäftigung ist ganz klar die Regel. Ich würde auch eher empfehlen, ohne Papiere zu arbeiten als mit gefälschten Papieren. Mit letzteren haben wir die meisten Probleme. Das wollen die Arbeitgeber nämlich gerne: Die lassen sich falsche Papiere vorlegen und sagen „Kann ich ja nicht wissen, bei mir ist alles in Ordnung." Für die Arbeiter können wir dann kaum was tun. Wir hatten hier eine Gruppe von acht afrikanischen Arbeitern, die in der Hotelreinigung gearbeitet haben, mit falschen Papieren. Die sind um 16.000 Euro Lohn geprellt worden, und als wir das klargekriegt hatten, konnten wir wirklich nichts machen. Wir hätten dem Arbeitgeber schreiben können und sagen können, wir lassen als ver.di ein bisschen die Muskeln spielen. Aber letztendlich kann man nicht für sie klagen, weil man gar nicht weiß: Für wen klagt man, für den der die Papiere gegeben hat oder für den, der de facto gearbeitet hat?

Gibt es Berührungsängste der Gewerkschaften, sich vorbehaltlos auf die Seite der „illegalisierten" KollegInnen zu stellen?

Na logisch gibt es die! Wir sind ja ganz lange davon ausgegangen, dass das eher eine Konkurrenz ist, die die Tariflöhne untergräbt, statt davon auszugehen, dass das Kollegen sind, mit denen man sozusagen Seite an Seite steht. Das ändert sich natürlich auch durch die ökonomischen Verhältnisse bei uns: Inzwischen gibt es ja eine Aushöhlung der Arbeitsnormen, so dass es im Grunde jetzt eine Linie ist bis hin zu demjenigen, der völlig illegal und ausgebeutet arbeitet. Und davor kann die Gewerkschaft natürlich nicht die Augen verschließen. Es dauert aber unheimlich lange, bis man einen Apparat dahin bewegt kriegt, dass auch neue Bewusstseinsformen und Denkstrukturen aufgebaut werden. Dafür haben wir schon ziemliche Erfolge hier in Deutschland gehabt, wenn wir davon ausgehen, dass wir bis Ende des Jahres sieben Anlaufstellen haben werden.



Welches Risiko gehen die KollegInnen ein, wenn sie sich an MigrAr wenden und vor Gericht für ihre Rechte eintreten?

Keines, erstmal. Wenn sie zu uns kommen, gehen sie gar kein Risiko ein, da sind sie in einem geschützten Raum. Wenn wir für sie zum Arbeitsgericht gehen, geben wir nur die Gewerkschaftsadresse als Kontakt an, so dass sie nicht aufgefunden werden können. Und wir versuchen auch, die Richter zu überzeugen, dass sie nicht persönlich erscheinen müssen. Wenn es nicht prozessrelevant ist, wie der Aufenthaltsstatus ist, dann muss kein Richter danach fragen. Außerdem sind zwar alle Richter gehalten, dem Zoll zu melden, wenn sie Schwarzarbeit herausfinden. Aber ein kluger Richter macht das nach Abschluss des Prozesses, und das geht dann zunehmend gegen den Arbeitgeber.

Vielen Dank für das Gespräch.

Interview: Andreas Förster

Kolumne Durruti



S1 Richtung Wannsee. Ein Typ liest BILD-Zeitung. Schlagzeile: „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen!" Darunter: BILD-Girl Jessica aus Bautzen mit gepiercten Nippeln, die starke Männer mag. Gegenüber liest eine Omi ebenfalls BILD, einen Sadomaso-Bericht, über Jessica's Schwester (?), die in Ketten an einem Stahlkreuz hängt. Neben der Omi hockt ihre ca. fünfjährige Enkelin und fragt: „Werde ich auch mal so schön wie die Frau in der Zeitung?" Da sie beide sehen kann, ist unklar, ob sie BILD-Girl oder Sklavin meint. „Wenn du immer schön artig bist", antwortet Omi. „Und komm ich dann auch in die Zeitung?" „Wenn du dich anstrengst." Kein erfundener Dialog, ebenso wenig, wie mein spontaner Gedanke, ob am Islamismus wirklich alles schlecht ... Scheißgedanke. Will man nicht denken. Aber man darf es. Sogar sagen und schreiben darf man es. Umso verstörender die Schlagzeile: „Das wird man ja wohl noch sagen dürfen!" Ein Satz, den man sonst immer hört, wenn sich deutsche Männer in deutschen Kneipen über Außenpolitik verbreiten. Denn, da der durchschnittliche Kneipengänger weder weiß wo Somalia liegt, noch wer in Myanmar regiert, meint „Außenpolitik" in der Regel: Israel. Da ist hierzulande jeder Spezialist. Und dass die Israelis mit den Arabs dasselbe machen, wie „wir damals mit denen" ist tief verwurzeltes Volkswissen, weshalb man das „ja wohl noch sagen darf!" So erstaunt es wenig, dass diese BILD-Schlagzeile innerhalb weniger Tage 18 Millionen Unterstützer für eine mögliche neue Rechtspartei von Thilo Sarrazin sammeln konnte. Endlich. In Sachen „schicke, neue Rechtspartei" stinkt Deutschland ja bislang ganz schön ab. Holland hat seinen coolen Wilders, Österreich hatte seinen sexy Haider, nur wir müssen uns weiter mit den bösen Onkels von der NPD begnügen. Time for Change – danke BILD! Aber was wollen diese 18 Millionen? Bei Stichproben (in der Kneipe gegenüber) mit der Tatsache konfrontiert, dass Sarrazins Zahlen und Statistiken weitgehend falsch sind, antworteten meine Probanten: „Ist trotzdem gut, dass es mal einer sagt, und irgendwie hat er ja auch recht." Man mag die statistische Relevanz meiner Umfrage bezweifeln, aber mit „irgendwie", „trotzdem" und „das wird man ja wohl noch ..." ist das ideologische Gerüst der neuen Nationalkonservativen trefflich skizziert. Es geht eben nicht um Statistiken, sondern um völkische Befindlichkeiten, wie damals, als man bei Roland Koch noch „irgendwie" gegen Ausländer unterschreiben konnte. Insofern ist es auch egal, dass ein gesichtsgelähmter Professor im viagragestützten Omnipotenzrausch nicht wirklich als Führer einer coolen neuen Rechtspartei taugt. Hauptsache „irgendwie" sagt mal einer, „was man ja wohl noch ..." Macht ja nix. Muss eine Demokratie aushalten. Klar, am Anfang gibt's international vielleicht Stunk, aber dann gewöhnen sich alle – wie bei Haider. Dessen Partei subventioniert in Kärnten inzwischen den Preis von Trachtenjacken, um Anhänger und Gegner leichter erkennen zu können, was aber eigentlich Quatsch ist, reden hier doch selbst die Gegner zärtlich von „der Jörg", der ja „irgendwie" vor allem „einer von uns" war. Immerhin eine aufrechte Antifaschistin gibt es doch in Kärnten: Eine unscheinbare Straßenkurve kurz hinter Klagenfurt auf dem Weg zum Loiblpass. Hätten wir so eine auch bei uns und würden es dann noch schaffen Thilo Sarrazin, BILD-Chef Diekmann und einen Haufen Koks ins selbe Auto zu kriegen, dann ginge das Stammtischgeschwätz zwar trotzdem weiter, aber ich müsste in Zukunft vielleicht keine hässlichen Sharia-Gedanken mehr haben. Und das ... wird man ja wohl noch sagen dürfen!

Markus Liske

TERMINE

☞**Bad Segeberg**
Fr. 12. Nov., 19.30 Uhr
Hotel am Kalkberg (HaK), Lübecker Str. 85
Konzert: Viva la Utopia!
Akkustikabend mit Schall & Rauch, Teds´n´Grog u.v.m.

Fr. 26. Nov., 15.00 Uhr
Segeberger Bahnhof (Auftakt)
Demo: Für den Erhalt des HaK
Weitere Infos auf hak.blogsport.de

☞**Berlin**
Fr. 5. Nov. & 3. Dez., 19.00 Uhr
FAU-Lokal, Straßburgerstr. 38
Info: FAU – wie funktioniert das?
Einführung in die gewerkschaftliche Arbeit der FAU. Für InteressentInnen und Neumitglieder.

☞**Braunschweig**
Sa. 4. Dez., 21.00 Uhr
Nexus, Frankfurter Str. 253
Konzert: 20 Years of Hate
Soli für die Bunte Hilfe. Support: FAU Braunschweig.

☞**Kassel**
Mo. 15. Nov., 6. & 20. Dez., ab 19.30 Uhr
Karoshi, Gießbergstr. 41-47
Umtrunk: Lokal Blauer Montag
Erfahrungsaustausch und Kennenlernen. Die FAU Kassel lädt ein.

☞**Ludwigsburg**
Di. 16. Nov, 19.30 Uhr
DemoZ, Wilhelmstr. 45/1
Lesung: „Von Jakarta bis Johannesburg – Anarchie weltweit"
Mit dem Autor Sebastian Kalicha. Veranstaltet von FAU Stuttgart & Libertärem Bündnis Ludwigsburg.

☞**Münster**
Mo. 8. Nov., 20.00 Uhr
Don Quijote, Scharnhorststr. 57
Vorstellung: Nueva Vida Fair Trade Zone
Frauen der Kooperative aus Nicaragua berichten über ihr Projekt und ihre Kämpfe.

Di. 16. Nov., 20.00 Uhr
Frauenforum, Warendorfer Str. 3
Vorstellung: Arbeiterinnenkämpfe in Bangladesch
Gewerkschaftlich organisierte Näherinnen berichten.

Di. 21. Dez., 19.00 Uhr
Don Quijote, Scharnhorststr. 57
Akademik: „Alter" und „neuer" Syndikalismus
Über den Wandel im Verhältnis von Syndikalismus und Marxismus

☞**Nürnberg**
Do. 18. Nov., 19.00 Uhr
Gostenhofener Nachbarschaftshaus
Lesung: Vielfalt – Bewegung – Widerstand
Mit Autor Gabriel Kuhn. Veranstalterin: FAU Nürnberg

Weitere Termine auf www.direkteaktion.org

Wortarbeit in der Krise

Die Printmedien befinden sich im Umbruch – und ebenso die Arbeitsbedingungen von JournalistInnen

Die Medienbranche ist radikalen Umbrüchen unterworfen. In besonderem Maße betrifft dies die Printmedien, die seit einem Jahrzehnt mit einer strukturellen Krise zu kämpfen haben, deren Ausgang noch ungewiss ist. Sichtbares Krisensymptom ist der Absturz der verkauften Auflage deutscher Tageszeitungen von 28,5 Mio. im Jahr 2000 auf derzeit etwa 22,5 Mio. Die rasante Beschleunigung der Informations- und Kommunikationsströme durch das Internet haben die Medienunternehmen ebenso in Bedrängnis gebracht wie die Einbrüche der Anzeigeneinnahmen infolge der verschiedenen kleinen und großen Wirtschaftskrisen des letzten Jahrzehnts. Es würde den elementaren Grundsätzen des Kapitalismus widersprechen, wenn dies ohne Auswirkungen auf die Beschäftigten bliebe. Die Medienunternehmen reichen sowohl die Gewinnrückgänge in Form sinkender Löhne als auch die unternehmerischen Risiken in Form prekärer Beschäftigungsverhältnisse konsequent an die WortarbeiterInnen weiter.

Prekarisierung und Lohndumping

Dass sich dies keineswegs auf typisch kapitalistisch strukturierte Medienunternehmen beschränkt, verdeutlicht der jüngste Konflikt bei der *taz*. Mitte September waren im Vorfeld der *taz*-Genossenschaftsversammlung 14 AuslandskorrespondentInnen in einen mehrtägigen Streik getreten, nachdem die *taz* ihre alten Verträge mit Wirkung zum 31. Oktober gekündigt hatte. Gleichzeitig wurden ihnen neue Verträge vorgelegt, die eine Weiterbeschäftigung zu wesentlich schlechteren Konditionen vorsehen. Bislang waren sie mit einem Pauschalvertrag an die Zeitung gebunden, der ihnen ein im Rahmen des Niedriglohnkosmos der *taz* vergleichsweise hohes Mindesteinkommen garantierte. Doch sind die 14 PauschalistInnen nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite steht ein Netz von 18 prekarisierten AuslandskorrespondentInnen, deren Verträge bislang keinen relevanten Pauschalanteil vorsehen. Das wird sich nun ändern. Denn durch eine Umstrukturierung sollen demnächst alle AuslandsredakteurInnen eine monatliche Einheitspauschale von 735 Euro bekommen, für die sie jeweils 500 Zeilen abzuliefern haben. Jede Zeile, die über die Pauschale hinausgeht, wird zusätzlich vergütet. Für die 14 PauschalistInnen würde dies Einkommensverluste von bis zu 30% mit sich bringen, während sich der Verdienst der übrigen 18 AuslandskorrespondentInnen leicht erhöhen würde.

Der Schachzug, auf der einen Seite zu kürzen, um die andere Seite mit der Schaffung eines Minimums an Einkommenssicherheit zu locken, erwies sich als „erfolgreich". So scheiterte der Versuch der PauschalistInnen, ihr Anliegen auf der der *taz*-Genossenschaftsversammlung zur Abstimmung zu bringen. Diese entzog sich kurzerhand ihrer Verantwortung, indem sie sich für nicht zuständig erklärte und die Verantwortung zurück an die Redaktion gab. Der „Erfolg" der Chefetage ist im Wesentlichen darauf zurückzuführen, dass sich die verschiedenen Belegschaftsteile gegeneinander ausspielen ließen und eine redaktionsweite Solidarisierung mit den von den Kürzungen betroffenen PauschalistInnen verhindert wurde, und das obwohl die Verschlechterung der Löhne und Arbeitsbedingungen bei der *taz* seit Jahren schon im Gange ist. Nachdem Festangestellte durch PauschalistInnen ersetzt wurden, folgte ein Dumping der Pauschalen, die heute für die InlandskorrespondentInnen bei gerade noch 800 Euro für 700 Zeilen liegen. Die vom DGB definierte Grenze des Armutslohns liegt übrigens bei 1.442 Euro.

Zweiklassenjournalismus

Die *taz* ist fraglos eine Ausnahmeerscheinung in der deutschen Medienlandschaft. Während andere Zeitungen mit einem Auflagenrückgang zu kämpfen haben, ist die Auflage der *taz* relativ stabil. Mehr noch: Ausgerechnet auf dem Höhepunkt einer schweren Medienkrise schreibt die *taz* erstmals seit anderthalb Jahrzehnten wieder schwarze Zahlen (Jahresergebnis: 314.739 Euro). Dass sie dennoch weiter an der Lohnschraube dreht, ist eine bedenkliche Entwicklung, hinter der dezidiert gewinnorientierte Medienunternehmen jedoch selbstredend nicht zurückstehen. Bereits auf den ersten großen Kriseneinbruch im Jahr 2001 reagierten diese mit Einsparungen und Personalabbau. Seitdem gibt es einen unverkennbaren Trend zu Prekarisierung, denn auf den Abbau fester Redaktionsstellen folgte die Ausweitung der freien Mitarbeit. Nach aktuellen Schätzungen des Deutschen Journalisten-Verbandes (DJV) beläuft sich die Zahl der JournalistInnen in der Bundesrepublik auf knapp 73.000. Etwa 25.000 davon, also mehr als ein Drittel, sind freie JournalistInnen. In einigen Wochen- und Monatszeitschriften liegt der Anteil der von Freien verfassten Artikel mittlerweile bei über 50%.

> ***Scheinbar privilegierte Festangestellte gegen unterprivilegierte Freie, Alteingesessene gegen Nachrücker, Freie gegen Freie, alle gegen alle, teile und herrsche.***

Es gibt demnach eine große Nachfrage nach freier Mitarbeit, allerdings gibt es gleichzeitig auch ein Überangebot an freier Arbeitskraft. Eine solche Konstellation entfacht auf Arbeitsmärkten in aller Regel eine Dynamik gegenseitiger Konkurrenz, von der allein die Unternehmen profitieren. Der Zwang, die eigene Arbeitskraft „unter Wert" zu verkaufen, führt zu einem Lohnverfall, der wiederum zur Folge hat, dass immer weniger Freie von ihrer journalistischen Arbeit allein leben können. Auch können sie kaum noch auf „bruchlose" Karrieren oder Festanstellungen hoffen. In Zeiten ökonomischer Prosperität mag man sich damit abfinden oder sich gar im Mythos der „digitalen Bohème" einrichten. In der Krise aber wird deutlich, dass die „Flexibilisierung" vor allem eines ist, nämlich die Abwälzung unternehmerischen Risikos auf die Beschäftigten.

So hat eine Studie des DJV ergeben, dass freie Mitarbeiter wesentlich stärker von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise betroffen sind als Festangestellte. Demnach hat ein Drittel der Freien einen signifikanten Auftragseinbruch erlitten, auch der Anteil der Freien, der eine teils erhebliche Kürzung der Honorare hinzunehmen hatte, liegt bei etwa einem Drittel. Überdurchschnittlich stark betroffen sind freie MitarbeiterInnen von Tageszeitungen sowie generell jene, die auch vor der Krise schon kaum über die Runden kamen. Durch die Wirtschaftskrise beschleunigt sich der Polarisierungsprozess, der auch den Hintergrund des *taz*-Konflikts lieferte: Scheinbar privilegierte Festangestellte gegen unterprivilegierte Freie, Alteingesessene gegen Nachrücker, Freie gegen Freie, alle gegen alle, teile und herrsche.

Betäubungsstrategien

Eine Kommentatorin im *Freitag* kritisierte jüngst die streikenden *taz*-PauschalistInnen: „Eine soziale Gerechtigkeit, die ins eigene Portemonnaie greift, scheint den Betroffenen offenbar doch zu teuer." Dieser Satz verdeutlicht das Problem, das die derzeitige Zusammensetzung der WortarbeiterInnenklasse mit sich bringt. Statt das Lohndumping der *taz* zu kritisieren, übt sich eine prekarisierte Nachrückerin in Schadenfreude darüber, dass es nun auch ein paar Alteingesessenen an den Kragen geht. Diese verkürzte Logik macht es den Unternehmern leicht. Die verschiedenen Segmente der Klasse lassen sich fast beliebig gegeneinander ausspielen. Und obwohl diese Strategie leicht durchschaubar ist, so ist sie doch effektiv.

Davon zeugen auch die laufenden Tarifverhandlungen in der Zeitungsbranche: Der Kündigung des Gehaltstarifvertrags durch den DJV ließ der Bundesverband deutscher Zeitungsverleger (BDZV) im Juni eine Kündigung des Manteltarifvertrags folgen. Während der DJV mit der Forderung nach einer Erhöhung der Löhne und Honorare für die etwa 14.000 festen TageszeitungsredakteurInnen in die Verhandlungen ging, lautete die klare Ansage des BDZV, dass man zu einer „sinnvollen Korrektur der Unternehmensbelastungen" kommen müsse. Der gewerkschaftlichen Forderung nach Lohnerhöhungen könne nur entsprochen werden, wenn es gleichzeitig zu einer Absenkung der im Manteltarifvertrag festgelegten Leistungen komme, ohne näher ins Detail zu gehen, welche Leistungen genau zu kürzen wären.

Klar ist lediglich, zu wessen Lasten die Schacherei gehen soll. BDZV-Präsident Helmut Heinen macht klar, dass man vor allem „günstigere Einsteiger-Gehälter" brauche, „damit wir auch jüngere Journalisten dauerhaft übernehmen können." Ob die Gewerkschaften sich durch diesen rührenden Anfall unternehmerischer Gutmütigkeit einlullen lassen, bleibt abzuwarten. Denn auch der Sinn dieser Unternehmer-Offensive liegt auf der Hand. Es geht darum, das Lohnniveau junger JournalistInnen und damit über kurz oder lang das Lohnniveau der WortarbeiterInnen insgesamt abzusenken. Dass diese Maßnahme flankiert wird mit einer möglichen Lohnerhöhung für etablierte RedakteurInnen, dient offensichtlich dazu, den Gewerkschaften Gesprächsbereitschaft zu entlocken.

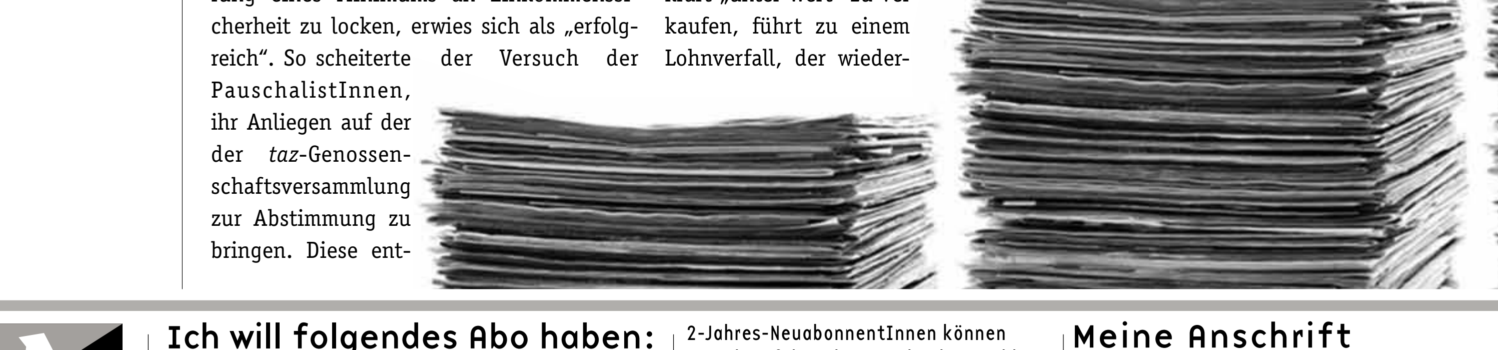
Verschmelzung der Atome

Der BDZV richtet seine Kanonen auf Spatzen – das ist aus gewerkschaftlicher Sicht das eigentlich Interessante. Die Unternehmer fürchten die offene Auseinandersetzung mit den WortarbeiterInnen. Denn auch wenn es sich um eine Branche handelt, deren Arbeiterschaft in hohem Maße atomisiert ist und in gegenseitiger Konkurrenz aufgeht, so ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad doch ausgesprochen hoch. Allein der DJV hat als größte Journalistengewerkschaft 38.000 Mitglieder und die zu ver.di gehörende Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) weitere 20.000 – bei einer Gesamtzahl von 73.000 JournalistInnen. Einem umfassenden und entschlossen geführten Arbeitskampf hätten die kriselnden Verleger derzeit nur wenig entgegenzusetzen.

Die großen Zeitungsstreiks in der Bundesrepublik liegen mittlerweile einige Jahrzehnte zurück. So wurden in den 1970ern intensive Kämpfe geführt und auch gewonnen. Die erkämpften Erfolge verdankten sich dabei einer Strategie, die konsequent auf die gegenseitige Solidarisierung von DruckerInnen, SetzerInnen, RedakteurInnen etc. setzte. Zuletzt erkämpften 1990 15.000 Streikende in über 100 Redaktionen die 35-Stunden-Woche und einen Ausbildungstarifvertrag für VolontärInnen, der von den Verlegern jahrzehntelang verweigert worden war.

Die Bedingungen mögen sich seit den 1990ern geändert haben. Die wesentliche Lehre dieser Beispiele gilt jedoch unverändert: Wenn es gelingt, den Kampf auf eine breite Basis zu stellen, ist es jederzeit möglich, die Verleger in die Knie zu zwingen. Diese Solidarisierung zwischen den verschiedenen Segmenten der Arbeiterschaft herzustellen, ist die große Herausforderung der Gewerkschaftsbewegung. Ein erster Schritt muss darin bestehen, die von den Unternehmern forcierten Spaltungen und Polarisierungen zu überwinden. Denn ein Angriff auf eine/n ist und bleibt ein Angriff auf alle – ganz gleich, ob er sich gegen Alteingesessene oder NachrückerInnen richtet.

Christian Krueger



Zahlen, bitte!



Prekäre Jugend: 54% der Erwerbstätigen unter 25 arbeiten in befristeten Jobs. Das bedeutet eine Steigerung von 9% seit dem letzten Jahr.



Schwarzfahrt in den Knast: Die JVA Plötzensee (Berlin) bleibt ein Schwarzfahrer-Knast. Etwa ein Drittel der über 400 Insassen sitzt wegen „Beförderungserschleichung" ein.



Strommafia kassiert: Die Gewinne der drei großen Stromkonzerne haben sich seit 2002 vervierfacht. Allein 2009 haben sie 23 Mrd. Euro Profit erzielt.



Projekt „Blau machen": Laut einer Emnid-Studie wollen wegen des Drucks auf der Arbeit 5% der Vollzeit-Beschäftigten im Herbst bewusst „auf krank machen". Die *DA* wünscht eine gute Erholung!

Drei, zwei eins: Meins

Die Konkurrenz zwischen GdL, Transnet und GDBA spitzt sich in Tarifkonflikten bei der Bahn zu



Quelle: flickr.com/mkorsakov

Drei Gewerkschaften, zwei Streiks und eine Branche. Der bundesweite Tarifstreit bei der Bahn und der Streik bei der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) hatten bislang wenige Überschneidungspunkte. Ende Oktober traten beide Konflikte nun vor allem im Großraum München gleichzeitig zutage.

Die GdL hatte bereits Ende September ihre Mitglieder in München, Augsburg, Nürnberg, Erlangen und Fürth zu einem unbefristeten Streik aufgerufen. Hintergrund war, dass die MVG weder die Zeiten, die innerhalb der Schicht für Wege zum nächsten Einsatzort aufgewendet werden müssen, noch die Vor- und Nachbereitung der Fahrzeuge als Arbeitszeit anrechnet. Die Fahrer müssen daher trotz 38,5 Stunden-Woche 42 bis 43 Stunden pro Woche anwesend sein.

Machtkampf in München

Im Münchner Streik wurde die GdL von der ver.di-Führung heftig kritisiert. Gegenüber der *TZ* warf ver.di-Verhandlungsführer Frank Riegler der GdL vor, mit dem Streik während des Oktoberfests „die Verhältnismäßigkeit der Mittel wirklich heftig überschritten" zu haben. Diese Haltung dürfte vor allem zwei Ursachen haben. Erstens gehen die GdL-Forderungen weiter in Bezug auf die Arbeitszeiten über den ver.di-Tarifvertrag hinaus, der 3,5% mehr Lohn und eine Einmalzahlung von 240 Euro vorsieht. Zudem sind einige Lokalpolitiker, wie Oberbürgermeister Christian Ude (SPD) ebenso ver.di-Mitglied wie MVG-Verhandlungsführer Reinhard Büttner, sodass sie nicht nur auf der anderen Seite des Verhandlungstisches, sondern in direkter Konkurrenz zur GdL stehen. Eine Spitze in dem Konflikt war der „Präsentkorb" von Stadt, Brauern und MVG an die FahrerInnen, die nicht gestreikt hatten – bestehend aus einem Sixpack Bier, einem Bierglas mit MVG-Logo und einem Glückspfennig.

Während so in München die Konkurrenzsituation besonders deutlich wurde, erklärte das Landesarbeitsgericht die GdL-Streiks in Nürnberg, Fürth und Erlangen direkt für rechtswidrig. In einer einstweiligen Verfügung wurde der dbb-Tarifunion, in der die GdL Mitglied ist, untersagt, die Verkehrs-Aktiengesellschaft (VAG) weiter zu bestreiken. Die Arbeitsrichter begründen dies mit der Existenz eines gültigen Haustarifvertrages, in dem wesentliche Forderungen der GdL bereits geregelt seien, hieß es in der Urteilsbegründung. Die GdL beraumte in eben diesen Städten bereits am 29.09 eine Streikpause ein. „Nun setzen wir auch ein Zeichen gegenüber den stark in Mitleidenschaft gezogenen Fahrgästen in Nürnberg und Augsburg", begründete Willi Russ, zweiter Vorsitzender der dbb tarifunion, die Entscheidung.

Obwohl der Streik offiziell ausgesetzt war, traten laut MVG zahlreiche GdL-Mitglieder nicht zum Dienst an und meldeten sich krank. So entstand die paradoxe Situation, dass trotz Aussetzung des Streiks mit Notfahrplänen operiert werden musste und der Ablauf im ÖPNV weiterhin eingeschränkt blieb.

Im Zuge der Auseinandersetzung wechselten zahlreiche Mitglieder von ver.di zur GdL. Die genauen Ziffern gehen auseinander, *Spiegel Online* gibt mit Quelle GDL 300 Personen an, ver.di spricht von 100. In Anbetracht der zunehmenden Konkurrenzsituation, in der sich die großen Gewerkschaften befinden, stellt das in jedem Fall einen empfindlichen Stoß dar.

Parallele Streiks

Die GdL hatte sich mit ihrem Streik von 2007 und 2008 die Hoheit über alle tarifpolitischen Fragen bezüglich der Lokführer erkämpft. Darüber war man bei Transnet und GDBA seinerzeit nur mäßig begeistert; inzwischen haben sich beide zur Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft zusammengeschlossen, die im Dezember ihre Arbeit aufnehmen wird. Als Tarifgemeinschaft sind letztere Gewerkschaften bereits tätig, die GDL verhandelt für die Lokführer dagegen allein. Deshalb verhandeln momentan die drei Gewerkschaften parallel mit den sechs großen Privatbahnen – Abellio, Arriva, Benex, Keolis, Veolia und Hessische Landesbahn – sowie der Deutschen Bahn über einheitliche Tarifstandards.

Transnet und GDBA haben einen bundesweiten Warnstreik beschlossen, um einen Branchentarifvertrag für den Schienenpersonennahverkehr (SPNV) zu erreichen. Die GdL beteiligt sich jedoch nicht daran und verhandelt stattdessen über einen neuen Flächentarifvertrag für Lokomotivführer und Zugbegleiter. In einem Schreiben an die Mitglieder dazu erklärt der GdL-Bundesvorsitzende Claus Weselsky, dass er den Streik als „sittenwidrig" ansieht und deshalb gearbeitet werden sollte: „Aufgrund des bisherigen Verhandlungsverlaufs sehen wir derzeit aber keine Notwendigkeit zum Aufruf von Arbeitskampfmaßnahmen. Die Tarifverhandlungen werden am 24. November 2010 in Berlin fortgesetzt".

In Bayern hingegen ist die Streikfreudigkeit der GdLer um einiges größer. Den landesweiten Warnstreik im ÖPNV am 26. Oktober legte die GdL wohl nicht umsonst auf den gleichen Tag, an dem Transnet und GDBA auch ihren Streik durchführten. Als Reaktion darauf warf der MVG-Chef Herbert König der GdL vor, „von allen guten Geistern verlassen" zu sein. Ihr sei „jedes Mittel recht, um Schlagkraft zu demonstrieren und ein maximales Chaos anzurichten. „ König kritisierte vor allem, dass die Streiks an einem Tag stattfinden, an dem auch bei der Deutschen Bahn gestreikt werde und an dem zusätzlich ein Fußballspiel stattfindet.

Auch Oberbürgermeister Ude ist wütend und droht: „Wenn ein Arbeitskampf so geführt wird, wie die GDL es tut – ohne Ankündigung, ohne Notfallvereinbarungen und mit Krankmeldungen – dann wird die Aussperrung zu einer aktuellen Frage."

Julia Hoffmann

Die Erlösung der Parias?

Equal Pay im Stahl ist nur ein Zeichen. Die IG Metall wartet auf die Politik

Die Krise ist vorbei, zumindest in der Industrie. So scheint es wenigstens, denn nach dem Rekordjahr 2008 und dem kolossalen Einbruch im Jahr 2009 kehrt die Eisen- und Stahlbranche dieses Jahr zurück. Und nach vier Verhandlungswochen und drei Tagen Warnstreik schloss die IG Metall (IGM) Ende September bzw. Anfang Oktober im Nordwesten und im Osten den neuen Flächentarif ab: 3,6 Prozent Lohnerhöhung für rund 93.000 Beschäftigte der Branche, bei einer Laufzeit von 13 Monaten. Im Saarland wird im November verhandelt.

Zeitgleich wurde ein weiterer Tarifvertrag (Laufzeit 24 Monate) geschlossen. Die Stahlunternehmen verpflichten sich laut IGM, ab Januar keine LeiharbeiterInnen mehr einzusetzen, die weniger verdienen als die Stammbelegschaft, oder die Lohndifferenzen auszugleichen. Damit wäre „Equal Pay" – gleicher Lohn für gleiche Arbeit – erstmals tariflich garantiert. Bisher dienten Tarifverträge in der Zeitarbeit nämlich dazu, das gesetzlich vorgeschriebene Equal Pay zu unterlaufen.

Inwieweit dieser symbolträchtige Vertrag wirklich umgesetzt wird, darüber kann man derzeit nur spekulieren. Die Branche der Sklavenhändler jedenfalls findet ihn inakzeptabel. Sie fühlt sich übergangen und sieht ihr Geschäftsmodell gefährdet, obwohl sich die Zahl der Leihkräfte derzeit mit Riesenschritten der Millionenmarke nähert. Der Bundesverband Zeitarbeit (BZA) spricht jedenfalls von einem „Vertrag zu Lasten Dritter", der rechtlich angreifbar wäre. Übrigens, als genau einen solchen Vertrag könnte man die geltenden Tarifverträge bezeichnen, die die Unternehmerverbände mit CGB und DGB geschlossen haben: Nur ganz wenige der Leihkeulen sind nämlich bisher überhaupt gewerkschaftlich organisiert. Und ohne die Tarife hätten sie Anspruch auf Equal Pay. Die DGB-Tarifgemeinschaft hat im erst Frühjahr 2010 ihren Vertrag mit den Sklavenhändlern verlängert, und zwar bis Oktober 2013!

In der Stahlbranche – nicht zu verwechseln mit der Metall- und Elektroindustrie – ist der Anteil der Leiharbeit mit 3% relativ gering, wohingegen der Organisationsgrad der IG Metall (nach Eigenangaben) bei 90% liegt. Dies dürfte die Unternehmer zur Unterschrift bewogen haben; zumal die Gleichbezahlung mancherorts schon durch Betriebsvereinbarungen Usus war. Inwieweit der Leih-Abschluss anfechtbar ist, ist umstritten. „Zu Lasten Dritter" geht er aber nicht, weil sich die Stahl-Chefs verpflichteten, notfalls selbst für den Lohnausgleich geradezustehen.

Inwieweit der Abschluss zum Modell wird, ist trotz der DGB-Kampagne gegen Leiharbeit nicht ausgemacht. In der Metallbranche ist der Anteil der Leihkeulen im Durchschnitt doppelt so hoch. Hier läuft aber die Friedenspflicht für die IGM noch bis April 2012. Außerdem dürfte der Organisationsgrad weit unter dem der Stahlarbeiter liegen. Demnach, so kommentiert der Berliner Arbeitsrechtler Hensche, „handelt es sich eher um einen einmaligen symbolischen Tarifabschluss, mit dem vor allem die Politik beeinflusst werden soll."

André Eisenstein

§§§-Dschungel

Kündigung – leider immer aktuell (4. Teil)

Die Rolle des Betriebsrats bei der Kündigung und die Klage dagegen vor dem Arbeitsgericht

Gibt es in eurem Betrieb einen Betriebsrat (BR), habt ihr bei der Kündigung einige Vorteile. Sollte es der Arbeitgeber versäumen, den BR vor der Kündigung anzuhören, gilt eine Kündigung als unwirksam (§ 102 Abs.1 BetrVG). Mit anderen Worten, der BR weiß vor euch ob ihr gekündigt werdet und sollte mit euch darüber reden (§ 102 Abs.2 letzter Satz). Es gibt nur einen kleinen Haken: Ihr müsst trotzdem innerhalb von drei Wochen zum Arbeitsgericht (siehe *Direkte Aktion* #201), weil nur dort die Unwirksamkeit festgestellt werden kann. Erst danach dürft ihr weiter malochen.

Ein weiterer Vorteil ist, dass ihr die Möglichkeit habt, auf Weiterbeschäftigung nach Ablauf der Kündigungsfrist (bis zum rechtskräftigen Beschluss des Rechtsstreits) zu klagen, wenn der BR der Kündigung „ordentlich „ widerspricht (§ 102 Abs.5 Satz1). Ihr müsst somit zwei Klagen erheben: eine gegen die Kündigung und eine zweite auf Weiterbeschäftigung.

Leider funktioniert die Zusammenarbeit mit dem BR in der Realität nicht immer so wie gewünscht. Der erste Fehler ist der fehlerhafte „ordentliche „ Widerspruch des BR. Im Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) gibt es lediglich fünf Punkte, aufgrund derer der BR einer Kündigung widersprechen kann (§ 102 Abs.3 BetrVG). Davon sind in der Regel nur vier relevant: soziale Gesichtspunkte, die Versetzung an einen anderen Arbeitsplatz, eine zumutbare Umschulung bzw. Fortbildung oder die Änderung der Vertragsbedingungen.

Dabei muss der BR darauf achten, welche Kündigungsform bzw. -art vorliegt (siehe dazu auch *DA #198* und *#199*). Am besten ihr kümmert euch selbst mit darum, dass der richtige Widerspruch eingelegt wird.

Auch solltet ihr darauf achten, dass der Betriebsrat innerhalb einer Woche nach Erhalt der Anhörung widerspricht. Die Frist beginnt erst am Tag nach Eingang der Anhörung, aber Achtung: das Wochenende ist natürlich in der Woche enthalten! Geht die Anhörung beispielsweise am Mittwoch an, beginnt die Frist am Donnerstag. In diesem Fall muss der Widerspruch bis zum Mittwoch der Folgewoche beim Arbeitgeber vorliegen. Ist dieser Tag zufällig ein Feiertag, erst am nächsten Tag. Lässt der BR diese Frist einfach verstreichen bzw. gibt er den Widerspruch zu spät ab, gilt die Zustimmung als erteilt (§ 102 Abs.2 Satz 2).

Fällt dem Betriebsrat und euch nichts zu den oben genannten Widerspruchsgründen ein, dann könnt ihr den BR immer noch veranlassen, möglichst viele Bedenken zu äußern (§ 102 Abs.2 Satz 1). Auch wenn er ordentlich widersprochen hat, sollte er trotzdem alle Möglichen nutzen, mit denen der Arbeitgeber von einer Kündigung abrücken könnte. Dies gilt ausdrücklich auch bei einer außerordentlichen, sprich fristlosen Kündigung (§ 102 Abs. 2 Satz 3), da hier kein Widerspruch möglich ist.

Instanzen der Arbeitsgerichtsbarkeit – Klageerhebung bei einer Kündigung

Die Arbeitsgerichtsbarkeit verfügt generell über drei Instanzen, die Arbeitsgerichte (ArbG), Landesarbeitsgerichte (LAG) und zuletzt das Bundesarbeitsgericht in Erfurt (BAG). An dieser Stelle beschäftigen wir uns vor allem mit der 1. Instanz.

Zuerst ist wichtig, dass ihr die Klage rechtzeitig (s.o.) erhebt. Dies könnt ihr auch ohne anwaltliche Vertretung. Dazu gibt es eine Rechtsantragsstelle, die mit einem Rechtspfleger besetzt ist, der für oder mit euch die Klageschrift formuliert. Auch braucht ihr euch nicht anwaltlich vertreten zu lassen, sondern könnt euch selbst mit dem Arbeitsgericht und den AnwältInnen der Gegenseite herumärgern. Ihr könnt aber auch eine/n VertreterIn eurer Gewerkschaft mit der Prozessvertretung beauftragen.

Solltet ihr dennoch eine Anwältin oder einen Anwalt beauftragen, tragt ihr die Kosten selbst. Auch der Arbeitgeber muss seine Rechtsvertretung selbst bezahlen. Die Gerichtsgebühren sind im Arbeitsgerichtsverfahren niedriger als bei anderen Gerichtsverfahren. Oft werden Verfahren vor dem Arbeitsgericht mit einem Vergleich beendet, so dass diese Kosten ganz entfallen. Bei einem Urteil richtet sich die Höhe der von der unterlegenen Partei zu tragenden Gerichtsgebühr nach dem Streitwert. Bei 5.000 Euro sind dies ca. 250 Euro.

Ablauf des Verfahrens

Zunächst wird ein Gütetermin angesetzt. Im Gütetermin wird von einem Richter lediglich versucht, eine einvernehmliche Lösung des Konflikts herbeizuführen. Hier könnt ihr ggf. schon eine Abfindung aushandeln. Wenn ihr allerdings euren Arbeitsplatz behalten möchtet, kommt es unweigerlich zum Kammertermin. Dort sitzen dann nicht nur der hauptamtlicher Richter, sondern noch zwei ehrenamtliche, einer der Arbeitgeberseite und einer der Arbeitnehmerseite.

Auch hier wird zuerst versucht, eine gütliche Einigung zu erzielen, das ist in der Regel eine Abfindungszahlung. Wenn ihr aber weiterhin darauf besteht, weiter arbeiten zu wollen, wird ein Urteil gesprochen. Gegen ein ergangenes Urteil, welches euch nicht passt, könnt ihr dann Berufung beim Landesarbeitsgericht (LAG) einlegen.

Thersites

Teurer Atomstrom

Einer aktuellen Greenpeace-Studie zufolge wird jede Kilowattstunde Atomstrom mit über 4,3 Cent Steuergeldern subventioniert. Das ist mehr als doppelt soviel, wie nach dem EEG (Erneuerbare-Energien-Gesetz) für die Förderung von alternativen Energien ausgegeben wird. Insges. betragen die Kosten des gerne als preiswert gepriesenen Atomstroms laut Studie 304 Mrd. Euro seit 1950 (204 Mrd. Euro bis heute und weitere 100 Mrd. in Zukunft – die Verlängerung der Laufzeiten nicht mit einberechnet). Diese Kosten setzen sich aus direkten Finanzhilfen des Bundes wie Forschungsförderung, Kosten der Atommüllendlager Asse II und Morsleben, der Stilllegung der ostdeutschen AKWs sowie Vergünstigungen bei der Energiesteuer und bei den Entsorgungsrückstellungen zusammen. Dazu kommen noch Zusatzeinnahmen der Konzerne durch den Emissionshandel. Die Studie hatte das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft in Auftrag gegeben. (AL)

Polizeigewalt in Stuttgart

Die Kritik an der Polizeigewalt im Rahmen der Stuttgart 21-Proteste ist groß. Jetzt übten auch Polizisten im *Hamburger Abendblatt* Kritik an ihren KollegInnen. So wird ein Polizeikommissar aus Mannheim zitiert, man habe in Stuttgart „ein Exempel statuiert, Macht demonstriert, ganz sicher auch schon mit Blick auf den nächsten Castor-Transport". Ein Einsatzpolizist bestätigte zudem die Annahme, es habe ein gezielter Einsatz von Provokateuren stattgefunden: „Ich weiß, dass wir bei brisanten Großdemos verdeckt agierende Beamte, die als taktische Provokateure, als vermummte Steinewerfer fungieren, unter die Demonstranten schleusen", wird der Polizist zitiert. „Sie werfen auf Befehl Steine oder Flaschen in Richtung der Polizei, damit die dann mit der Räumung beginnen kann". (AL)

Höhere Erbschaftssteuer für Homosexuelle gekippt

Bereits vor elf Monaten hatte das Bundesverfassungsgericht die Ungleichbehandlung zwischen Homo- und Heteroehepaaren hinsichtlich der Hinterbliebenenversorgung gekippt. Nun wurde auch die Erbschaftssteuerregelung angeglichen. Starb einer der Partner, zahlten Hinterbliebene aus einer Heteropartnerschaft bisher Steuersätze bis zu 30%, wohingegen Homosexuelle Steuersätze bis zu 50% entrichten mussten. Zudem wurde Homosexuellen lediglich ein Steuerfreibetrag von 5.200 Euro gegenüber einem Freibetrag von 307.000 Euro bei Heterosexuellen gewährt. Ferner wird die Aufhebung der Ungleichbehandlung gegenüber dem Recht auf Adoption und Insemination erwartet. Die Verfassungsbeschwerden liegen bereits vor. (AL)

Heul doch, Chauvi!

Maskulisten jammern im Netz über den Feminismus. Ein Internetspaziergang

Vergesst Kriege, Ausbeutung und Massenverarmung! Das große Problem unserer Zeit lautet: die Unterdrückung des Mannes. Das meinen zumindest die Maskulisten. Und deshalb sollte Ende Oktober in der Schweiz das 1. Antifeminismus-Treffen stattfinden. Mit von der Partie waren auch Vertreter aus der deutschen „Männerbewegung". Ob das Treffen, das wegen einer linken Gegenkampagne an einen geheimen Veranstaltungsort verlegt werden musste, wirklich stattfand, war zum Redaktionsschluss noch nicht ausgemacht. So oder so – es wurde sicher viel gejammert.

Das beklagte Übel der Maskulisten ist der Feminismus, gegen den sie ihren „Kreuzzug" ausfechten. Es ist vor allem ein virtueller Kampf. Zornig sitzen sie hinter Computern und kommentieren im Internet, was das Zeug hält. Wird im Netz ein relevantes Thema ausgemacht, schieben sie sich den Link zu und stürzen sich im Rudel auf den Kommentarbereich. Und wenn irgendwo die Kommentar-Funktion geschlossen wird, weil die SeitenbetreiberInnen das hysterische Gespame und autistische Gebrabbel aus Verschwörungstheorien und Pseudo-Wissenschaft leid sind, vermuten sie dahinter gleich die „Frauenlobby". „Bloß nicht zulassen, dass die Wahrheit vom Bürger ausgesprochen wird", weiß ein Maskulist derlei Maßnahmen zu bewerten.

In seinem verschwörungstheoretischen Wahn geht manch Jammerlappen so weit, von einer „Femokratie" zu sprechen. Die Gesellschaft sei derart feminisiert, dass Männer mittlerweile benachteiligt seien. Lohngefälle zwischen Männern und Frauen? Unsinn! Frauen kassierten doch massenhaft Unterhalt. Dass knapp 90% der Alleinerziehenden nun mal Frauen sind, scheint keine Rolle zu spielen, ebenso wenig die Frage, was die einzelne Frau von solchen Transferleistungen hat, wenn ihr in der Arbeitswelt bestimmte Aufstiegsmöglichkeiten verwehrt werden. Gleichzeitig weißt man anklagend darauf hin, dass der Löwenanteil der Steuerzahlungen von Männern aufgebracht werde. Ein Indiz für die ökonomische Ausgrenzung von Frauen mag man darin natürlich nicht sehen. Auch das Thema häusliche Gewalt hat es den Maskulisten angetan. Es seien heute mehrheitlich Frauen, die solche Gewalt ausübten, während Männer, die das öffentlich machten, verspottet würden.

Die Maskulisten sind empört: Jeder, der diese „Wahrheiten" ausspreche, werde gleich mit „Denkverboten" bestraft, so etwa, indem man sie mit dem Etikett „rechts" belege. Vor allem gegen den Autor einer Expertise der Friedrich-Ebert-Stiftung erheben sie Vorwürfe. Pauschal würde er die Männerbewegung, der es doch nur um Gerechtigkeit gehe – und „das hat mit links und rechts doch gar nichts zu tun" – in die Nazi-Ecke rücken. Das tut dieser zwar gar nicht, sondern verweist vielmehr auf Überschneidungen mit rechten Denkstrukturen, solch analytischer Weitblick scheint den Möchtegern-Al-Bundys aber zu hoch zu sein. „Ich habe den Eindruck, hier versuchen feministische IdeologInnen sich gegen Kritik zu immunisieren, indem sie alle ihre Kritiker einfach als „rechts" etikettieren", mutmaßt ein aufgebrachter Maskulist.

Dabei ist die Expertise noch recht zurückhaltend. Denn dieselben, die sich über derlei Etikettierung beschweren, mischen gleich im nächsten Thread zum Thema Sarrazin munter mit. Auch der spreche natürlich nur die „Wahrheit" aus. Man muss kein großer Diskursanalytiker sein, um die rechten Affinitäten zu erkennen: das Gejammer, der Minderwertigkeitskomplex, die Verschwörungstheorien, der Autismus in der sozialen Wahrnehmung, die biologistische Kategorisierungen, der Mangel an identitärer Reflexion... Es ist schon absurd, dass man heutigen Sexisten und Rassisten erklären muss, was Sexismus und Rassismus ist.

Eine Gefahr sind die Maskulisten dennoch nicht – auch wenn sie das gerne wären. Sprachlich und inhaltlich befinden sie sich ganz auf einem vorpubertären Igitt-Mädchen-Niveau. Sie vermitteln dabei weniger ein Bild von protzigen Machos als von gescheiterten und kläglichen Persönlichkeiten, die ihre Freizeit hinter einer Modelleisenbahn verbringen und ihre Wäsche bei Mutti waschen lassen. Sofern sie Beziehungen haben, landen sie sicher bei Partnerinnen, die ganz ihrer eigenen Kläglichkeit entsprechen – derlei ist nämlich geschlechtsunabhängig. Schlechte persönliche Erfahrungen und ihr sozialer Autismus treiben sie dann wohl dazu, ihre eigene Jämmerlichkeit in der Projektion auf alltagstaugliche Feindbilder zu kompensieren. Manchen dient dafür „der Ausländer", anderen „der Sozialschmarotzer" und den Maskulisten eben „die Frau" – oder alle drei.

Holger Marcks

Anti-Atom ist relativ

Ein Kommentar von Hanna Poddig



Urheber: Findus

Mitten in der Nacht und hinter geschlossenen Türen vereinbart die Regierung mit den Atomkonzernen einen Deal, der kaum besser hätte ausfallen können für die AKW-Betreiber. Die Laufzeiten sollen verlängert und keines der Kraftwerke vom Netz genommen werden.

Dezentrale Aktionen, Großdemos im letzten und in diesem Jahr und etwa 100.000 Leute, die erst kürzlich in Berlin demonstriert haben gegen den Pro-Atom-Kurs der Bundesregierung prägen das Bild. Was sie fordern? Sofortausstieg? Laufzeitverlängerungen verhindern? Manche meinen, es sei nicht wichtig, schließlich wollen „wir" doch „alle das gleiche" und sind entrüstet, sauer und dagegen.

Das Bild ist geprägt von einem Fahnenmeer von SPD und Grünen. Die demonstrieren gegen schwarz-gelb und für rot-grün und für die Rettung des vermeintlich perfekten Atomkonsens'. Herr Gabriel gibt sich als Straßen-Anti-Atom-Kämpfer und es scheint sich kaum noch jemand dafür zu interessieren, dass im damaligen Atomkonsens der reibungslose Betrieb der Atomanlagen und massive Steuervorteile für AKW festgelegt wurden.

Trittin flirtet mit den Kameras und es scheint vergessen, dass sich die Grünen nach dem vereinbarten Konsens-Nonsens explizit gegen Proteste ausgesprochen hatten. Dieses Jahr im November werden sie wie selbstverständlich wieder bei den Protesten gegen die Castortransporte dabei sein. Wie gruselig, dass sich die Mitverursachenden der jetzigen Situation nun also wieder als Lösung aufspielen. Wenige Tage später nach der Großdemo in Berlin vergeht Trittin zumindest kurzzeitig das Lachen, als er auf einer Podiumsdiskussion zum Thema „Ideale vs. Realpolitik" mit einer Torte beworfen wird. Vielleicht war es das Kompromissangebot eines autonomen Anti-Atom-Kämpfers an die grüne Partei?

Die Initiative „ausgestrahlt" rief 2010 zum Jahr der Anti-Atom-Bewegung aus und behauptet nun sogar, in diesem Herbst sei ein entschiedenes Zeichen gegen Atomkraft wichtiger denn je. Alles scheint immer neue Rekorde zu brauchen, um wahrgenommen zu werden – auch absurd. Für die sofortige Stilllegung aller sowohl rot-grünen als auch schwarz-gelben Atomanlagen!



Erneute Datenskandale bei Facebook

Ein Datenskandal nach dem anderen begleitet die Erfolgsgeschichte des Internet-Netzwerkes Facebook. Die Betreiber der über 500 Mio. Mitglieder zählenden Website räumten Mitte Oktober ein, dass User IDs an Werbefirmen und Datensammel-Firmen weiter geleitet worden seien. Einem Bericht der US-Zeitung „Wall Street Journal" zufolge, geben die zurzeit zehn beliebtesten Anwendungen auf Facebook Daten an externe Firmen weiter. Drei dieser Anwendungen geben sogar Auskunft über gelistete Freunde des betroffenen Nutzers. Unverschont blieben selbst solche UserInnen nicht, die in ihrem Profil die schärfsten Datenschutzoptionen gewählt hatten.
Facebook kündigte nun an, die Weitergabe der User ID „dramatisch eingrenzen" zu wollen. Ferner begründeten sie die Datenlücke mit der prinzipiellen Funktionsweise von Internet-Surfprogrammen, den sog. Browsern. Nur wenige Tage vor der Bekanntmachung sorgte zudem die Meldung für Wirbel, dass mittels E-Mail-Adressen von Facebook-NutzerInnen auch E-Mail-Kontakte von Nichtmitgliedern ausgeforscht werden können. Mit Datenschutz scheint man es bei Facebook nicht so eng zu nehmen. Dazu passt auch die Auffassung des Netzwerkgründes Mark Zuckerberg, der Anfang des Jahres erklärte, dass er so etwas wie Privatsphäre nicht mehr zeitgemäß finde. (AL)

HSH-Nordbank beschäftigte internen Geheimdienst

Nach Informationen des Nachrichtenmagazins „Spiegel" beauftragte der HSH-Nordbank-Chef Dirk Jens Nonnenmacher eine private Sicherheitsfirma, um KritikerInnen der Bank zu bespitzeln. Unter dem erfindungsreichen Decknamen „Project Silence" habe die Prevent AG ein Quellen-Netzwerk aufgebaut und wie ein interner Geheimdienst für den Bankenchef fungiert. Der „Spiegel" berichtet, es habe „ein Monotoring aller relevanter Diskussionsforen" sowie eine „Identifizierung der besonders auffälligen Blogger" statt gefunden. Ein Sprecher der Bank rechtfertigte die Überwachung mit einer „massiven Bedrohung der Bank und ihrer Mitarbeiter".
Nicht nur diese Rhetorik, auch angegebene Tätigkeitsfelder des „Projects Silence", so etwa die „Ausweitung, Pflege und Führung des Quellennetzwerkes", erinnern eher an Praktiken von DDR-Überwachungsorganen als an Mitarbeiter-Schutz. In einer Mitteilung gab Prevent ferner an, das Unternehmen könne Fragen zu dem „Project Silence" nicht beantworten, da es gegenüber den Vertragspartnern „zur Verschwiegenheit verpflichtet" sei. (AL)

Easycash: Nur Bares ist Wahres

Über den EC-Kartennetzbetreiber Easycash laufen rund 40% aller bargeldlosen Zahlungen in Deutschland. Laut NDR Info schreckt die Nummer Eins der Branche dabei nicht vor Datenmissbrauch zurück. Der Vorwurf: Easycash soll über eine Tochterfirma, die Easycash Loyalty Solutions (ECLS), die Daten des Transaktionsverkehrs mit den Kundenkarten (z.B. Payback-Karten) der ECLS abgeglichen haben. Daraus ergebe sich ein Angebot von „Zahlungsverkehrsanalysen", die Handelsunternehmen mehr versprechen als herkömmliche Marktforschung. So lasse sich z.B. die Kundenbindung überprüfen und steuern. Dem NDR liege ein solches Angebot aus dem Jahr 2010 vor.
Der unsichtbare Treuhänder zwischen Bank und Kunde verneint in einer Stellungnahme die Anschuldigung, bestätigt allerdings, die „Möglichkeit einer Nutzung und des Vergleiches der Daten zwar in der Vergangenheit erwogen ..., aber ... nicht realisiert" zu haben. Landesdatenschutzbeauftragter Lepper stellte nun Strafantrag gegen Easycash „wegen unrechtmäßiger Speicherung mit Bereicherungsabsicht". (CS)

EU-Gerichtshof billigt Sicherungsverwahrung

Der Menschenrechtsgerichtshof in Straßburg hat die Beschwerde eines deutschen Gefängnisinsassen gegen die Sicherungsverwahrung abgelehnt. Der 65jährige wurde 1995 zu sieben Jahren Haft wegen Bandendiebstahls verurteilt. Zusätzlich wurde ihm schon damals eine Sicherungsverwahrung für die Zeit nach 2002 auferlegt. Somit sitzt er noch heute in Haft, obwohl er die eigentliche Strafe seit acht Jahren abgesessen hat. Im Mai hatte der Gerichtshof bereits der Beschwerde eines deutschen Insassen Recht gegeben. In diesem Fall allerdings beanstandeten die RichterInnen eine „nachträgliche Sicherungsverwahrung", die einem Insassen auferlegt wurde, obwohl diese zum Zeitpunkt seiner Verurteilung gesetzlich noch nicht zulässig war. Das Gesetz über die Sicherungsverwahrung steht in ganz in einer antiliberalen Tradition. Sie wurde 1933 von den Nazis eingeführt und stellte den „Charakter" von Tätern, nicht deren Taten in den Vordergrund. Die BRD übernahm diese Rechtsprechung und erweiterte sie 1998, indem sie die Höchstgrenze von zehn Jahren aufgab. 2004 wurde sogar die nachträgliche Sicherungsverwahrung erlassen. Über 500 Insassen sind heute in der BRD davon betroffen. Schmierblätter wie die „Bild" machen Stimmung gegen eine mögliche Lockerung der Sicherungsverwahrung, die es ermöglicht, Menschen willkürlich in Haft zu halten. (HM)

Einsprüche gegen Google Streeview

Angaben von Google zufolge gingen bei dem Internetkonzern fast 250.000 Einsprüche aus Deutschland gegen die Abbildung von Gebäuden bei „Street View" ein. Die Einsprüche stammen allein aus den 20 deutschen Städten, in denen der Geodatendienst in diesem Jahr an den Start gehen soll. Dabei handelt es sich um Anträge auf Unkenntlichmachung eines Gebäudes in den Panorama-Straßenansichten. Sobald nur ein Mieter aus einem Mehrfamilienhaus Einspruch einlegt, muss das komplette „Gebäude" in der Darstellung „verwaschen" werden. Am 15. Oktober endete die offizielle Widerspruchsfrist. Nach Aussage des Verbraucherministeriums sind aber auch nach dem Start von „Street View" Widersprüche möglich. Laut einer Emnid-Umfrage sind immerhin 52% der Bevölkerung gegen eine Abbildung ihrer Wohnstätte. (HM)

Finger weg vom Streikrecht!

Stellungskrieg um Tarifpluralität und Gewerkschaftsfreiheit geht weiter. AG Streikrecht aus der FAU greift in die Debatte ein

Das Laub war noch nicht bunt, da malte die bayerische Presse schon den Teufel an die Wand: Sabotage auf der Wies'n! …ein Nahverkehrsstreik der GdL zum 200. Oktoberfest werde München ins Chaos stürzen (siehe S.5). Die neue Freiheit der Gewerkschaften!

Anfang September, knapp zehn Wochen nach Aufhebung der „Tarifeinheit", schien Bewegung in die Sache zu kommen: Regierungschefin Merkel wollte binnen vier Wochen klar haben, ob ein Gesetz kommt oder nicht. Da war Klärungsbedarf, auf dem Kolloquium im Arbeitsministerium. Neben den unbedingten Verteidigern der Koalitionsfreiheit, die eine gesetzliche Regelung als verfassungswidrig ansehen, suchten andere Juristen „einen Weg in der Mitte", mit „Vorteilen für alle". Dem Resümee der *FAZ* zufolge solle sich die gewerkschaftliche Zuständigkeit nach Arbeitnehmergruppen aufsplitten … Das klingt nach einem bürokratischen Monster, das den Entwurf der „Sozialpartner" noch übertrifft.

Schon das „Mehrheitsprinzip", wonach nur die mitgliederstärkste Organisation tarifpolitisch für ihre Mitglieder aktiv werden dürfe, würde „die Gewerkschaften noch weiter in ein kostenintensives bürokratisches Korsett zwingen und ihre Beweglichkeit und Lebendigkeit einschränken", wenn etwa einem Streik eine notarielle Beglaubigung der Zahlenverhältnisse vorausgehen müsse. So argumentiert die Arbeitsgruppe „Finger weg vom Streikrecht!" aus der FAU in ihrem Positionspapier. Daher die große Frage: Wäre ein Streik gänzlich verboten, wenn „sich die Nicht-Organisierten als die Mehrheit in einem Betrieb herausstellen"?! „Eine solche Auslegung würde," so schwant der AG, „zur Tradition der deutschen Arbeitsgerichte passen." Außerdem hieße das vor Gericht in der Praxis eine Überbewertung der Quantität. Wirklich wichtig sei die „reale Durchsetzungsfähigkeit" und der „Kampfeswillen" der GewerkschafterInnen im Betrieb. Einig sehen sich die Anarchosyndikalisten mit Heiner Dribbusch vom DGB-nahen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut, der (wie andere, teils hochrangige Funktionäre) das Risiko nicht in einem gewerkschaftlichen Überbietungs- und Konkurrenzkampf sieht. Das Problem des DGB liege eher in seiner vielerorts mangelnden Streikfähigkeit; und gerade das behebe man nicht per Gesetz.



Ganz oben gibt man sich gelassen. Zwar protestiert ein Teil der unteren Ebenen gegen die Rückkehr zur Tarifeinheit. So fühlt sich ein gutes Dutzend Landesfachbereiche von ver.di schlicht übergangen, weil die interne Debatte ausgeblieben war. Zudem können und wollen sie die vorgeschobenen Argumente – den Schutz der Tarifautonomie etwa – nicht nachvollziehen. Doch es hilft nichts: Zu viele Streiks, so ver.di-Vize Herzberg, würden „beliebig und unangemessen" erscheinen und damit dem Ansehen der Gewerkschaften schaden. Das zweithöchste Gremium der Dienstleistungsgewerkschaft, der Gewerkschaftsrat, bekräftigte Ende September die BDA-DGB-Initiative: Es gelte, so die Beschlussvorlage, „die Tarifeinheit auf Grundlage des Mehrheitsprinzips … zu sichern, um die Entstehung neuer Berufsgruppengewerkschaften zu erschweren. Dieses gesetzgeberische Konzept hat allerdings auch zur Folge, … dass das Streikrecht der Gewerkschaften durch die Ausweitung der Friedenspflicht eingeschränkt wird." Man wolle jedoch nicht abwarten, „ob die Prognosen über das Entstehen einer systemgefährdenden Zersplitterung der Tariflandschaft und einer Eskalation der gewerkschaftlichen Streikpraxis … tatsächlich Realität werden".

Damit steht ver.di sicher nicht allein. Zwar ist es bisher verdächtig ruhig auf der Regierungsbank, und auch im Bundesrat liegt der Tarifeinheitsantrag von Rheinland-Pfalz auf Eis. Auszuschließen ist jedoch nicht, dass hinter den Ministerialkulissen emsig gearbeitet wird. Die FAU wartet übrigens mit einem weiteren Alternativvorschlag zur Lösung des Tarifdilemmas auf: Günstigkeitsprinzip statt Mehrheitsprinzip. Das käme allen zugute.

André Eisenstein,

im Internet: www.fau.org/streikrecht

Dancefloor statt Standort

Nachttanzdemo in Münster protestiert gegen städtische Sparpläne und steigende Mieten

Am 2. Oktober versammelten sich etwa 500 Menschen in der Münsteraner Innenstadt zur ersten Nachttanzdemo in NRW, um unter dem Motto „Waking up the city!" gemeinsam ihren sozialen Kämpfen Ausdruck zu verleihen.

Die FAU Münsterland beteiligte sich mit einem Beitrag zu Leiharbeit in Münster, und nannte Namen und Adressen der Ausbeuterfirmen. Desweiteren thematisierte sie prekäre Beschäftigungsverhältnisse und kritisierte die Funktion studentischer Arbeitskräfte.

In Münster, einer ziemlich wohlhabenden Stadt, sei die Krise nicht so spürbar, weil sie eine 50.000-köpfige studentische Reservearmee hat, die sich seit jeher nicht gegen sittenwidrige Löhne und die Untergrabung arbeitsrechtlicher Standards wehrt: „Rentenzahlungen, Krankenkassenzahlungen, Urlaubsanspruch – sämtliche Selbstverständlichkeiten der Arbeitswelt sind Münsteraner Ausbeutern fremd, weil sie sie mit studentischen ArbeiterInnen mühelos ignorieren können. Das Desinteresse der studentischen ArbeiterInnen an ihren Arbeitsbedingungen ist verantwortlich für das niedrige Niveau in Gastronomie, in der Pflege und in Callcentern. Studierende fungieren hier als präventive und ideelle Streikbrecher."

An den Sparplänen der Stadt jedoch ist die Krise deutlich erkennbar: Die kürzlich veröffentlichte Haushaltskonsolidierung verspricht Kürzungen für KiTas, Bibliotheken, Vereine und Initiativen. Das Münsteraner Umland blieb von Firmeninsolvenzen und Stellenabbau nicht verschont. „Vor allem aber kommt es darauf an, sich in den Betrieben zu organisieren, um zu beweisen, dass ArbeiterInnen alles andere als ohnmächtig sind. Wir können viel verändern, wenn wir gemeinsam nichts tun!"

Dies war nur einer der Redebeiträge, mit denen die tanzende Menge zwischen der Musik unterhalten wurde. In einem zweiten, spontanen Beitrag schlug die FAU einen Solidaritätsbrief an den Widerstand gegen S21 in Stuttgart vor. Andere Gruppen protestierten gegen die Umstrukturierung des Hafengebiets und die (bevorstehende) Abschiebung von Roma und Sinti in den Kosovo.

Den OrganisatorInnen ging es darum, das Gemeinsame in den verschiedenen Kämpfen hervorzuheben: „die Opposition zu einer Stadtpolitik, die Wohlstand und Ordnung zu ihren Leitmotiven erklärt und damit Ausschluss und Ausgrenzung produziert. Wir sind für eine solidarische Gesellschaft und eine Perspektive des radikalen Wandels gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsverhältnisse."

Johanna Berling, FAU Münster

Leck mich am Hartz!

Erwerbslosen-Infos



Für mehr Eltern- und Altersarmut?
Im neuen Jahr soll, nach dem Willen der schwarz-gelben Bundesregierung, für Erwerbslose nicht mehr in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt werden. Mit dem Wegfall von derzeit 40,80 Euro monatlich pro Erwerbslosen bedeutet das eine Einsparung von 1,76 Mrd. Euro jährlich. Dabei wird der eh schon geringe Rentenanspruch de facto um 2,17 Euro pro Monat gekürzt. Rund 3,6 Mio. Menschen werden 2011 davon betroffen sein. Auch die Eltern, die auf ALG II angewiesen sind, trifft es hart, soll ihnen doch zukünftig das Elterngeld „angerechnet", sprich weggenommen werden. Doch auch wenn das noch nicht rechtskräftig ist, gekürzte Bescheide gibt es jetzt schon. Damit man sich schon früh daran gewöhnt, dass es doch noch schlimmer kommen kann.

Wie wär's mit Zwangsarbeit?
Langzeitarbeitslose, aufgepasst! Von der Leyen macht Ernst: 2.000 Stellen sollen ab 2011 in Bayern geschaffen werden. Auch Magdeburg ist mit 700 Stellen Vorreiter. Andere Kommunen wie Lüneburg, der Ortenaukreis oder Eisleben wollen auch dabei sein. Gemeint ist die „Bürgerarbeit". Nach einem halben Jahr Qualifikation sollen es die Arbeitslosen auf dem Arbeitsmarkt probieren, und wenn es überraschenderweise nicht mit der Rückkehr auf den Arbeitsmarkt klappt, folgen drei Jahre „gemeinnützige Arbeit" für 900 Euro brutto und 30 Stunden die Woche. Dass das nichts anderes als staatlich verordnete Zwangsarbeit ist, verrät uns das Grundgesetz im Artikel 12. Dort steht neben dem Recht auf freie Berufsausübung auch: „Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht." Doch wer seine Rechte behalten will, dem werden die Leistungen gekürzt oder gestrichen. Man muss das wohl so verstehen: Wer zwingt uns denn zu essen?

Kohldampf schieben?
Dies sahen am 10. Oktober in Oldenburg 3.000 Menschen anders. Sie folgten dem Aufruf der Arbeitsloseninitiative ALSO und bundesweiter Erwerbslosennetzwerke und brachten ihre Töpfe und Kochlöffel mit, um „Krach zu schlagen statt Kohldampf zu schieben". Eine Hauptforderung war passenderweise: 80 Euro mehr für gesunde Ernährung – sofort! Diese Forderung stehe „auch symbolisch dafür, dass es eine Lebensmittelproduktion geben muss, die nicht auf Kosten der Bauern, der Beschäftigten in der Nahrungsmittelindustrie und in den Discountern, aber auch nicht auf Kosten der Natur gehen darf." Auch Milchbauern nahmen teil, um ihren Kampf für angemessene Milchpreise mit dem der Erwerbslosen zu verbinden. So muss das gehen!

Heißer Herbst?

Die DA sprach mit Rolf Schneider, organisiert in der FAU Frankfurt

Wie seht ihr den „Heißen Herbst" gegen die Sparmaßnahmen?

Nichts als heiße Luft. Wer sich unter der groß angekündigten Kampagne „Gerechtigkeit geht anders" von DGB und ver.di ernsthaften Widerstand erhofft hatte, wird von den paar Kundgebungen im Oktober bitter enttäuscht sein. Daran wird sich auch im November nichts ändern und das bei rund 6,9 Mio. Mitgliedern!

Für uns war klar, dass diese Kampagne letztlich darauf abzielt, die Beschäftigten für die nächsten Wahlen zu mobilisieren. Keine DGB-Gewerkschaft will ernsthaft politische Veränderungen selbst durchsetzen. Sie werden, wie seit 150 Jahren, ein bisschen protestieren und darauf hinwirken, dass ihre Partei(en) bei den nächsten Wahlen Erfolg haben und etwas „sozialere" Sparpakete beschließen.

Welche Alternative schwebt euch vor?

Natürlich ist es nötig, zu protestieren und die Unzufriedenheit über all die Ungerechtigkeiten zu schüren, aber eben nicht mit einer parlamentarischen Perspektive. Für uns geht es gerade in der Krise darum, das Vertrauen in das kapitalistische System weiter zu erschüttern und eine Gegenmacht aufzubauen. Wirklich handlungsfähig werden wir aber erst sein, wenn viel mehr Menschen merken, dass die Macht von Gewerkschaften eigentlich viel zu groß ist, um sie allenfalls für Lohnkämpfe und Betteldemos einzusetzen. Positive gesellschaftliche Veränderungen in unserem Sinn benötigen politische Streiks zur Durchsetzung und daran müssen wir arbeiten.

Was bringt das Protestieren gegen den Unternehmertag?

Diese Prunk- und Protz-Veranstaltung der hessischen Unternehmer war Anlass genug, um für die Abschaffung von Lohnarbeit und Kapitalismus zu demonstrieren. Allein die Tatsache, dass 300 Menschen den Bossen hautnah auf die Pelle gerückt sind, ist ein wichtiges Ereignis. Um ans Buffet zu kommen, müssen wir nächstes Jahr aber mehr sein.

Wie sind eure Perspektiven als FAU Frankfurt?

Mehr Arbeitskämpfe zu führen und weiter zu wachsen, um dann noch mehr Arbeitskämpfe führen zu können.

Meldungen aus der FAU

FAU Kassel: Menschenhändler-Outing
Beim „Spaziergang gegen Leiharbeit" in Kassel nahmen am 16. September etwa 40 Menschen teil. Von der Arbeitsagentur durch die Innenstadt, vorbei an unzähligen Leihbuden veranschaulichten weiß maskierte AktivistInnen in kurzen Theatereinlagen die Austauschbarkeit und die Entrechtung in diesem prekären Arbeitsverhältnis. Sie forderten die Abschaffung von Leiharbeit: „Das ist die einzig vernünftige Lösung, wenn wir den Slogan ‚Wir zahlen nicht für eure Krise!' ernst meinen", so ein Mitglied der FAU Kassel. Auch in Freiburg und Flensburg fanden am 16. bzw. 23.10. Aktionen gegen Leiharbeit statt.

FAU Bad Segeberg: Stadt will HaK schließen
Das selbstverwaltete Jugendkulturzentrum soll 2011 ersatzlos geschlossen und abgerissen werden. Damit säßen auf einmal mehr als 200 jugendliche NutzerInnen auf der Straße. Das lassen sich diese nicht gefallen und rufen für den 26.11. zu einer Demonstration auf.

FAU Rhein/Main: Proteste gegen Unternehmertag
Am 19.10. fand im Vorfeld des 19. Hessischen Unternehmertages in Wiesbaden eine symbolische Besetzung der Niederlassung der Industrie- und Handelskammer (IHK) in Frankfurt am Main statt. Am Abend des 26. Oktober versammelten sich schließlich rund 300 Menschen für die Demo „Gegen Lohnarbeit, Leistungsterror und Standortkonkurrenz – Die Krise heißt Kapitalismus!" vor dem Wiesbadener Kurhaus. Es wurde u.a. die Rolle der IHK und des hessischen Unternehmerverbandes VhU beleuchtet und die Notwendigkeit von Alternativen der gesellschaftlichen Organisierung betont.

FAU Berlin: „Heißer Herbst" in der Behindertenassistenz
Verschiedene Aktionen fanden im Vorfeld der für Herbst angesetzten Verhandlungen über das zukünftige Budget für die persönliche Behindertenassistenz in Berlin statt. Im September organisierte die Aktionsgruppe von Beschäftigten des Assistenzbetriebs Ambulante Dienste e.V., in der auch die Betriebsgruppen von ver.di und FAU mitarbeiten, eine Podiumsdiskussion. Dazu wurde eine Fotoausstellung eröffnet, die tabuisierte Aspekte ihrer Arbeit ans Licht bringt und deren provokative Ausrichtung Kontroversen hervorrief. Am 25.10. riefen schließlich auch Behindertenorganisationen zu einer Kundgebung gegen eine mögliche Kürzung des Budgets auf, da sie fürchten, dass weitere Lohnkürzungen in der Branche, die aus einem niedrigen Budget resultieren würden, die Qualität der Assistenz gefährde. Der genaue Termin der Verhandlungen ist weiterhin unbekannt.

Marxistischer Dreisatz

Anté Ciligas Odyssee durch die Sowjetunion. Eine Buchbesprechung.

Anté Ciliga
Im Land der verwirrenden Lüge
Die Buchmacherei, Berlin 2010
Hgg. von Jochen Gester & Willi Hajek
304 Seiten für 12 Euro

Über Anté Ciliga

Ciliga wurde 1892 als Sohn kroatischer Bauern geboren. Nach dem Ersten Weltkrieg trat er der Sozialistischen Partei Kroatiens bei, 1920 schloss er sich der Kommunistischen Partei Jugoslawiens an. 1924 ausgewiesen, wechselte er nach Wien, um letztlich 1926 nach Moskau geschickt zu werden, wo er in der jugoslawischen Sektion der Komintern arbeiten sollte. Dort radikalisierte er sich aufgrund des Umgangs mit der Arbeiterklasse und den Oppositionellen, u.a. den Anarchosyndikalisten, und verbrachte ab 1930 seine Zeit in Gefängnissen und Verbannung. Unter Einsatz seines Lebens gelang es ihm 1935, seine Ausweisung durchzusetzen. In Paris schrieb er daraufhin seine Erinnerungen auf und legte sich mit Trotzki u.a. wegen dessen Rolle bei der Niederschlagung des Kronstädter Aufstands an. Die weitere Biographie des jugoslawischen Linkskommunisten wird durchaus kontrovers beurteilt, aufgrund seines Wirkens in der Zeit von 1941 bis 1945. Denn nach seinem Entkommen aus der Sowjetunion und seiner Zeit in Westeuropa reiste Ciliga in den kroatischen Vasallenstaat der Achsenmächte, den sog. Ustascha-Staat. Dort landete er zwar – zum Tode verurteilt – 1942 im KZ, kam aber 1943 durch eine Intervention proalliierter Kräfte in der Ustascha-Verwaltung frei. Im Folgenden arbeitete er als Journalist für die von der Ustascha kontrollierte Presse, bis er 1944 nach Wien und Berlin reiste, „weil er neugierig war auf die sozialen Verhältnisse in Deutschland zwischen dem SS-Staat und den Massen", wie Stephen Schwartz in einem der Neuauflage beigefügten Aufsatz schreibt. Dieser Beitrag, der u.a. die dubios wirkende Lebensphase Ciligas zu erklären versucht, „weiß das Leben Ciligas auf eine gerechte Weise zu würdigen", urteilen zumindest die Herausgeber in ihrem Vorwort. Die LeserInnen mögen selbst über Ciligas Werdegang urteilen; die inhaltliche Bedeutung seiner Aufzeichnungen aus der Sowjetunion bleibt gewiss unberührt davon.
Holger Marcks

Wenn ich alte marxistische Traktate über die Sowjetunion lese, überkommt mich meist ein mentaler Brechreiz. Das mag dem Privileg geschuldet sein, heute Geschichte aus einer anderen Warte beurteilen zu können. Schließlich hätte man ja selbst, wie ein Großteil der internationalen Arbeiterbewegung, dem Mythos vom „Heimatland aller Werktätigen" auf den Leim gehen können. Auch manch Anarchistin war davor nicht gefeit. Doch spätestens seit dem 1921 niedergeschlagenen Aufstand von Kronstadt war die Positionierung in der anarchistischen Bewegung eindeutig, wurde genug Wissen über den „Arbeiter- und Bauernstaat" gestreut. Und nicht zuletzt gab es in den Jahren, ja Jahrzehnten vor der Oktoberrevolution eine Debatte in der Arbeiterbewegung, unter welcher revolutionären Strategie sich diese formieren muss, um eine freie Gesellschaft hervorbringen zu können. Nein, mangelnde Informationen über das Wesen des Bolschewismus können es nicht gewesen sein.

So ist es immer wieder erschütternd festzustellen, zu welchem Luftschloss sich noch Jahre später viele Linke die Sowjetunion ausmalten. Dies gilt auch für den jugoslawischen Kommunisten Anté Ciliga, der 1926 in die Sowjetunion auszog, um fast zehn Jahre später, nach einer leidvollen Odyssee, als Gegner des Leninismus hinauszukommen. Seine Erfahrungen schrieb er 1936 bzw. 1941 in zwei Bänden nieder, die bis in die 1960er zu Diskussionen in der europäischen Linken beitrugen. Noch in den 1970ern veröffentlichten auch spanische Anarchisten Ciligas Abrechnung mit der Sowjetunion. In Deutschland wiederum erschien lediglich 1953 eine stark gekürzte Übersetzung des französischen Originals, die von der Linken weitestgehend ignoriert wurde, sicherlich auch, weil sie im Rahmen einer dezidiert antikommunistischen Buchreihe erschien. Nun haben Jochen Gester und Willi Hajek Ciligas Aufzeichnungen aus dem „Land der verwirrenden Lüge" wieder herausgegeben und der deutschsprachigen Leserschaft zugänglich gemacht.

Schattenriss einer Gesellschaft

Die Lektüre des Buches lohnt sich allemal, allein schon wegen der persönlichen Impressionen vom Innenleben der Sowjetunion. Was dabei Ciligas „Feldforschungen" so besonders macht, ist, dass er die Sowjetunion in ihren verschiedensten Facetten kennenlernen konnte: Er kam sowohl mit einfachen ArbeiterInnen in Berührung wie auch Studenten und der Intelligenzija; er hatte Einblicke in die Bürokratie und war selbst als politischer Kader aktiv. Als Oppositioneller lernte er letztlich die Verbannungsorte, Lager und Gefängnisse von innen kennen, mit ihren Insassen aller Couleur. Auf diese Weise zeichnet Ciliga anhand verschiedener „sozialer und psychologischer Typen" das Bild einer Klassengesellschaft, die er als „staatskapitalistisch" bezeichnet. Ein „neuer Aristokratie" aus Bürokraten und Parteifunktionären habe die Privilegien der alten Eliten geerbt, nur um die Arbeitermassen mit den Methoden Machiavellis und Napoleons brutaler zu knechten, als es je im Kapitalismus der Fall gewesen. Immer wieder lässt Ciliga die Hoffnung durchblicken, dass sich die „historische Mission" der gerade darbenden ArbeiterInnen doch noch erfüllen könnte. Denn: „Eine Klasse ergibt sich nicht, sie kämpft". Das ist für Ciliga die notwendige Implikation einer Klassengesellschaft.



Von Marx bis Stalin die Partei hat immer Recht (haben wollen).

Zu einer „radikalen Kritik" nicht nur der „stalinistischen Exzesse", sondern auch der „leninistischen Vorstellung von Masse und Avantgarde" soll die Neuauflage des Klassikers den Herausgebern zufolge beitragen. Das tut sie zwar, doch lässt die analytische Tiefe etwas zu wünschen übrig – ein Umstand, der auch der Tatsache geschuldet ist, dass in der Neuauflage erneut zentrale Passagen fehlen, die bereits in der deutschen Erstübersetzung unterschlagen wurden. Dies gilt vor allem für das Kapitel, in dem Ciliga in einer Art kritischem Dreisatz von Stalin über Trotzki zu Lenin gelangt, um endlich auch diesen vom Sockel zu stürzen. Seine Reflexionen bleiben aber auch in gekürzter Wiedergabe stets plausibel.

„Lenin auch" – wer noch?

Wird Ciliga aus der konkreten Erfahrung mit Stalins Regime heraus zunächst in der trotzkistischen Opposition aktiv, wendet er sich schon bald auch von Trotzki ab. Diesem wirft er vor, den Systemcharakter der gesellschaftlichen Probleme zu leugnen, wenn er die Sowjetunion lediglich für einen durch die Politik der stalinistischen Bürokratie „deformierten Arbeiterstaat" halte. Wer Trotzkis „Verratene Revolution" gelesen hat, weiß wovon Ciliga spricht. Die Grundlagen des Sowjetsystems verteidigte Trotzki, der selbst die „Militarisierung der Arbeit" und die sowjettypische Arbeitsfront organisiert hatte, ebenso vehement wie die Politik der Turboindustrialisierung. In Anbetracht dieser sowjetischen Auswüchse, der Millionen Menschen zum Opfer fielen, wirkt Trotzki mit seiner Kritik an wirtschaftspolitischen Details wie ein Korinthenkacker. Nicht umsonst gaben viele trotzkistische Oppositionelle Ruhe, als sie Trotzkis Programm von Stalin verwirklicht sahen. Darauf verweist auch Ciliga, der den Konflikt zwischen Stalin und Trotzki als Fraktionskampf in der herrschenden Elite wertet.

In Konsequenz schwört Ciliga denn auch der heiligen Ikone Lenins ab, denn „die russische Revolution war ... ein organisches Ganzes. Und Lenin konnte nicht als daran unbeteiligt angesehen werden." Als entscheidende Weichenstellung gilt Ciliga dabei die Phase ab 1919, in der den ArbeiterInnen die in Kollektivproduktion betriebenen Fabriken entrissen und der Bürokratie untergeordnet wurden. Mit dieser Monopolisierung sowohl der politischen als auch der wirtschaftlichen Macht in den Händen des Staats habe Lenin „ein totalitäres und bürokratisches Regiment auf den Thron gesetzt". Infolge dieser Erkenntnis stellt sich Ciliga auf den Standpunkt der bereits 1922 zerschlagenen „Arbeiteropposition" (siehe Artikel unten).

So plausibel die Kritik an Lenin als Politiker klingt, als Erklärung für die Entwicklung der Revolution ist sie zu sehr subjektbezogen, wenn sie deren Tragik an der „Entfremdung zwischen ihm [Lenin] und den Massen" festmacht. Revolutionen haben komplexe Dynamiken, deren Verlauf entscheidend davon abhängt, wie sich die daran beteiligten Bewegungen zuvor formiert haben. Daher der bekannte anarchistische Leitspruch, dass die revolutionäre Organisation der Embryo der neuen Gesellschaft sein muss. Doch die Bewegung um Lenin hatte sich, wie fast die gesamte alte marxistische Bewegung, über autoritär organisierte Parteien mit dem Ziel formiert, die staatliche Macht zu erobern. In dieser revolutionären Strategie spielte ein Sozialismus von unten bzw. der Gewerkschaftssozialismus – wie ihn auch die Arbeiteropposition z.T. wünschte – von vornherein keine Rolle. Wer die russische Tragödie verstehen will, muss in die Zeit zurückgehen, wo diese strategischen Weichen gestellt wurden – und den Mut haben, auch den letzten Heiligen zu entehren.

Holger Marcks

„Unliebsame Elemente"

Arbeiteropposition in der Oktoberrevolution und frühen Sowjetunion 1919–1926

Während des Russischen Bürgerkrieges 1918–1922 formierten sich innerhalb des bolschewistischen Teils der Arbeiterbewegung verschiedene Gruppen und Diskussionszirkel, die offen die Politik der Kommunistischen Partei als bürokratisch und anti-proletarisch kritisierten. Neben dem Frieden von Brest-Litowsk, der auch von anderen linken Strömungen der Bolschewiki als unvereinbar mit der Weltrevolution verurteilt wurde, stießen sich die zum Lager der Arbeiteropposition zuzurechnenden Stimmen an der Bevormundung der Arbeiterschaft durch Staat und Partei, dem repressiven Kriegskommunismus und Lenins Neuer Ökonomischer Politik (NÖP), die die Wiedereinführung kapitalistischer Elemente in die Wirtschaftspolitik vorsah. Auf dem X. Parteitag im März 1921 brandmarkte Lenin die Arbeiteropposition als „anarchosyndikalistische Abweichung"; er setzte sich schließlich in allen Punkten gegen die Arbeiteropposition durch, und ein generelles Verbot von Plattformen und Fraktionen innerhalb der Partei wurde beschlossen. Führende Vertreter der Arbeiteropposition bemühten sich in den Folgejahren vergeblich um eine Reorganisation.

Dass es überhaupt eine Arbeiteropposition innerhalb der Bolschewiki geben konnte, erscheint auf den ersten Blick paradox, stützte sich Lenins Partei doch ausdrücklich auf das Proletariat. Aber unter dem Eindruck von Revolution und Bürgerkrieg entwickelte die russische Arbeiterschaft ein nie dagewesenes Selbstbewusstsein, das bald mit dem autoritären Führungsstil und Alleinvertretungsanspruch der Partei schwerlich in Einklang zu bringen war. Während der Kriegsjahre hatte sich in den Fabriken ein System der Selbstverwaltung etabliert, das auf Vollversammlungen und den sogenannten Fabrikkomitees basierte und nicht nur die Produktion, sondern oftmals auch die Versorgung mit Lebensmitteln und anderen Grundgütern in die Hand der Arbeiter selbst legte. Solange die allgemeine Situation instabil war und die Bolschewistische Partei ihre Kräfte auf die Kriegsführung bündelte, tolerierte sie diese Entwicklung, zum Teil auch wohlwollend, war sie doch mit der Wirtschaftsleitung oftmals überfordert. Als sich jedoch ein Obsiegen über die Konterrevolution abzuzeichnen begann und sich die Macht der Partei in Russland gefestigt hatte, wurden per Dekret die Betriebe unter zentrale Leitung gestellt und die Selbstverwaltung aufgehoben, was von den betroffenen Arbeiterinnen und Arbeitern nicht gerade mit Beifall quittiert wurde. Ein Graben zwischen der Partei und ihrer Basis tat sich auf – oder wurde vielmehr sichtbar, denn tatsächlich waren Partei und Arbeiterschaft stets zweierlei gewesen. Lenins Avantgarde des Proletariats, die straff von oben nach unten organisierte Kaderpartei von Berufsfunktionären, nahm für sich zwar in Anspruch, dem Wohle der Arbeiterschaft zu dienen, wollte jedoch allein bestimmen, worin dieses besteht. Dem Proletariat wurde grundsätzlich misstraut, so dass nur wenige es aus seiner Mitte zur Parteimitgliedschaft brachten; der Anteil führender Parteifunktionäre, die aus der Arbeiterklasse stammten, war denn auch verschwindend gering.

Bis zum Winter 1920/21 kam es immer häufiger zu Protesten und Demonstrationen aus den Reihen der Arbeiter und Arbeiterinnen. Sie forderten die Wiedereinführung der Arbeiterselbstverwaltung und die Bildung freier Gewerkschaften. Im Februar breitete sich eine Streikwelle im Land aus. Manche Gruppen der Arbeiteropposition stellten den Führungsanspruch der Partei infrage und verlangten eine eigenständige Rolle der Gewerkschaften (eine sogenannte Dreiteilung der Macht aus Räten, Partei und Gewerkschaften). Trotz weitreichender Überschneidungen in Kritik und Forderungen kam es nicht zu einer massiven Solidarisierung der Arbeiteropposition mit dem Kronstädter Matrosenaufstand Anfang März. Und auf dem zeitnah folgenden X. Parteitag gelang es Lenin, die brandgefährlich gewordene Arbeiteropposition auszubooten, indem einerseits ihre Strukturen verboten, andererseits aber ihr prominentester Sprecher, der Metaller A. G. Schljapnikow, in die Parteispitze aufgenommen wurde (der erste Arbeiter im ZK!).

Alle Hoffnungen, auch nur Teilforderungen der Arbeiteropposition durchzusetzen, scheiterten in der Folgezeit. Der Kreis um Schljapnikow gab 1926 schließlich resigniert auf. Stalin hielt dagegen Schljapnikow auch noch 1937 für so gefährlich, dass er ihm nicht erst den Schauprozess machte, sondern ihn direkt erschießen ließ.

Matthias Seiffert

Ein Generalstreik wird wahr – fast

Durchschnittliche europäische Mobilisierung am 29. September, dafür harter Widerstand gegen die französische Rentenreform

Die Regierenden in Europa nutzen die Krise und verabschieden ein Sparpaket nach dem anderen, so dass Wirtschaftsnobelpreisträger Krugman befürchtet, den Leuten könne vom Gürtel-enger-Schnallen die Luft ausgehen – mit gravierenden Auswirkungen auf die Wirtschaft. Am 29. September fand u.a. deshalb in Spanien ein Aktionstag gegen die Arbeitsmarktreform statt (siehe DA Nr. 201). Nach Gewerkschaftsangaben beteiligten sich 70% aller Beschäftigten an dem Ausstand. Doch blieb er mit seinen 24 Stunden eher symbolisch. Auf denselben Tag fiel der Aktionstag des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), der zu Protesten gegen die EU-weiten Sparmaßnahmen aufgerufen hatte. Doch abgesehen von Spanien und z.T. Griechenland kam es nirgendwo zu größeren Streikaktivitäten. In Salzgitter demonstrierten immerhin 6.500 ArbeiterInnen während der Arbeitszeit – eine Ausnahme. So zogen bei der zentralen Demo in Brüssel fast 100.000 ArbeiterInnen in den Park, um den Reden der Gewerkschaftsgranden zu lauschen. Der französische Soziologe Arnaud Mias weist auf die Ritualhaftigkeit des EGB hin: Dieser sei eher eine „Salongewerkschaft", die sich primär am institutionellen



Quelle: CNT Marseille

Räderwerk der EU orientiere. Kein Wunder, dass die Organisatoren sich an die Polizei gewandt haben sollen, um 148 „radikale" DemonstrantInnen festnehmen zu lassen, wie die polnische ZSP berichtet.

In Frankreich hingegen nahm die Bewegung gegen die Rentenreform beträchtlichen Schwung auf. Am ersten Aktionstag demonstrierten bis zu drei Millionen. Bereits seit Anfang September befanden sich die Hafenarbeiter in Marseille im Streik, wo es auch um eine Hafenreform geht. Dort brachten dann auch prekär Beschäftigte Frauen aus den Schulkantinen Streiks ins Rollen, die LehrerInnen zogen alsbald nach. Bald streikten auch die Belegschaften der zwölf französischen Raffinerien, die wegen des Hafenstreiks ohnehin mit Engpässen zu kämpfen hatten. Ein weiterer Schub kam durch die LKW-Fahrer, die mit einer Art Bummelstreik („Operation Schnecke") den Verkehr behinderten. Hohe Ausfälle gab es auch bei der Post und im Schienenverkehr. Die zentrale Taktik war jedoch die Blockade von Treibstoffdepots, Industriegebieten und Verkehrsadern. Wirtschaftsministerin Lagarde bezifferte die täglichen Ausfallkosten auf 400 Mio. Euro.



Quelle: CNT Marseille

Polarisierung und Repression

Die Argumente für die Reform sind bekannt – leere Kassen, Bevölkerungsentwicklung, höhere Lebenserwartung –, ebenso die Gründe für den Widerstand: Durch die Aufhebung von Steuergeschenken könnten leere Kassen gefüllt werden, und die höhere Rentnerquote werde durch Produktivitätszuwächse aufgefangen. Denn seit 1946 stieg die Produktivität um mehr als 800%. Zudem haben Arme und ArbeiterInnen eine geringere Lebenserwartung als etwa leitende Angestellte. Knapp zwei Drittel der Über-55-Jährigen seien ohnehin erwerbslos. Dennoch soll Anfang November die Reform vom Präsidenten unterzeichnet werden. Somit wird das Mindestrentenalter von 60 auf 62 erhöht. Die Zahl der Beitragsjahre erhöht sich auf 41, was angesichts des durchschnittlichen Einstiegs ins Erwerbsleben mit 27 und chronischer Erwerbslosigkeit für die Masse der Lohnabhängigen bedeutet, bis zum regulären Rentenalter von 67 malochen zu müssen.

Nach zwei Wochen Streik erklärten sich 69% der Bevölkerung mit der Bewegung und 46% mit den Blockaden solidarisch. Sarkozys Umfragewerte liegen dagegen bei 30%. Nachgeben scheint für ihn keine Option gewesen zu sein, zumal ein Erfolg der Streikbewegung EU-weit zu einigem Echo hätte führen können. Daher schritten die „Ordnungskräfte" zur Räumung der Blockaden. Es kam vielerorts zu einem Katz-und-Maus-Spiel: die Streikposten zogen sich zurück, nur um sich am nächsten Morgen wieder aufzustellen. Die Arbeiter der Raffinerie Grandpuits (nahe Paris) wurden gar per Notverordnung zurück an die Arbeit geholt – unter Androhung von bis zu fünf Jahren Haft, auch wenn ein Gericht später den Erlass für ungültig erklärte. In Marseille wurde derweil die Fremdenlegion eingesetzt, um die Müllabfuhr zu besorgen. Auch der vielfache Einsatz von Provokateuren ist belegt, die Vorwände für Verhaftungen lieferten und die Bewegung in Verruf bringen sollten. Mit dem Import von Treibstoff aus den Nachbarländern wurde zudem ein internationaler Streikbruch organisiert, auf den auch vonseiten deutscher Gewerkschaften nicht angemessen reagiert wurde.

Auf ein Neues

Nach Verabschiedung der Reform heißt es nun, es gäbe keine Grundlage, ein „demokratisch" verabschiedetes Gesetz zu torpedieren. Die Bewegung gegen die Aufhebung des Kündigungsschutzes 2006 beweist zwar das Gegenteil (siehe DA Nr. 175), doch die Regierung hofft, damit den Gewerkschaften eine Scheu vor der Radikalisierung einzujagen. Traditionell sind diese zahlenmäßig schwächer als in der BRD, doch die Branchen- und lokalen Verbände verfügen über einiges mehr an Autonomie. Sie – und nicht die Dachverbände – waren es, die zu unbefristeten Streiks aufriefen. Meist entscheidet eine tägliche Vollversammlung der Belegschaft über Fortgang oder Ende des Kampfes, wodurch in der Aktion Einheit und Dynamik entstehen. Ende Oktober scheint aber der Moment gekommen, da die Dynamik abnimmt und die Stunde der Organisationsspitzen schlägt.

Mit den Raffineriearbeitern stimmte das Rückgrat der Bewegung für ein Ende des Streiks. Dennoch soll es noch einige Glutnester geben. Die Beschäftigten der Müllverbrennungsanlage in Marseille etwa streiken weiter. Nach den Ferien, beim Aktionstag Anfang November, wird sich entschieden haben, ob der Widerstand weitergeht. Eines jedoch ist sicher: In Frankreich wurde gekämpft, nicht protestiert. In der Bewegung haben wirtschaftliche Ansatzpunkte und radikale Taktiken eine zentrale Rolle gespielt. Wenn eine Lösung für die finanzielle Klemme einiger Streikenden wegen nicht existenter Streikkassen gefunden wird, könnte die nächste Schlacht noch härter werden. Und die wird kommen, denn die Polarisierung in der französischen Gesellschaft ist nicht zu übersehen.

André Eisenstein

Frankreich: CNT nicht verfassungsfeindlich

Sich unliebsamer Gewerkschaften zu entledigen, ist vielen Firmen alles recht. So versuchte die Handelskette Baud, dem Handelssyndikat SCIAL der anarchosyndikalistischen CNT den Gewerkschaftscharakter abzusprechen und stützte sich dabei auf das neue Arbeitsgesetzbuch von 2008 (DA berichtete, #200). Begründung: Verstoß gegen die „republikanischen Werte". Die CNT wolle „den Staat abschaffen" und propagiere die „direkte Aktion". Bereits im Februar hatte die erste Instanz die Klage abgewiesen. Im Revisionsverfahren wurde nun am 13.10. bestätigt: Die republikanische Sache solle „die Souveränität des Volkes garantieren und schreibt keine bestimmte Form institutioneller Ordnung vor". Das höchstrichterliche Urteil dürfte auch SUD-Gewerkschaften vor entsprechenden Klagen bewahren. (AE)

EU: Reihen werden geschlossen

Am 7. September hielt Kommissionspräsident Barroso vor dem EU-Parlament die erste „Rede zur Lage der Union". Nicht nur dem Titel nach orientiert sie sich an ihrer älteren Schwester in den USA. Barroso skizzierte die Strategie „Europa 2020", die mehr Reformtempo verspricht, und thematisierte indirekt auch eine eigene EU-Steuer. Soziale und Freiheitsrechte der Bevölkerung spielten jedoch kaum eine Rolle. Mit der Verschärfung des „Stabilitätspaktes" Ende Oktober wird nun deutlich, dass sich die europäischen Regierungen unterhaken. Eine solche Kette zu durchbrechen, braucht es ebenso europäische Bewegungen. Die Herausforderung ist gestellt. (AE)

Prekär, prekärer, Portugal

Im Land der wuchernden Scheinselbständigkeit organisieren sich immer mehr Prekäre selbst

Während hierzulande der Begriff der „Prekarität" mühsam etabliert werden musste, begegnet man ihm in Portugal an jeder Ecke. Denn das Land von Fado und Ronaldo hat in der EU den höchsten Anteil an prekärer Arbeit, die sogar bis in den öffentlichen Dienst vorgedrungen ist. Obwohl die Gewerkschaften, äußerlich betrachtet, nicht gerade zu den zurückhaltenden gehören, wird das Problem von ihnen fast schon stiefmütterlich behandelt. Und so setzen immer mehr Prekäre auf das Mittel der Selbstorganisation.

In der BRD erleben wird derzeit den Trend, dass zunehmend Menschen auf Honorarbasis arbeiten müssen. Sie erledigen eigentlich reguläre Arbeiten, verfügen aber über keinen Arbeitsvertrag und die damit verbundenen sozialen Vorteile, während der Boss sich die Sozialabgaben spart. In Portugal ist das nicht anders, nur hat sich dort die Scheinselbständigkeit zu einem umfassenden und perfiden System entwickelt. Die „grünen Quittungen" machen es möglich. Einst für die Abrechnung freiberuflicher Dienstleistungen (wie etwa von Handwerkern) geschaffen, beschäftigen heute 35% aller Unternehmen „Selbständige" auf dieser Grundlage. Mehr als 900.000 der etwa fünf Mio. Arbeitskräfte arbeiten mit dem grünen Schein. Dieser Prozess geht einher mit einer Ausweitung der Leiharbeit in fast allen Berufsbereichen. Selbst der öffentliche Dienst heuert mittlerweile LeiharbeiterInnen auf diese Weise an.

Der Druck auf dem Arbeitsmarkt ist hoch. Etwa 40% der Menschen leben unter der Armutsgrenze. Bei einer Arbeitslosenquote von etwa 8% ein klarer Fall von *working poor*. Denn der Anteil an prekärer Arbeit in Portugal beläuft sich auf etwa ein Drittel, viele Erwerbstätige verdienen nicht mehr als 500 Euro im Monat. Von der Arbeitslosenversicherung haben v.a. die „grünen" ArbeiterInnen wenig. Denn einen Anspruch auf Unterstützung hat man erst, wenn man 36 Monate Beiträge entrichtet hat. Nur wenige sind solange am Stück beschäftigt; sie zahlen somit ein, ohne etwas zurückzuerhalten.

In dieser Situation kümmern sich die Gewerkschaften, wie etwa die CGTP, im Wesentlichen um ihr Stammklientel der Regulären. Obwohl das Problem gesehen wird, dass auch deren Sicherheiten durch die Prekarisierung bedroht werden, verfolgt sie keine nennenswerte Strategie in dieser Frage. Die Prekären hätten in der Gewerkschaft genauso ihren Platz wie die Festangestellten, beteuert man bei der CGTP. Doch bei einer Gewerkschaftsarbeit, die wie bei der CGTP auf festen Betriebsbindungen basiert, ist das gleichbedeutend mit Ausgrenzung. Sicher, es gibt sie, die Kampagne gegen Prekarisierung. Mit ihr wolle man für jede feste Stelle einen festen Vertrag erwirken. Nach Angaben der CGTP wurden durch sie schon mehrere tausend Stellen umgewandelt.

Bei den Prekärenorganisationen, die sich zunehmend bilden, scheint man das anders zu sehen. Hier fühlt man sich von den Gewerkschaften vernachlässigt und setzt immer häufiger auf Selbstorganisation. In Porto etwa gründete sich Anfang 2009 das Movimento Popular de Desempregados e Precários (MDPD). Hier setzt man auf Selbsthilfe: auf kostenlose Speisungen (in Kooperation mit Bäckereien), den Anbau eigener Lebensmittel, Kleidersammlungen, Beratung und soziale Hilfe, bis hin zu einer Arbeitsbörse, wo man sich gegenseitig Jobs vermittelt. Die Initiative FEVRE wiederum erreichte einige Beachtung mit einer Online-Petition, die sich gegen die grünen Scheine richtete. Sie hatte eine öffentliche Debatte und Diskussionen im Parlament zur Folge. Oder etwa die Precários Inflexiveis, die sich für eine Aktivierung von Prekären stark machen, Betroffene mit sozialen Initiativen vernetzen und reguläre Arbeitsverträge durchsetzen will.

Auf diese Weise konnten die Prekären bereits einigen Druck entfalten. Und die Regierung reagierte mit einem neuen Gesetz, nach dem Unternehmen mit Geldstrafen belegt werden können, die mit den Quittungen reguläre Beschäftigungsverhältnisse umgehen. Doch die Strafen sind so gering und rar gesät, dass sich die Praxis weiterhin gut rentiert. Tatsächlich bewegt sich diese im rechtlich fragwürdigen Bereich. Denn auch nach portugiesischem Arbeitsrecht hätten viele Scheinselbständige ein Anrecht auf einen regulären Vertrag. Selbst die Regierung verweist – auch um sich aus der Verantwortung zu stehlen – darauf, dass man ja den Arbeitgeber verklagen könne. Die Klagen bleiben dennoch aus, häufig wegen großer Angst, gar keinen Job mehr zu haben, oder aufgrund rechtlicher Unkenntnis, aber vielleicht auch aus Mangel an einer gewerkschaftlichen Organisation, die solche Fälle exemplarisch und offensiv anstrengt.

Leon Bauer



strug·gle ['strʌgl]

Nachrichten von der Klassenfront

Griechenland: Polizei überfällt Akropolis

Mitte Oktober versuchten Beschäftigte des griechischen Kultusministeriums, eine Dauerprotestveranstaltung auf der Akropolis abzuhalten. Die meisten von ihnen sind über Zeitverträge angestellt, die immer wieder verlängert werden. Die ArbeiterInnen forderten etwas, das heutzutage für Staatsbeschäftigte in Griechenland fast schon utopisch ist: die Auszahlung der Löhne. Bis zu 24 Monate Lohnrückstand hatten sich bei Teilen der ArbeiterInnen mittlerweile angesammelt, ohne Aussicht darauf, dass sich an diesem Zustand etwas ändert. Weiterhin wehrten sich die Beschäftigten mit ihrer Aktion gegen die geplante Entlassung von 350 von ihnen zum Ende des Oktobers. Im Rahmen der Aktion weigerten sich die ArbeiterInnen kurzerhand, ihre Arbeitsplätze auf der Akropolis abends zu verlassen.

Für das Gelände der Akropolis, das als eine Art „Heimstätte der Demokratie" gehandelt wird, gilt ein ungeschriebenes Gesetz: Polizei und Militär haben dort nichts zu suchen. Seit der Besetzung Griechenlands durch die Truppen der Nazis hat sich kein Polizist mehr auf den Hügel gewagt, selbst zu Zeiten der Militärdiktatur nicht. Das ist nun Geschichte. Am 14. Oktober verschafften sich Spezialeinheiten der griechischen Polizei durch eine Hintertür Zugang zum Gelände. Die staatlichen Schläger feuerten Tränengas in die Menge und begannen – inmitten der zahlreich anwesenden TouristInnen – alle Beschäftigten zu verprügeln, die sich weigerten, ihren Arbeitsplatz zu verlassen.

Die griechische archäologische Vereinigung hat sich mit den VertragsarbeiterInnen solidarisiert und den Polizeieinsatz in harschen Worten kritisiert. Die brutale Niederschlagung des Protestes zeigt auch, wozu die griechische Regierung bereit ist, um den Forderungen von EU und IWF nachzukommen.

USA: Hotelstreik bei Union-Buster

Anfang August traten Beschäftigte im Embassy Suites Hotel (HEI Gruppe) in Irvine (Kalifornien) in einen eintägigen Streik. Mit ihrem Ausstand forderten sie u.a. die Einhaltung der gesetzlichen Pausenzeiten, die rückwirkende Bezahlung der Pausen, von denen man sie abgehalten hatte, und ein sofortiges Ende von Repressalien gegen KollegInnen, die auf Einhaltung der Pausenzeiten bestehen. Streiks im Hotel- und Gastronomie-Gewerbe gibt es in den USA immer wieder. Ähnlich wie anderswo auch, ist der Sektor gekennzeichnet durch miserable Arbeitsbedingungen und Löhne. Am Streik in Irvine ist eine Sache bemerkenswert: Es handelt sich um den ersten Streik seit Jahren in den USA, der ohne die Unterstützung einer Gewerkschaft von den ArbeiterInnen selbst organisiert wurde. Die HEI-Gruppe konnte bislang erfolgreich verhindern, dass es in ihren Hotels zur Gründung von Gewerkschaften kam.

Der Streik begann, als rund ein Drittel der Beschäftigten um vier Uhr nachts zum Schichtwechsel eine „Picket-Line" (Streikposten) errichteten. Die KollegInnen der nächsten Schicht wurden angesprochen. Viele schlossen sich an, andere gingen wieder nach Hause. Einige wenige gingen an den Streikposten vorbei ins Gebäude. Gegen fünf Uhr erschien die vom Management herbeigerufene Polizei und bedrohte die Streikenden. Einige Zeit später trafen Wagen mit Streikbrechern ein, welche die Geschäftsführung im 140 km entfernten San Diego rekrutiert hatte. Trotz Drohungen hielt die Picket-Line, wenig später wurden durch Megaphone die verdutzten Hotelgäste aus dem Schlaf geholt. Im Laufe des Tages wuchsen die Streikposten immer weiter an, als ArbeiterInnen aus anderen Hotels eintrafen und sich solidarisierten. Gegen Abend war der Hotelkomplex von 200 Menschen umzingelt, nachdem auch noch ein Bus mit Mitgliedern der Kuriergewerkschaft eingetroffen war.

In einer Erklärung zum Ende des eintägigen Streiks schrieben die streikenden ArbeiterInnen: „Als wir die Arbeit wieder antraten, hatten viele von uns die Angst verloren. Wir machen uns keine Illusionen über diese Firma – HEI wird weiterhin die Rechte der Beschäftigten missachten, so wie sie das auch anderswo tun. Aber wir haben ihnen gezeigt, dass wir zusammen zurückschlagen und dabei gewinnen können."

Griechenland: Pakistanische ArbeiterInnen streiken

Mitte September beschlossen Hunderte von pakistanischen ArbeiterInnen, die in der Orangen-Ernte arbeiten, in den Streik zu treten. Nachdem sie am 14. September von der Erntearbeit in Skala (Lakonien) zurückgekehrt waren, hatten die Vermieter bzw. Bosse ihre Unterkünfte verbarrikadiert. Ihre Habseligkeiten lagen auf der Straße. Die Gewerkschaft der ArbeiterInnen schätzt, dass min. 500 von ihnen bei dieser Aktion ihre Unterkunft verloren haben. Vorausgegangen war eine massive Polizeiaktion, bei der systematisch alle Unterkünfte für Ernte-ArbeiterInnen heimgesucht wurden. Die Polizei nahm mehr als 60 Leute fest, um sie dann nach Aushändigung einer „administrativen Deportationsverfügung" wieder auf freien Fuß zu setzen. Zeitgleich setzte die Polizei VermieterInnen unter Druck, damit diese die MigrantInnen vor die Tür setzen.

Sofort nach Bekanntwerden der Zwangsräumungen versammelten sich Hunderte der obdachlos gemachten ArbeiterInnen auf einem Platz zu einer Vollversammlung und beschlossen u.a., zur Durchsetzung ihrer Forderung nach einer menschenwürdigen Unterkunft in den Streik zu treten. Außerdem forderten sie ein Ende der staatlichen Verfolgung, bessere Löhne, eine Legalisierung der Illegalen und die Anerkennung der politischen Flüchtlinge. Unterstützt wurden sie u.a. von ihrer Gewerkschaft, die weitere Gewerkschaften und die Arbeiterzentren aufforderte, sich mit den Streikenden zu solidarisieren.

Vom Millionenheim zum Plastikzelt

In den USA ringen Millionen Menschen mit der Obdachlosigkeit. Viele halten ihre verlorenen Häuser besetzt.

Explodierende Mieten, Innenstadtverdrängung, Zwangsräumungen – was klingt wie aus dem Schlagwortschatz linker Metropolenkampagnen gegen Gentrifizierung, ist in den USA zu einem landesweiten und Millionen Menschen betreffenden Problem geworden. Denn seit 2007 die große Immobilienblase geplatzt ist, flankiert vom krisenbedingten Anstieg der Arbeitslosigkeit und einer Erosion des Mittelstandes, ist ein großer Teil der Bevölkerung in die Obdachlosigkeit gerutscht bzw. von ihr bedroht.

Zuvor hatten sich viele AmerikanerInnen ein Haus gekauft, ermöglicht durch eine Vergabewelle von sog. „Ninja-Krediten" (Subprime-Kredite, die ohne Sicherheiten und Nachweise zu erhalten waren). Der Kauf basierte meist auf horrenden Raten- oder Mietzahlungen, die weit über dem eigentlichen Wert der Häuser lagen. Denn diese waren i.d.R. von SpekulantInnen zunächst billig aufgekauft, oberflächlich saniert und gewinnbringend weiterverkauft worden. Mit dem Einsetzen eines Arbeitslosenanstiegs konnten viele Zinszahlungen für Kredite nicht mehr abgedeckt werden, und so platzte allmählich die Blase. Die Banken saßen auf ihren Krediten, die Menschen verloren ihre Häuser, gefolgt von einem immensen Preisanstieg auf dem allgemeinen Immobilienmarkt. In Kalifornien, wo die Immobilienpreise besonders hoch lagen, ist auch die Zahl der Obdachlosen besonders stark angestiegen – in Städten wie Sacramento stieg ihre Zahl im Jahr 2009 um 26%, die Zahl der Zwangsvollstreckungen stieg im Bundesstaat um 327%, landesweit gab es 2009 ganze 3,2 Mio. Zwangsversteigerungen – Rekordwerte.

Campen oder squatten

Überall in den USA entstanden sog. „Tent Cities", Zeltstädte von Menschen, die zumeist aus der „Mittelschicht" stammen. Diese „illegalen" Ansammlungen gab es auch schon vorher, jedoch zusammengesetzt aus den „Randgruppen". Nun kommen die „Normalen" hinzu. Für viele von ihnen ging mit dem Verlust des Jobs Schlag auf Schlag alles verloren. In den Medien wird an die „Great Depression" der 1930er erinnert, als infolge eines Börsencrashs und der Wirtschaftskrise viele Menschen ihr Zuhause verloren und ebenso hunderte Zeltstädte entstanden. Über die Zeltstädte wird indes hart diskutiert: Es werden Räumungen erwogen, während die Behörden in „geeigneteren" Randgebieten Lager mit sanitären Anlagen errichten. Man möchte das Problem zumindest lagetechnisch unter Kontrolle bekommen.

Außer Kontrolle geraten ist dagegen die Masse derer, die nicht in die Zeltstädte flieht, sondern einfach in ihren Häusern bleibt. Seit 2007 stieg die Zahl der nichtgedeckten Privat-Hypotheken um über 3 Mio., im ersten Quartal 2010 waren rund 14% der ca. 52 Mio. Privat-Hypotheken nicht gedeckt. Nach Schätzungen liegt die Zahl jener „Squatters" bei 4,4 Mio. aufwärts. Der Höchststand der „Besetzungen" soll derweil noch nicht erreicht sein. Und eine massenhafte Räumung nach massenhaften Zwangsversteigerungen würde ein wahnsinniges Unterfangen darstellen. Realistischer scheint da die Diskussion über die Umwandlung der „Eigenheime" in Mietwohnungen. Doch VermieterInnen beklagen, dass nach wie vor ein großes Desinteresse am Mietmarkt bestehe, er sogar schrumpfe und in vielen Städten und Regionen mit Leerstand gekämpft werde trotz wieder sinkender Mietpreise.



Desperate Households. Ob auch in der Wisteria Lane jemand ein schickes Vorstadt-Haus besetzt hält?

Klassenkampf auf 12m²

Mit der Verschärfung der Lebens- und insbes. der Wohnsituation prallen die Gegensätze immer mehr aufeinander: der Pol der Neusiedler und GewinnerInnen einerseits und der Pol der Verdrängten und VerliererInnen andererseits. Gentrification, die „Veredelung" und Aufwertung von Stadtteilen, ist ein umfassendes Metropolenproblem geworden. Solventere Käuferschichten verlassen die klischeebehafteten, reichen Suburbias und wechseln in Lofts und Townhouses. Doch auch die Widerstände nehmen zu, und Betroffene und AktivistInnen fangen an, sich zu organisieren. In New York organisieren sich z.B. Obdachlose und Nicht-Obdachlose in der Gruppe „Picture the Homeless". Sie unterstützen sich gegenseitig und schaffen sich eine Stimme durch Kampagnenarbeit, die politisch darüber hinausgeht, einfach nur „Menschen zu helfen, Häuser zu besetzen". Auf einem internationalen Kongress zu linker Metropolenpolitik in Berlin im Juli sprachen Vertreter der Gruppe über ihre Erfahrungen. Ihnen geht es um Menschenrechte (Recht auf Wohnen); und sie richten sich gegen die Schikanierung durch Polizei und Behörden, gegen die Kriminalisierung der „Homeless People" und derer, die sich kollektiv Wohnraum zum (Über-)Leben aneignen.

Die AktivistInnen aus den USA beziehen sich auch auf internationale Widerstände. Denn diese entstehen in vielen Städten. Sei es das spektrenübergreifende „Recht auf Stadt"-Bündnis in Hamburg, die Wohnungslosen in Budapest, Tel-Aviver Nachbarschaftsorganisationen, die „Jeudi Noir" aus Paris oder auch Freiraumkampagnen und autonome Häuserkämpfe – sie alle fordern ihr Recht auf Stadt, was immer auch die Forderung nach bezahlbaren Mieten oder gar gänzlich freiem Wohnen enthält. Die Entwicklungen auf dem kapitalistischen Wohnungsmarkt diktieren seit jeher, wo wir wohnen, wie wir wohnen und ob wir überhaupt wohnen können. Ehemalige soziale Grundgefüge in der Bevölkerung, die den örtlichen Markt mitprägten, weichen heute einer allumfassenden Inwertsetzung. Die damit verbundenen Widersprüche sind Folge eines Wirtschaftssystems, bei dem die Logik des Kapitals in jede noch so kleine Wohnung vordringt.



Revolutionäre Massenentlassung

In Kuba sollen mindestens 500.000 ArbeiterInnen aus der staatlichen Wirtschaft entlassen werden, um das Land „konkurrenzfähig" zu machen

Sparpakete und soziale Einschnitte kennen wir in Europa zur Genüge: sogenannte „Reformen" der Sozialsysteme, der Rentenversicherung und des Arbeitsmarkts gehören zum politischen Alltag. Nun reiht sich auch die „kommunistische" Trutzburg Kuba in die Reformspur ein und verfolgt ähnliche Pläne. Diese sehen insbesondere massenhafte Entlassungen in der staatlichen Wirtschaft vor, die immerhin 85% der fünf Mio. kubanischen ArbeiterInnen beschäftigt. 500.000 von ihnen sollen bis Mitte März die Staatsbetriebe verlassen. Zudem entfällt im Zuge der Sparmaßnahmen das Arbeitslosengeld, das Erwerbslosen bislang einen verhältnismäßig abgesicherten Lebensstandard ermöglichte.

Die sozialen Folgen der Massenentlassungen sollen durch die Initiative der Betroffenen und die Privatwirtschaft aufgefangen werden. Dementsprechend werden 178 der bisher dem staatlichen Sektor vorbehaltenen Dienstleistungen zukünftig auch Privatpersonen gestattet sein, die diese als „Arbeit auf eigene Rechnung" erbringen können und dem Staat Sozialversicherungsbeiträge und Steuern abführen sollen. Außerdem soll ein Teil der Entlassenen in privaten Unternehmen oder Kooperativen Arbeit finden. Ob letzteres in größerem Maßstab wirklich möglich ist, ist angesichts des Mangels an bestimmten Rohstoffen und Produktionsmitteln fraglich.

Propagandistisch unterfüttert wird die Reform von der Staatsgewerkschaft Central Cubana de Trabajadores (CTC). Mitte September veröffentlichte sie in der Parteizeitung *Granma* eine Erklärung zu den Plänen der marktwirtschaftlichen Öffnung: „Weder kann noch darf unser Staat weiterhin Dienstleistungsunternehmen erhalten, die ... mit aufgeblähten Belegschaften und Verlusten die Wirtschaft schwächen, ... schlechte Angewohnheiten fördern und das Verhalten der Arbeiter deformieren." Und weiter: „Es ist notwendig, die Produktion ... zu erhöhen, die exzessiven Sozialausgaben zu senken und unangebrachte Privilegien, überhöhte Subventionen ... und die Frührente abzuschaffen."

Trotz der Tragweite der Einschnitte wird die Reform von CTC und Regierung nur als ein Schritt auf dem Weg des Sozialismus und seiner wirtschaftlichen Entwicklung gewertet, der aufgrund äußerer Einflüsse wie des US-Embargos notwendig geworden sei. Von einem Bruch mit der vorherigen Linie könne keine Rede sein. Kritiker der Reform, wie die anarchistische exilkubanische Gruppe Movimiento Libertario Cubano (MLC), sehen in der Privatisierung hingegen nicht den nächsten Schritt zum Sozialismus. Es zeige sich nun, dass sich die Castro-Brüder „vom Sozialismus, aber nicht von der Macht verabschieden", erklärte die MLC im September in Reaktion auf die Ankündigung der Massenentlassungen, sie schlussfolgert weiterhin: „Um an der Macht zu bleiben, haben sie sich entschieden, zunehmend eine offen kapitalistische Wirtschaftspolitik durchzusetzen."

Sebastian Frei

Griechisch für Anfänger

Eine kritische Betrachtung zum „Festival der direkten Demokratie" in Thessaloniki

Ein Beitrag zum Aufbau einer gesellschaftlichen Gegenmacht von unten, jenseits von Aufständen, sollte das „Festival der direkten Demokratie" sein, das Anfang September in Thessaloniki stattfand. Auf Einladung u.a. der „Antiautoritären Bewegung" (AK) aus der nordgriechischen Metropole sollten über drei Tage hinweg Abgesandte diverser Bewegungen aus aller Welt unterschiedliche Konzepte und Kampferfahrungen diskutieren.

In Anbetracht der ökonomischen Krise und des Versuchs der Herrschenden, die eigene Haut auf Kosten des Rests der Gesellschaft zu retten – wenn nötig unter Einsatz staatlicher Gewalt –, ließe sich annehmen, dass solch ein Kongress von Menschen und erregten Diskussionen nur so summen müsste. Dies gilt umso mehr in einem Land, das mittlerweile durch den sozialen Ausschluss ganzer Bevölkerungsschichten gekennzeichnet ist. Denn trotz heftiger Streiks und breiten Widerstands verschlechtert sich die Lage vieler von Tag zu Tag – durch Lohnkürzungen, Hungerrenten, Privatisierungen und Entlassungen bei gleichzeitigen Preissteigerungen.

Frontalunterricht

In dieser Situation „kommt der Ansatz der direkten Demokratie", wie die antiautoritäre Monatszeitung Babylonía schreibt, „nicht nur als Kritik am Bestehenden daher, sondern um es einzureißen!" Und weiter: „Es handelt sich nicht mehr nur um eine bestimmte Art, Entscheidungen zu treffen, sondern um einen Akt der Selbstermächtigung zur Erlangung der individuellen und kollektiven Autonomie." Mit der Realität auf dem Kongress hatte das leider wenig zu tun.

Eine Liste „wichtiger" Persönlichkeiten – darunter etwa der Alt-Situationist Raoul Vaneigem, Peter Bohmer vom Z-Net oder der iranische Soziologe Behrouz Safdari – ersetzt eben keine lebendige und gesellschaftlich verankerte Bewegung mit genug Selbstbewusstsein zur inhaltlichen Auseinandersetzung. Tatsächlich war es auffällig, dass sich die Zuhörerschaft – in ihrem Wortsinne – sehr passiv verhielt. Regelrecht hilflos ließ man die ermüdend langatmigen Monologe der Podiumsredner über sich ergehen. Diese schienen ihrerseits oft nicht im Geringsten an einem Gedankenaustausch interessiert zu sein. So nahmen sie auch keinerlei Rücksicht auf die Arbeit der Übersetzerin – sofern es eine gab –, um auch den GenossInnen aus dem Ausland einen Einblick in ihr Gedankengerüst zu ermöglichen. Der AK ist dabei vorzuhalten, zahlreiche Menschen aus anderen Ländern eingeladen zu haben, ohne eine Übersetzung griechischer Referate zumindest ins Englische gewährleistet zu haben.

Problematisch erscheint auch die Tatsache, dass in Thessaloniki Bewegungen und Organisationen aus aller Welt vorstellig wurden, wichtige Teile der vor Ort kämpfenden AktivistInnen jedoch fehlten. Wie sinnvoll ist z.B. die Anwesenheit der eingeladenen FAU, wenn die griechischen AnarchosyndikalistInnen der ESE und die Basisgewerkschaften nicht präsent sind? Was bringt die Anreise spanischer HausbesetzerInnen, wenn fast alle Besetzerkollektive der Stadt durch Abwesenheit glänzen? Zu den nächtlichen Umsonst-Konzerten im Rahmen des „Festivals" – das insofern seinem Namen alle Ehre machte – erschienen nicht nur sie dagegen zu Tausenden.

Transferleistung mangelhaft

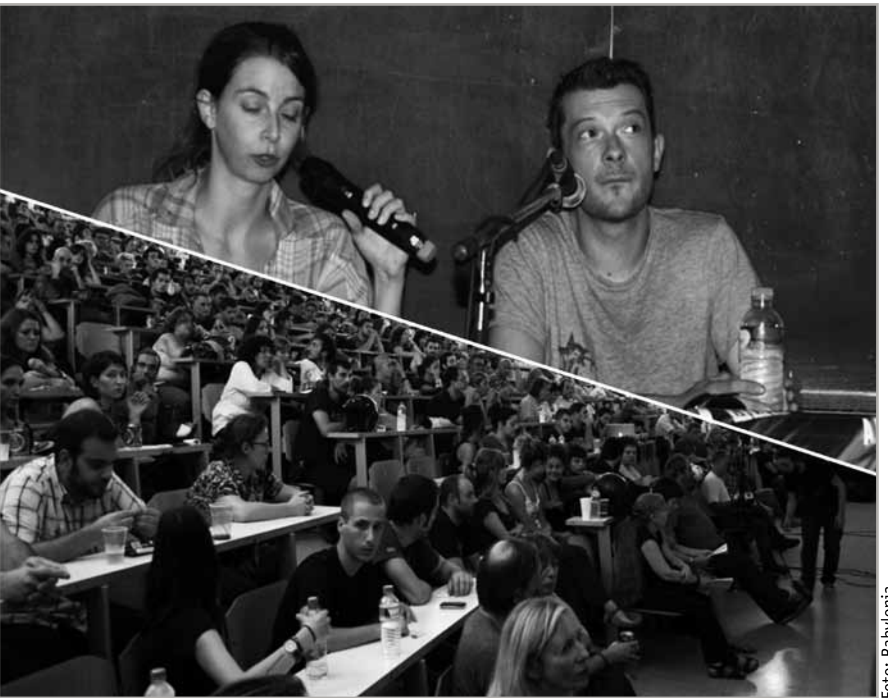
„Heute ist es offensichtlich, dass die arbeitende Bevölkerung die Systemkrise mit Kämpfen, die auf den Umsturz abzielen, vertiefen muss", heißt es in einem Artikel in der *Babylonía*. Denn „der katastrophale Durchmarsch von Staat und Kapital" sei „nur durch den frontalen Zusammenstoß zwischen Herrschenden und Beherrschten" aufzuhalten, so der Autor Theodorópoulos weiter. Gleichzeitig erklärte das Plenum zur Vorbereitung des „Blocks der direkten Demokratie" auf der Großdemo gegen die Regierung, die einen Tag nach dem Festival stattfand: „Wir machen keine Protestdemo, sondern gehen mit Vorschlägen an die Gesellschaft auf die Straße."

Wenn es so ist, wie es diese beiden Zitate aufzeigen, warum wurde dann nicht die Chance ergriffen, eine gemeinsame Demo mit den Basisgewerkschaften, der ESE, den besetzten Häusern und anderen libertären Gruppen zu organisieren? Wie soll eine „Gegenmacht von unten" entstehen, wenn nicht einmal jetzt, während des brutalsten staatlichen Angriffs seit dem Ende der Militärdiktatur, die Organisationen zusammenarbeiten, die sich inhaltlich nahe stehen? Insgesamt scheint hier eine Gelegenheit zu Diskussionen mit Menschen aus anderen Ländern und Bewegungen verpasst worden zu sein. Auch die Chance, sich inhaltlich und organisatorisch zu stärken, um in den kommenden Kämpfen mit (neuen) Bündnispartnern intensiver in die Gesellschaft zu intervenieren, blieb ungenutzt.

Die breite Berichterstattung der bürgerlichen Tagespresse über den Kongress ist ein Indiz dafür, dass Alternativen dringend gesucht werden. In dieser Phase heftiger sozialer Kämpfe, in der Teile der Gesellschaft bereit, ja teilweise begierig sind, unsere Meinungen und Vorschläge zu hören, ist das ein Rückschlag. Denn solange es dem revolutionären Teil der gegen die kapitalistischen Zumutungen aufbegehrenden Bevölkerung nicht gelingt, eine über die eigene Organisation hinausgehende Basis zu finden, ist das System in Griechenland nicht in Gefahr. Kommende soziale Eruptionen sind mit staatlicher Gewalt einfach niederzuschlagen.

Ralf Dreis

Der Autor lebte länger in Thessaloniki und beteiligte sich dort an den sozialen Kämpfen. Eine erste Fassung dieses Beitrags erschien in der *Babylonia*, Nr. 70.



Lars Röhm von der FAU Berlin unterrichtet das Publikum in deutschem Gewerkschaftsrecht

Foto: Babylonia

Aufruhr im Cineasten-Tempel

Gewerkschaftsbündnis kämpft in Paris gegen Entlassung einer Gewerkschaftsdelegierten

Auch die Belegschaft der renommierten französischen Kinoinstitution *Cinémathèque* Française in Paris beteiligte sich im Oktober an den Streiks gegen die Rentenreform (siehe Seite 9). Auf Initiative eines Gewerkschaftsbündnisses aus CNT-F und CGT wurde der Forderungskatalog allerdings um einen Punkt erweitert: Die sofortige Wiedereinstellung der CNT-Delegierten Valérie. Die Entlassung Valéries ist der Höhepunkt einer gewerkschaftsfeindlichen Politik der *Cinémathèque*-Geschäftsführung in den vergangenen Jahren. Seit 2003 wurden bereits drei aktive CNT-Mitglieder aus dem Betrieb gedrängt. Allein in den letzten Monaten wurden unter fadenscheinigen Begründungen Sanktionen gegen vier GewerkschafterInnen ausgesprochen – gegen drei von der CNT und eine von der CGT.

In dem „Gedächtnis des Kinos", wie das Kinoarchiv mit angegliederten Kinosälen und Ausstellungsräumen auch genannt wird, arbeiten mehr als 1.000 Menschen. Die anarchosyndikalistische CNT ist hier die stärkste Gewerkschaft und konnte bei den letzten Wahlen zum Betriebsausschuss die meisten Sitze erringen (zehn von 22). Bei der Geschäftsführung ist die kämpferische Gewerkschaft allerdings weniger beliebt. Seit Jahren leistet die CNT Widerstand gegen Umstrukturierungspläne und verteidigt soziale Errungenschaften wie die betriebliche Zusatzkrankenversicherung.

„Die Direktion", schreibt die CNT-Betriebsgruppe, „hat sich entschieden, eine nach ihrem Geschmack viel zu umtriebige Gewerkschaft zu beseitigen, die nichts weiter tut als ihre Arbeit macht: die Beschäftigten zu verteidigen und auf die Einhaltung der betrieblichen Vereinbarungen zu drängen." Trotz mehrerer Kundgebungen und breiter Proteste stellte sich die Geschäftsführung bisher stumm. Selbst zu den Gründen der Entlassung Valéries, die als Mitglied des Betriebsausschusses eigentlich unter besonderem Schutz steht, verweigert sie die Aussage. Daran änderte auch die Intervention der staatlichen Arbeitsschutzbehörde nichts. Die Gründe seien „vertraulich".

Für viele besonders enttäuschend ist, dass der Präsident der *Cinémathèque* – der linke Filmregisseur und Drehbuchautor Costa-Gavras – ebenfalls Gespräche verweigert. Valérie kann derzeit nur auf die KollegInnen der CNT und CGT bauen, die den Widerstand gemeinsam in einem Bündnis organisieren – und auf internationale Solidarität (zu Möglichkeiten der Unterstützung siehe Catwalk auf Seite 1). Gerüchten zufolge soll Costa-Gavras demnächst seinen neusten Film in Berlin vorstellen – im Kino Babylon Mitte. Wir werden kommen.

Hansi Oostinga

Search And Destroy

Die spanische CNT kämpft am Flughafen von Barcelona um ihre Gewerkschaftsrechte

In Barcelona geht das Management von Flightcare gegen alles vor, was auch nur nach CNT riecht. Im Firmenzweig am regionalen Flughafen, wo das Unternehmen im öffentlichen Auftrag Bodendienstleistungen ausführt, hatte sich im Oktober 2009 eine CNT-Sektion gegründet. Sie klagte offen die prekären Zustände im Betrieb an, insbes. die schlechten Arbeitsschutzbestimmungen, und erntete dafür Respekt in der Belegschaft, aber auch den Hass des Managements, das die CNT von Anfang an diskriminierte und sich weigerte, mit ihr zu verhandeln.

In dieser Situation entschied sich die CNT, die Missstände der staatlichen Arbeitsaufsicht zu melden und öffentlich zu machen. Der Generalsekretär der Sektion wurde seitdem ständig bedroht. Gleichzeitig wurde eine Hexenjagd gestartet, um herauszufinden, wer alles CNT-Mitglied ist – eine klare Verletzung von Grundrechten. Die erhoffte Wirkung blieb aus, und so wurde Anfang Juni ein Disziplinarverfahren gegen den Informationssekretär der Sektion eingeleitet. Mitte Juli wurde er schließlich gefeuert – aufgrund von „Ereignissen", an denen er nachweislich nicht beteiligt war. Noch Ende Juli wurde auch ein Verfahren gegen den Generalsekretär der Sektion eröffnet.

Deshalb rief im August die Sektion zu Teilstreiks auf (siehe DA Nr. 201). Sofort versuchten die Gewerkschaften CCOO und UGT, diese zu boykottieren. Da etwa 90% der Belegschaft in Versammlungen ihren Streikwillen zum Ausdruck gebracht hatten, verkündeten die beiden Gewerkschaften überall auf Plakaten, ein Streik sei „schädlich für alle Flightcare-Arbeiter". Gemeinsam mit dem Management bedrohten sie Mitglieder des Streikkomitees und schüchterten die Belegschaft ein. Sie brandmarkten den Streik als illegal und beriefen sich auf eine Ministerialverordnung, wonach für Streiks im Öffentlichen Sektor eine Vereinbarung über den „Notdienst" getroffen werden müsse. Das Management will die maximal zulässige Dienstquote ausreizen, wonach 75% der Belegschaft nicht streiken dürften. Gleichzeitig verweigert Flightcare die notwendigen Unterlagen, um diesen Notdienst überhaupt zu vereinbaren. Diesen Verstoß meldete die CNT erneut der Arbeitsaufsicht. Im Gegenzug wurde Anfang September auch der Generalsekretär der Sektion gefeuert.

Ganz im Zeichen des Konflikts stand am Flughafen Barcelona denn auch der Generalstreik am 29. September, an dem sich fast alle Flightcare-ArbeiterInnen beteiligten. Während der Gewerkschaftsvertreter der CCOO im Betrieb sein „Recht auf Arbeit" ausübte, forderte die CNT ihre Gewerkschaftsrechte.

Henry Ortega Spina

Meldungen aus der IAA

CNT (Spanien): Streik im Forstbereich

Am 25. Sept. trat die Forst-Sektion der CNT Vigo mit anderen ArbeiterInnen aus dem galizischen Forstbereich in den Streik. Auslöser für den Konflikt war der Tod zweier Brandschützer bei Löscharbeiten im August. Als sich daraufhin das Forstunternehmen SEAGA weigerte, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, wurde ein Streiktag ausgerufen. Gefordert wird u.a. eine bessere Ausrüstung für den Brandschutz, ein Plan zur Minderung der Berufsrisiken, Verhandlungen über einen Tarifvertrag und der Rückzug des Militärs aus dem Brandschutz. An der Demo während des Streiks nahmen hunderte Menschen teil.

CNT (Frankreich): Gegen Schließung der „Lebensfarm"

Im Südosten Frankreichs befindet sich die Ortsgruppe der CNT-AIT in Gap im Konflikt mit Adsea05. Hintergrund ist die Schließung einer von Adsea05 geleiteten „Lebensfarm" für behinderte Menschen und die Verlegung der BewohnerInnen in unfertige, nicht behindertengerechte Wohnungen. „Lebensfarmen" sind Zentren, in denen die BewohnerInnen ihre Autonomie entwickeln können. Mitte Oktober fand nun eine Aktionswoche statt. Der Generalrat des Departements wurde dabei aufgefordert, in der Sache zu handeln.

ZSP (Polen): Mietstreik in Warschau

Am 1. Okt. begann in Warschau ein Mietstreik. Dazu aufgerufen hatte die ZSP in Reaktion auf die preistreiberische Wohnungs- und Privatisierungspolitik. Zu den Problemen zählen u.a. ein Anstieg der Mieten um bis zu 300% in manchen Stadtteilen, unrealistische Einkommenskriterien für den Erhalt einer Sozialwohnung, die Ausschreibung von zu privatisierenden Wohnungen an dieselben Unternehmen, die mit der Sozialwohnungsmafia zusammenhängen und tausende Zwangsräumungen. Der Mietstreik begann stark: Hunderte Menschen strömten protestierend in das Stadtratsgebäude. Da der Rat daraufhin lediglich beschloss, eine „Expertengruppe" einzuberufen, die sich damit „befassen" soll, bereitet die ZSP eine Antwort vor. Proteste und direkte Aktionen sollen folgen.

IAA: Solidarität mit ArbeiterInnen in Peru

In Solidarität mit 30 ArbeiterInnen, die bei Topy Top in Peru gefeuert wurden, fand am 9. Okt. ein Aktionstag statt, zu dem die Gruppe Los Solidarios aufgerufen hatte. Er wurde unterstützt von der ZSP Warschau, FAU Berlin und Nürnberg, CNT Salamanca und ASI Belgrad. Topy Top ist Hauptzulieferer der Inditex-Gruppe, zu der u.a. das Modegeschäft Zara gehört. Trotz Geldstrafen durch das Arbeitsministerium (u.a. wegen mangelnder Kooperation mit der Gewerbeaufsicht und gewerkschaftsfeindlicher Aktivitäten) schikaniert das Unternehmen weiter ArbeiterInnen und kündigt ihnen willkürlich. Allein dieses Jahr wurden 75 gefeuert, darunter 45 GewerkschafterInnen.

Meldungen zusammengestellt von Henry Ortega Spina

Im Dienst der Selbstverwaltung

Das Instituto de Ciencias Económicas y de la Autogestión (ICEA) ist eine Einrichtung, die im März 2008 mit dem Ziel gegründet wurde, Praktiken der Forschung und Lehre in politischer Ökonomie, Sozialwissenschaften sowie Selbstverwaltung zu entwickeln. Es gründet sich auf die libertären Prinzipien der kollektiven Entscheidung in Vollversammlungen, des Föderalismus, der Solidarität und gegenseitigen Hilfe. Seine Hauptziele sind drei: das aktuelle wirtschaftliche und soziale System zu analysieren; von einer libertären Perspektive aus Vorschläge für die Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik zu formulieren, die auf die Einrichtung selbstverwalteter Strukturen abzielen; und zuletzt, die sozialen und ökonomischen Formen zu untersuchen, mit denen man den Kapitalismus unter dem Leitbild der Selbstverwaltung überwinden kann. Auch wenn es sich um eine junge Einrichtung handelt, entwickelt sie relativ viele Aktivitäten: einen Kurs zur Einführung in die Wirtschaftswissenschaften, Konferenzen über Themen wie die internationale Krise und die Unterentwicklung, die Kollektivbetriebe in Argentinien, den Klimawandel, die Genossenschaftsbewegung und den Syndikalismus, die Arbeitsmarkt- und Rentenreform in Spanien und viele andere. Außerdem erstellt das ICEA Studien, die gewerkschaftliche Kämpfe unterstützend flankieren sollen und veröffentlicht Kolumnen in verschiedenen linken Zeitungen in Spanien. Im letzten April hat es an der Veranstaltungswoche „Alternativen zum Kapitalismus, die Selbstverwaltung in der Diskussion", die im Rahmen der Hundertjahrfeier der CNT-IAA in Barcelona veranstaltet wurde, mitgewirkt. Als nächstes Projekt soll die zweite Ausgabe der Broschürenreihen des ICEA über die Wirtschaftskrise veröffentlicht werden. Außerdem sind Studien und Dokumente, die in Bezug zu Privatisierungen und zur Rückeroberung von Betrieben stehen, in Planung. Das ICEA hat seinen Sitz in den Räumen der CNT-Lokalföderation Barcelona.

Transformationsstudien

Über die Perspektiven einer libertären Ökonomie

Am 29. September 2010 fand in Spanien ein landesweiter Generalstreik gegen die von der sozialistischen Regierung auf die Agenda gesetzte Arbeitsmarktreform statt (siehe DA #201). Die CNT zieht in der aktuellen Ausgabe ihrer Zeitung ein positives Fazit des Tages: Die Beteiligung an den Aktivitäten der CNT im ganzen Land sei „massiv" gewesen. Dies ist auch das Resultat einer Trendwende in der syndikalistischen Bewegung Spaniens seit den letzten Jahren. Größere Teile dieser Bewegung versuchen wieder, an die allgemeinen gesellschaftlichen Problemen anzuknüpfen, um darüber eine libertäre Perspektive als Ausweg aus dem Kapitalismus entwickeln zu können. Repräsentiert wird diese Herangehensweise unter anderem durch das Institut für Wirtschaftswissenschaften und Selbstverwaltung (span.: ICEA), welches es sich zur Aufgabe gemacht hat, die aktuelle Situation zu analysieren und Vorschläge für den Übergang zu einer libertären Gesellschaftsform zu machen. Es ist kein Teil der Struktur der CNT, steht dieser aber nahe. Die Redaktion Hintergrund der Direkten Aktion *dokumentiert im folgenden zwei Interviews, die AktivistInnen von ICEA im Vorfeld des Generalstreiks den undogmatischen linken Zeitungen* Directa *aus Barcelona und* Diagonal *aus Madrid gaben.*

„Diese Maßnahmen sind eine direkte Aggression gegen die Arbeiterklasse"

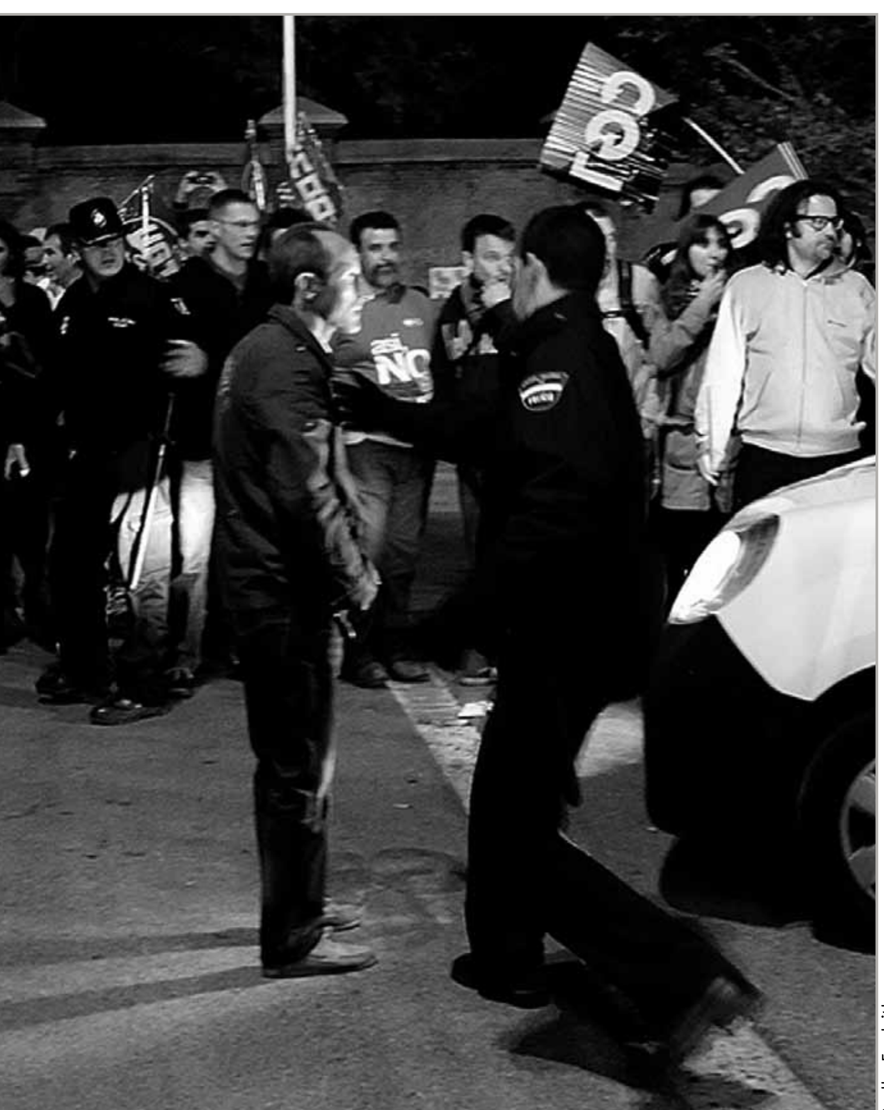
Wie bewertet ihr die von der Regierung Zapatero beschlossenen Arbeitsmarktreformen?

ICEA: Wir sehen die Maßnahmen als eine direkte Aggression gegen die Arbeiterklasse und die Schwächsten in der spanischen Gesellschaft. Die Regierung versucht, die Forderungen der Kapitalisten zulasten der unteren Schichten zu befriedigen. Dieser Angriff auf die RentnerInnen, die BeamtInnen und die Lohnabhängigen generell ist der Anfang dessen, was uns erwartet: Eine Verschärfung des Anpassungsprozesses, unter dem die Arbeiterklasse bereits seit Jahren leidet. Nur hat man diesmal direkt auf das brutale Programm des Internationalen Währungsfonds (IWF) zurückgegriffen, welches in Lateinamerika in den 80er und 90er Jahren so eine zweifelhafte Berühmtheit erlangt hat. All das wird zweifellos zu der beschleunigten Verarmung der spanischen Gesellschaft und zur Verallgemeinerung der Prekarität beitragen.

> *„Nur der Generalstreik kann eine angemessene Antwort auf einen Angriff dieses Ausmaßes sein."*

Wie ihr schon erwähnt habt, werden durch die Arbeitsmarktreform einige Teile der Bevölkerung besonders stark benachteiligt. Gleichzeitig wird auch die Privatwirtschaft durch entsprechende Vereinbarungen umstrukturiert. Ist der Generalstreik aktuell der effektivste Weg des Widerstandes?

ICEA: Er ist ohne Zweifel eine vollkommen unerlässliche Maßnahme, um mit der notwendigen Vereinigung von Kräften zu beginnen, damit die unteren Klassen diese höllische Verarmungsspirale, die sie bedroht, anhalten können. Nur der Generalstreik kann die angemessene Antwort auf einen Angriff dieses Ausmaßes sein, und nur er kann die systemkritische Linke aufwecken und sie über ein konkretes, gemeinsames Ziels vereinen. Um diese Entwicklung weiter voranzutreiben, ist es aber notwendig, längere Streiks anzustoßen, die vor allem von einer Arbeit an der Basis begleitet werden müssen, welche das Bewusstsein der Arbeiterklasse stärkt. Dies ist ein Punkt, bei dem die Organisationen, die sich zur transformatorischen Linken zählen, viel beizutragen haben. In diesem Sinne scheint es uns entscheidend, eine nachhaltige Mobilisierung aufrecht zu erhalten, die über das bloße Ausbremsen der Rückschritte, die die Regierung und der Arbeitgeberverband durchdrücken wollen, hinausgeht, so dass man gleichzeitig mit den Kämpfen vorankommt, um den Einfluss der syndikalistischen Gewerkschaft zurückzuerlangen. Wenn zum Beispiel Unternehmen geschlossen werden, sollte versucht werden, die Situation zu nutzen, um sich direkt die Kontrolle über die Produktion anzueignen. Außerdem sollten wir uns Gedanken darüber machen, wie wir mehr Kontrolle über das Arbeitsangebot gewinnen, so dass die Unternehmer an die organisierten ArbeiterInnen herantreten müssen, wenn sie Arbeitskräfte benötigen, und es nicht die Zeitarbeitsfirmen oder der staatliche Behörden sind, die diese Kontrolle ausüben.


Streikpostenkette vor einem Busdepot am 29. September

Quelle: Emalaith

Diese Reform lehnt ihr ab. Gäbe es auch Reformen, mit denen ihr euch anfreunden könntet? Wo ist der Kern des Problems?

ICEA: Am Beginn der Krise hat das ICEA in seiner ersten Broschüre eine Reihe progressiv-reformistischer Maßnahmen vorgeschlagen, um die Folgen für die Arbeiterklasse abzumildern und vor allem das ungünstige Kräfteverhältnis, unter dem die Arbeiter im Moment leiden, zu verschieben. Im Bezug auf das Defizit des Staatshaushaltes, haben wir die Notwendigkeit einer Steuerreform betont. Außerdem befürworten wir Maßnahmen zur Einschränkung der sozial unnützen öffentlichen Ausgaben, zum Beispiel für Politiker, für das Militär, die Polizei und das Königshaus. In jedem Fall sollten die Belastungen zunächst mal bei den großen Besitztümern ansetzen, insbesondere bei den Instrumenten ihrer Bereicherung, die im Epizentrum der Finanzmarktspekulation stehen, wie den Hedgefonds, und im spanischen Sonderfall bei der Besteuerung bestimmter Typen von Kapitalanlagegesellschaften mit variablem Grundkapital. Dies müsste aber auf europäischer Ebene koordiniert werden, um die Konkurrenz der Staaten untereinander zu verhindern. Generell muss der Lebensstandard der unteren gesellschaftlichen Klassen erhöht werden, wobei sowohl ihre Löhne auf einem würdigen Niveau abgesichert als auch ernsthaft versucht werden muss, Vollbeschäftigung zu erreichen. In diesem Zusammenhang wäre eine Industriepolitik sehr hilfreich, deren Finanzierung dadurch möglich wird, dass man da hingeht, wo das Geld ist: sowohl an die Einkommen als auch an die Besitztümer der Reichen, wie wir bereits erwähnt haben; an die Mittel, die für den Bankensektor aufgebracht wurden, dessen Sanierung nicht wir ArbeiterInnen bezahlen müssten; und außerdem müsste der Arbeitsmarkt reformiert werden, um die Prekarität zu beenden. Nebenbei sollten die regulierenden Rahmenbedingungen verändert werden, um die Arbeitsgrundlage der bürokratischen und auf Repräsentation ausgerichteten Gewerkschaften zu verändern, die konservativ sind und eine wichtige Rolle bei der Verhinderung von Basisprotesten gespielt haben. Sie sind als Komparsen in diesem Anpassungsprozess aufgetreten, unter dem wir nun schon seit Jahren leiden.

> *„Der Lebensstandard der unteren Klassen muss auf ein würdiges Niveau gehoben werden."*

Bei all dem dürfen wir aber auf keinen Fall vergessen, dass viel mehr als eine progressive Reform, die Überwindung des kapitalistischen Systems vonnöten ist. Es gibt zwischenzeitlich mehr als genug Beweise dafür, dass es sich um ein strukturell ineffizientes System handelt, und dass seine Verwalter – egal ob sie Sozialdemokraten oder Konservative sind – nichts außer den Interessen der Privilegierten verteidigen. Deshalb ist es notwendig, über die richtigen Formen zu diskutieren, um die Produktion und den Vertrieb an die Bedürfnisse der Bevölkerung anzupassen.

Interview: Diagonal

Auch Anarchistin reimt sich auf Ökonomistin

Lluís Rodríguez Algans ist Ökonom, Aktivist der CNT Barcelona und Mitglied des ICEA mit Sitz in Barcelona. Dank der intensiven Arbeit ihrer Mitglieder ist die erst vor wenigen Jahren gegründete Einrichtung zwischenzeitlich zu einem Referenzpunkt der kritischen Wissenschaft in Spanien geworden.

Traditionell haben sich die anarchistischen Denker weniger mit wirtschaftlichen Themen beschäftigt. Welches sind die wichtigsten Beiträge des Anarchismus zur ökonomischen Theorie?

Lluis: Wie du schon sagst, hat sich der Anarchismus weniger mit wirtschaftlichen Themen beschäftigt und philosophische, soziologische und herrschaftskritische Aspekte weitaus intensiver herausgearbeitet, um darüber die Funktion des Staates infrage zu stellen. Andere philosophische Strömungen, wie etwa der Marxismus, haben sich traditionell mehr darauf konzentriert, die Funktionsweise der kapitalistischen Wirtschaft auf eine durchaus profunde Art und Weise zu analysieren. All das sollte dennoch relativiert werden, weil es in der Geschichte all dieser Strömungen eine Tendenz gibt, allen Positionen Etikette aufzudrücken, um sie einzuordnen und stärker hervor zu heben. Die Prozesse und Diskurse verlaufen aber weder linear, noch in sich absolut kohärent. Viele Denker, wie zum Beispiel Paul A. Baran[1], werden der (neo-) marxistischen Strömung zugeschrieben, stehen theoretisch aber früheren anarchistischen bzw. syndikalistischen oder institutionalistischen Autoren wie Christiaan Cornélissen[2] oder Thorstein Veblen[3] weitaus näher. In Anbetracht dessen glaube ich schon, dass der Anarchismus und der Syndikalismus wichtige Beiträge zu der Frage hervorgebracht haben, wie die Wirtschaft und die Gesellschaft selbstverwaltet organisiert werden können, und wie man diesem Zustand näher kommen kann. Zu nennen wären auch Autoren wie Peter Kropotkin, Pierre Besnard, Rudolf Rocker, Isaac Puente, Abad de Santillan, Gaston Leval, Abraham Guillén und, aktueller, Michael Albert[4] und Robin Hahnel.

In diesem Sinn müsste auch die Untersuchung der libertären Kollektive während der Spanischen Revolution 1936 eine wichtige Quelle für die Reflexion über Formen wirtschaftlicher Selbstverwaltung darstellen...

Lluis: Die Kollektive haben damals bewiesen, dass die ökonomische Selbstverwaltung der Arbeit kollektiv und in großem Maßstab möglich und tragfähig ist. Diese Freiheit zu experimentieren hat einen großen Reichtum an Erfahrungen hervorgebracht, wie beispielsweise in der Stadt Alcoi (Levante), wo sowohl die Landwirtschaft als auch die Industrie kollektiviert worden waren. Genannt werden können auch die wichtige Erfahrung der Industriekollektive in Katalonien oder die Erfahrung der Agrarkollektive in Aragonien. Letztendlich gelang es, die Arbeits- und Lebensbedingungen insgesamt zu verbessern, trotz der Kriegskonjunktur. Es hat sich gezeigt, dass die allgemeine Selbstverwaltung möglich ist.

Es wird aber auch nicht alles idyllisch gewesen sein...

Lluis: Sicherlich wäre mehr Zeit nötig gewesen, um diese Errungenschaften zu konsolidieren, Zugang zu den notwendigen

Rohstoffen zu erhalten und die Befriedigung der Nachfrage zu stabilisieren. Es ist wichtig, dass einem der Umfang dessen bewusst wird, was da losgetreten wurde: Es war notwendig, die wirtschaftliche Aktivität neu zu strukturieren, die Industrie umzuwandeln und nach den Anforderungen des Krieges auszurichten, Importe zu ersetzen und vormals für den Export produzierende Sektoren zur Befriedigung der Binnennachfrage einzusetzen. Deshalb wäre mehr Zeit vonnöten gewesen, um die libertäre ökonomische Koordination auszuarbeiten. Die syndikalistische Arbeiterklasse hat aber gezeigt, dass sie dazu in der Lage gewesen wäre, trotz der Schwierigkeiten und Einschränkungen, die aufgetreten sind.

Die Erfahrung der Kollektive schließt auch Beispiele des Betriebsegoismus ein, wie sie sich in anderen Zeiten, zum Beispiel im kommunistischen Jugoslawien, wiederholt haben. Es ist jedoch offensichtlich, dass der sowjetische Block weder die Klassengesellschaft noch die wirtschaftliche Ausbeutung hinter sich gelassen und die Klasse der Kapitalisten lediglich durch die der Bürokraten ausgetauscht hatte, so dass die spanische Erfahrung trotz aller Unzulänglichkeiten wesentlich tiefgehender ist.



Quelle: Rafa

Demonstration in Valencia am 29.9.

Manchmal scheint es, dass der Anarchismus seine Uhr 1936 angehalten hat. Welche aktuelleren Referenzpunkte bietet er uns?

Lluis: Der Anarchismus war während der transición[5] in den 70er Jahren, insbesondere in Katalonien, eine sehr wichtige soziale Bewegung. Gleichzeitig haben soziale Bewegungen in jüngerer Zeit die anarchistische Praxis wieder aufgegriffen – auch wenn sich einige dieser Bewegungen nicht explizit auf den Anarchismus beziehen. Sie haben einige seiner Ziele weiter ausgearbeitet, wie zum Beispiel die Hausbesetzerbewegung oder auch die AntimilitaristInnen. Erwähnt werde muss auch die CNT-IAA, welche den wirtschaftlichen und arbeitsbezogenen Zweig des Anarchismus bildet und auch heute noch einen wichtigen Kampf für ein alternatives Gewerkschaftsmodell führt, das auf der kollektiven Entscheidung und der direkten Aktion beruht. Im Rahmen der Gewerkschaftsbewegung steht die CNT für die revolutionäre Perspektive. Auf der anderen Seite haben wir Organisationen mit spezifisch anarchistischer Ausrichtung, wie die Anarchistische Iberische Föderation (FAI), die im sozialen und kulturellen Rahmen agiert, oder die Föderation Libertärer Studierender (FEL), die im studentischen Rahmen agiert. Man muss auch die erneuerte Bewegung der libertären Kulturvereine und Studienzentren als Werkzeuge kultureller und analytischer Arbeit hervorheben. Sie wollen neue Vorschläge erarbeiten. In diesem Rahmen verorten wir uns als ICEA.

„Der Anarchismus und der Syndikalismus haben wichtige Beiträge zu der Frage hervorgebracht, wie Wirtschaft und Gesellschaft selbstverwaltet organisiert werden können."

Als ICEA zählt ihr die Wirtschaft zur Kategorie der Wissenschaften. Aber zeigt das Fehlen von Vorhersagen der aktuellen Wirtschaftskrise seitens der großen Mehrheit der Ökonomen nicht, dass es weniger eine Wissenschaft, sondern vielmehr eine ökonomische Ideologie gibt, und dass es sich bei dem dominierenden Wirtschaftskonzept um nichts anderes handelt, als um ein Werkzeug zur Legitimation der Verteilung des Reichtums innerhalb der Bevölkerung?

Lluis: Zunächst einmal glaube ich, dass es sich bei der Ökonomie um eine Sozialwissenschaft handelt, und nicht um eine exakte oder mathematische Wissenschaft. Und an dieser Stelle weicht meine Meinung von der der meisten akademischen Wirtschaftswissenschaftler ab. Darum glaube ich auf jeden Fall, dass die dominierende Wirtschaftswissenschaft ein Werkzeug zur Legitimierung des Reichtums ist, obwohl aus ihr, zumindest unter einigen praktischen oder betriebsbezogenen Aspekten, nützliche Analysen entnommen werden können. Das ändert jedoch nichts daran, dass wir von ICEA Paradigmen radikaler politischer Ökonomie anwenden, das heißt, dass wir bei unserer Analyse an die Wurzeln des Kapitalismus gehen. Jeder, der die Gesellschaft verändern will, ist daran interessiert, das System mit den bestmöglichen Werkzeugen zu analysieren; wir wissen, dass die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft diese nicht bietet, aber man kann immer auch irgendetwas davon nutzen. Was den Mangel an Vorhersagen angeht, liegt das in Teilen an der aktuell dominierenden Art und Weise, Wirtschaft zu analysieren, die nicht besonders hilfreich dabei ist, Tendenzen und Wendepunkte zu erkennen; und teilweise liegt das einfach daran, dass der Kopf in den Sand gesteckt wurde, um nicht zuzugeben, was geschehen musste.

Unterhaltet ihr Kontakte zu anderen Sektoren der kritischen Wirtschaftswissenschaften?

Lluis: Diejenigen Mitglieder des ICEA, die wie ich Wirtschaftswissenschaftler sind, haben uns in der spanischen Bewegung der kritischen Ökonomie kennengelernt und arbeiten auch weiterhin darin mit. Wir hoffen, dass sich diese Mitarbeit auch weiterhin in gemeinsamen Aktivitäten entfaltet, und insbesondere hoffen wir, dabei unseren Blickpunkt auf die Wirtschaft und die Gesellschaft beisteuern zu können.

Glaubst du, dass eine so komplexe Wirtschaft wie die heutige geplant werden kann? Ist es nicht gangbarer, auf den Markt als Instrument der spontanen Koordination zwischen Angebot und Nachfrage zurückzugreifen?

Lluis: Meiner Meinung nach sollten wir uns die Frage stellen, wie wir eine libertäre Ökonomie und Gesellschaft strukturieren müssten, damit es keine Möglichkeit gibt, wieder zum Kapitalismus zurückzufallen. Von diesem Blickpunkt aus glaube ich, dass ein Planungssystem eingerichtet werden sollte, welches nach sozialen Maßstäben ausgerichtet wird, so dass die Konsumbedürfnisse die Produktion steuern und wirtschaftliche Institutionen ausgeschaltet werden, die es erlauben würden, die kapitalistischen Abläufe beizubehalten oder zu reproduzieren. Der Markt ist älter als der Kapitalismus und kann hilfreich sein für Prozesse des Austausches und des Vertriebs von Produkten, wenn zuvor eine Zweckbindung festgelegt wurde. Es ist klar, dass Wettbewerbsmechanismen zwischen Betrieben eine grundlegende Säule des Kapitalismus darstellen. Man müsste dennoch prüfen, ob diese irgendeinen Nutzen im Kontext der Selbstverwaltung einer Branche entfalten könnten. In den historischen Fällen des Marktsozialismus wie in Jugoslawien[6] waren die Ergebnisse in diesem Sinne nicht sehr befriedigend, da die Klassenstruktur und der Staat erhalten blieben, mit einem Arbeitsmarkt, mit Erwerbslosigkeit, Armut und – in der Folge – einer Polarisierung der Einkommen.

Welche sind die anarchistischen Vorschläge für die aktuelle Krise?

Lluis: Wenn wir von einer anarchistischen Position sprechen, geht es zweifellos um die Abschaffung der aktuellen sozialen und ökonomischen Struktur, um sie durch eine andere zu ersetzen, die auf der Befriedigung von Bedürfnissen, die Solidarität und die gegenseitige Hilfe basiert. Gut, wir sind uns sicherlich einig in dem Punkt, dass dies kurzfristig nicht möglich ist. Deshalb arbeiten wir an Vorschlägen, die uns als Programm und Werkzeug zum Handeln in diesem Sinne dienen können. Natürlich denken wir, wenn es darum geht, wer diese Ideen denn nun umsetzen soll, an die Akteure aus der syndikalistischen Gewerkschaftsbewegung wie auch an anarchistische Organisationen. Wir glauben, dass wenn es schon nicht möglich ist, den Kapitalismus in naher Zukunft zu überwinden, wenigstens doch Vorschläge gemacht werden müssen, die langfristig auf eine Verwaltung der Wirtschaft und der Gesellschaft durch die Arbeiterklasse abzielen, um so die Machtverhältnisse sukzessive zu verschieben. In diesem Zusammenhang können wir unsere Vorschläge mit Begriffen wie reformistisch, progressiv und transformierend zusammenfassen.

„Die Gründe, warum es keinen massiven Ausbruch von Betriebsbesetzungen gibt, sind vielfältig. Ein wichtiger ist die Schwäche der klassenbewussten Gewerkschaftsbewegung."

Die reformistischen Vorschläge werden mit dem Ziel ins Feld geführt, die Arbeiterklasse mit einem sozialen Schutzschild gegenüber der Krise auszustatten, während gleichzeitig die Rolle des Staates verdeutlicht werden soll, der diese Maßnahmen nicht anwendet. Zu dieser Art von Vorschlägen würde eine Wirtschaftspolitik öffentlicher Investitionen gehören, eine Steuerreform, die die Steuern für Unternehmen und Reiche erhöht, eine passive Arbeitsmarktpolitik der sozialen Unterstützung und anderes.

Die progressiven Maßnahmen hätten das Ziel, die Kontrolle der syndikalistischen Organisationen über die wirtschaftlichen Beziehungen und die Arbeitsbeziehungen auszubauen. Ein Beispiel wäre da die gewerkschaftliche Kontrolle über das Arbeitsangebot durch eben diese Organisationen.

Zuletzt würden die Maßnahmen, die wir transformatorisch nennen und die darauf abzielen, die private Kontrolle der Reichtümer durch die Selbstverwaltung der Arbeiter und der Gesellschaft zu ersetzen, wobei als Beispiel die Rückeroberung von Betrieben und ihre Umwandlung in Kooperativen dient.

Bislang scheint es, dass es wenige Fälle der Rückeroberung und Kollektivierung von Betrieben gibt, wenn wir die Zahlen mit Daten aus der industriellen Krise in den 80ern vergleichen...

Lluis: Ganz genau, es gibt an dieser Stelle noch viel zu tun. Heutzutage existiert die Gewohnheit nicht mehr, kollektive Prozesse in der Arbeitswelt anzugehen. Es fehlt nicht nur an Kooperativen, sondern auch an Betriebsgruppen. Wenn man die Aneignung von Betrieben betrachtet, muss man auch den Organisierungsgrad und vorhergehende gewerkschaftliche Aktivitäten in Betracht ziehen. Die direkte Übernahme eines Betriebes, ohne dass dort eine Tradition gewerkschaftlichen Kampfes existiert, ist ein großer Sprung ins Leere, bei dem ein Scheitern wahrscheinlich ist. Ich denke, dass die gewerkschaftliche Praxis uns lehrt, uns kollektiv zu organisieren, Plattformen zur Artikulation unserer Forderungen einzurichten und gemeinsame Probleme so anzugehen, dass sich die größtmögliche Zahl von ArbeiterInnen einbringt. Außerdem analysieren die Betriebsgruppen üblicherweise die verfügbaren Informationen über die Firma und ihre Branche. Diese Informationen und die Praxis dienen im Fall der Fälle dazu, sich der Produktionsmittel zu bemächtigen und ein Unternehmen als Kooperative zu verwalten. Die Gründe, warum es keinen so massiven Ausbruch von Betriebsbesetzungen wie zu anderen Zeiten gibt, sind vielfältig. Ein wichtiger Grund ist die Schwäche der klassenbewussten Gewerkschaftsbewegung. In meinen Augen ist die Notwendigkeit, diese Handlungsrichtung zu verstärken, offensichtlich.

Interview: Jordi Garcia, Directa
Übersetzungen: Sebastian Frei

Anmerkungen:

(1) Paul A. Baran, 1910–1964, US-amerikanischer, nach offizieller Lesart, marxistischer Ökonom.
(2) Christiaan Cornélissen, 1864–1942, niederländischer Autor und Syndikalist.
(3) Thorstein Veblen, 1857–1929, US-amerikanischer Ökonom und Soziologe.
(4) Michael Albert, „Ein Vorschlag zur Güte" (Interview), siehe DA #188 (Juli/August 2008), auch online
(5) Transición: 1975–1982, Übergangsphase vom Franquismus zur parlamentarischen Demokratie in Spanien.
(6) Marktsozialismus in Jugoslawien: Modell der „Arbeiterselbstverwaltung", bei dem der Staat auf detaillierte Planungsvorgaben verzichtete und eine Entscheidungsfindung durch die ArbeiterInnen auf der Betriebsebene, zum Beispiel über die Löhne und die Investitionsquote, zuließ.

Momentaufnahmen von Geschichten

Sprechen mit Bildern – Die Fotos von Hinrich Schultze lassen die Ereignisse der „Kommune von Oaxaca“

„Die beste Kamera ist die, die man dabei hat“. Diesen Leitspruch hat sich ein Pressefotograf zu eigen gemacht, der seine Fotos nicht in den Dienst der Presse stellt. Die Bilder aus der Kamera, die Hinrich Schultze 2006 in Oaxaca dabei hatte, sind zu einem gewichtigen Sprachrohr der „Kommune“ mit der Welt geworden. Mit der Direkten Aktion traf sich der Fotografie-Aktivist zum Gespräch.

Unser Treffen ist kurzfristig umverlegt worden: Anstatt zu ihm nach Hause gehen wir ins „Frappant im Exil“, wo Hinrich sein Büro hat. Das Frappant-Gebäude in Hamburg-Altona ist einer der vielen Orte einer Auseinandersetzung, die sich auf der



Schufften für den Boom: Bauarbeiter in Panama-City

einen Seite soziale Bewegungen, FreiraumaktivistInnen und die „Recht auf Stadt“-Initiative, und auf der anderen der Hamburger Senat, die Immobilienbranche und etliche GroßinvestorInnen derzeit leisten. Das jahrelang leerstehende Frappant ist ein riesiger Büro-, Wohnraum- und Gewerbekomplex, der durch eine Vielzahl freischaffender KünstlerInnen und MedienaktivistInnen besetzt wurde – und so in dem fast komplett durchgestylten und kommerzialisierten Stadtteil Altona einen Kontrapunkt der Selbstverwaltung setzen konnte. Doch mittlerweile haben die Abriss- und Sanierungsarbeiten am Frappant begonnen: Die Stadt bot all ihre Kreativität auf und schenkt nun mittels breitangelegter Bezuschussung für die notwendige „Infrastruktur“ (Schnellstraßen, Anbindung an die Autobahn) der Welt eine niegelnagelneue IKEA-Filiale. Die bisherigen NutzerInnen, von denen viele schon zuvor aus ihren Räumen auf St.Pauli vertrieben wurden, sind – auch nur aufgrund ihres Protestes – nun vorübergehend in einem Gebäude untergebracht, das in seiner Geschichte schon als Bundeswehrkaserne, als Stützpunkt der Bundespolizei und auch als Unterbringung von AsylbewerberInnen fungierte. Hinrich erzählt mir dies alles, während wir an den schweren Holztüren vorbei ins Treppenhaus des Gebäudes gehen. „Wie lange die Leute nun hier drinnen bleiben können, hängt davon ab, wie sehr sie darum kämpfen wollen, wie immer.“ Während der erste Stock mit flimmerndem Schwarzlicht und wilder Wanddekoration einen Festivalcharakter vermittelt, wird's im Zweiten schon seriöser. Ein „Zeitzeugen-Archiv“ hat Bilder aufgestellt, eine „Initiative Hochformat“ lädt ein vorbeizuschauen; und auch auf den anderen Gängen scheint sich einiges abzuspielen. Auf dem Weg in den dritten Stock wird mir klar, wie groß das Gebäude ist und wie viele Menschen hier die Räume nutzen. Trotz der Größe des Ortes teilt sich Hinrich einen Raum mit einer zweiten Person – zwei Welten kommen hier zumindest räumlich zusammen, die der Fotografie und die der Malerei.

Von einem Auftragsreisenden zum Chronisten einer historischen Situation

Draußen zeigt sich das Hamburger Wetter von seiner altbekannten Seite; gegen Kälte und Nässe reicht mir Hinrich Schwarzen Tee. Er will gleich loslegen, über Panama, die aktuelle Situation der ArbeiterInnenkämpfe und die Repression des Staates. Ich halte ihn zurück: „Erzähl doch erst mal über dich!“. Ich hatte Hinrichs Fotos bei Veranstaltungen zu Oaxaca gesehen und war sofort eingenommen gewesen von dieser unglaublichen Nähe und vor allem der solidarischen Perspektive, die auf den Bildern der Straßenschlachten, Streiks, Blockaden, Demonstrationen und Streiks immer zum Ausdruck kommt; Hinrichs Fotos bilden die Bewegung nicht einfach ab, vielmehr spricht aus ihnen der Moment, die Situation direkt zu uns. „Nun ja, also, ich bin halt tatsächlich gelernter Fotograf“, lässt Hinrich ein wenig missmutig von Panama, dem Ziel seiner letzten Lateinamerika-Reisen, ab. Ihm geht es deutlich mehr darum, die politische und soziale Lage der Orte, die seine Fotos bebildern, zu schildern als über sich selbst zu reden. Studiert hat Hinrich in Kassel und arbeitete dann als Pressefotograf mit dem Fokus auf soziale Themen, 13 Jahre lang schoss er Bilder für die *Taz*. 2006 kam dann der Umbruch: Für eine deutsche Stiftung ging er nach Mexiko, um in Chiapas Bilder über die Zapatistas und die aktuelle Lage zu machen. „Aber auf dem Weg dahin bin ich in Oaxaca hängen geblieben“ – Hinrich geriet mehr oder weniger zufällig in die soziale Revolte, die heute als die „Kommune von Oaxaca“ bekannt ist. Seitdem liegt sein Schwerpunkt auf den Kämpfen der emanzipatorischen Bewegungen in Mittelamerika. „Die drei Monate in Oaxaca während der Kommune haben mich tief beeindruckt. Ich habe das damals Anfang der 80er miterlebt, als sich Gleichgesinnte von überall her zusammengetan haben, um sich im Projekt ‚Freie Republik Wendland' unabhängig vom Staat sozial zu organisieren. Aber 2006 in Oaxaca wurde das über Monate in einer Großstadt realisiert, und zwar von Menschen, die nicht schon vorher eh jahrelang



Die Wiedereinnahme Oaxacas war Schwerstarbeit für die Büttel des mexikanischen Staates



In Panama stehen die Rechte der Indigenen auf der Abschussliste der Regierung

politisch aktiv waren. In der ganzen Stadt gab es keine Regierenden, keine Gerichte, keine Polizei mehr – und es hat einfach verdammt gut funktioniert!“ All die bürgerlichen Schreckgespenster über Chaos, Kriminalität und das Versagen des sozialen Lebens beim Fehlen einer staatlichen Ordnung seien in Oaxaca als Hirngespinste entlarvt worden. „Es war einfach sicherer in Oaxaca ohne den Staat als mit ihm.“ Natürlich sei auch „viel Scheiße passiert“ bei den brutalen Straßenkämpfen mit der Polizei und den oft genug auch tödlichen Auseinandersetzungen mit den Paramilitärs. Aber die Selbstorganisierung der Bevölkerung funktionierte, und zwar ohne dass eine Partei oder sonstige hierarchische Organisationen, ohne dass irgendwelche „FührerInnen“ die Stadt und die Bewegung kontrollierten; basisdemokratisch koordinierten die Delegierten der verschiedenen Gruppen und Initiativen den Widerstand und das Leben.

Von öffentlicher Solidarität und dem Desinteresse der Öffentlichkeit

„Die derzeitige Repression bezieht sich ja immer noch auf das, was 2006 passiert ist.“ Der Staat und sein rechter Anhang sind mit der „Kommune von Oaxaca“ auch nach ihrer gewalttätigen Zerschlagung noch nicht fertig. Erst am 22. Oktober diesen Jahres wurde Catarino Torres, Mitglied des „Komitees der Verteidigung der BürgerInnen“ (Codeci) ermordet – er war 2006 nach der Einnahme der Stadt durch den Staat einer der ersten gewesen, die inhaftiert worden waren. Das Problem der gezielt mordenden Paramilitärs ist die größte Bedrohung der sozialen Bewegungen in Mexiko und stellt auch einen qualitativen Unterschied zu Panama, Hinrichs derzeitigem Schwerpunkt, dar. „Was damals mit Brad, dem Indymedia-Journalisten aus den USA passiert ist, wissen wir ja alle“. Brad wurde 2006 in Oaxaca auf offener Straße von Paramilitärs erschossen. Seine Mörder wurden zwar fotografiert, brauchen aber eine Verfolgung durch den Staat nicht zu fürchten. Hinrich hatte Brad noch persönlich kennen gelernt, war mit ihm in einer Gruppe von etwa zehn solidarischen ausländischen Journalisten in Oaxaca unterwegs gewesen. Er selbst, sagt Hinrich, hatte während seines Aufenthalts jedoch kaum Probleme – nur ab und zu hätten sie wegen der Bedrohung durch die Paramilitärs die Wohnung wechseln müssen. Ich frage, ob die Intensität der Auseinandersetzung nicht eine Hemmschwelle für ihn gewesen wäre, selber Bindungen dort aufzubauen. Doch Hinrich findet die Frage unangebracht. „Die Leute waren einfach unglaublich warmherzig und interessiert, und obwohl ich nicht gut Spanisch spreche, war ich ständig in Kommunikation, habe ungemein viel gesehen und erlebt.“ Die Situation der Menschen sei doch noch viel mehr Grund, da zu sein und hinzuschauen, als sich aus dem Staub zu machen. „Denn das schlimmste für die Leute ist es, wenn niemand mitbekommt, was für ein Unrecht passiert, oder sich einfach niemand dafür interessiert.“

Genau dieser Vorwurf ist aber so gut wie allen Medien in Deutschland zu machen. Eigentlich sind die großen Zeitungen und Nachrichtensendungen hierzulande immer sehr hinter Bildern von brennenden Barrikaden, Aufnahmen von Straßenkämpfen, Meldungen von Toten und Verletzten her. Doch während ansonsten jede Unruhe in der medial sogenannten „Dritten Welt“, solange sie nur spektakuläre Bilder liefert, in die westlichen Klischees gezwängt wird und dann als Kurzmeldung ihren Weg in unsere Nachrichten findet, schwieg die deutsche Presse beinahe gänzlich während der sechs Monate der „Kommune von Oaxaca“, wie sie auch heute zu der Repression in Mexiko schweigt. „Ich habe meine Fotos der Presse angeboten, aber bis auf die *Junge Welt* hat sich niemand mit Oaxaca beschäftigen wollen. Vielleicht passte es einfach nicht ins Weltbild der deutschen Medienlandschaft, dass die Unterdrückten eine Zeit lang nicht bloß die Opfer waren, sondern ihr Schicksal selbstbestimmt in die Hand genommen haben.“ Noch nicht einmal die *Taz*, Hinrichs ehemaliger Arbeitgeber, nahm sich des Themas an. „Der *Taz*-Korrespondent sitzt halt in Mexiko City und fährt wohl nicht gerne in die Provinz. Das ist typisch für deutsche Zeitungen.“ Die offizielle Regierungspolitik und der Drogenkrieg sind für deutsche Medien anscheinend das Wichtigste, über das es aus Mexiko zu berichten gilt. „Dabei war Oaxaca ein wirklich wichtiges, einschneidendes Ereignis.“ Ich frage ihn, wie es denn für die Leute vor Ort war, wenn er mitten in den Auseinandersetzungen mit dem Staat oder abends bei den Barrikaden mit der Kamera auftauchte – schließlich herrscht auf deutschen Demos oft eine sehr ausgeprägte Ablehnung gegenüber FotografInnen. „Wenn es nicht in Ordnung war für die Menschen, hab ich natürlich nicht fotografiert. Aber allgemein war ihnen das Interesse der Öffentlichkeit immer enorm wichtig. Schon paradox, dass gerade der enorme Grad der Repression dazu beigetragen hat, dass sich die Leute in der Frage der Bilder ganz anders verhalten, als es auf den meisten Demonstrationen in Deutschland der Fall ist.“ So werden seine Bilder, auf denen kämpfende Menschen ohne Vermummung oder Verpixelung der Gesichter zu sehen sind, nicht nur in Deutschland ausgestellt, sondern auch von der Bewegung in Mexiko gerne auf Veranstaltungen gezeigt. Während sie in Oaxaca dem kollektiven Gedächtnis und der Doku-

mit offenem Ausgang

und die Kämpfe der ArbeiterInnen und Indigenen in Panama zu Wort kommen

mentation der eigenen Verhältnisse dienen, sind Hinrichs Bilder in Deutschland vor allem dafür von Wert, dass die Ereignisse jenseits der wenigen Berichte für uns überhaupt vorstellbar sind. Und in dieser Funktion stoßen die Momentaufnahmen aus der „Kommune von Oaxaca" auf vielfaches Interesse – wenn auch die Presse ihm die kalte Schulter zeigte, so kann sich Hinrich zumindest nicht über einen schleppenden Verkauf seiner Fotos auf Veranstaltungen oder über das Hamburger *Café Libertad Kollektiv* beschweren. Dass so etwas aber nur ein Nebenaspekt für ihn darstellt, versteht sich von selbst – die Erfahrungen und Freundschaften sind das Wichtigste, das Hinrich aus dieser Zeit mitnehmen konnte. Seine Kontakte pflegt er daher weiter, erst vor kurzer Zeit begleitete er einen Bekannten aus Oaxaca auf dessen Info-Tour durch Europa.

Hierzulande eine Solidaritätsstruktur aufzubauen, wie sie etwa für die Zapatistas in der südlichen Nachbarprovinz Chiapas besteht, gestaltet sich jedoch schwierig. „Peace Brigades International hat angefangen, sich der Thematik anzunehmen, und auch Café Libertad versucht, zu unterstützen. Doch die Repression ist einfach enorm." Ein Aktivist aus Finnland, der in Oaxaca Kontakte zu Kollektiven aufbauen wollte, wurde von Paramilitärs erschossen – die Zapatistas haben den mexikanischen Staat auch gelehrt, Solidaritätsbewegungen frühzeitig anzugreifen.

Oh wie schön ist...? In Panama schießt der Staat auf Gewerkschaften

„Wie kam es denn dann zu dem Blickwechsel auf Panama?" Etwas abrupt ändere ich das Thema. Ich merke, dass Hinrich noch sehr viel mehr zu Oaxaca erzählen könnte, der große Stapel an Bildern seiner neusten Fotoreihe, der direkt vor mir liegt, erregt hingegen schon längere Zeit mein Interesse. Doch Hinrich kann hier nahtlos ansetzen: „2007 bin ich wieder nach Mexiko gegangen, wieder nach Oaxaca, dann weiter nach Chiapas. Mit ein paar Freunden von dort bin ich dann mit Bussen durch Mittelamerika gefahren und schließlich in Panama gelandet." Kaum dort angekommen, ergab es sich, dass Hinrich sich gleich in die Arbeit stürzen konnte: Er half mit, das alternative, selbstorganisierte Nachrichtenportal „Frenadesonoticias" aufzubauen. Dieses sendet heute täglich eigenproduzierte Nachrichten als Film und Radiopotcast landesweit und steuert den regierungs- und unternehmerfreundlichen Medien entgegen. Und zu berichten gibt es für Frenadesonoticias einiges: Seit einigen Jahren kämpfen Gewerkschaften und indigene Gemeinschaften gegen einen Staat, der mit zunehmender Brutalität seine turbokapitalistische Entwicklung durchpeitscht. Drei Tote gab es in den letzten Jahren auf Seiten der Bewegungen zu beweinen – ermordet nicht von Paramilitärs, wie es in Mexiko meistens der Fall ist, sondern von der Polizei. Einer der Toten war ein wichtiges Mitglied der BauarbeiterInnengewerkschaft „SUNTRACS", Hinrich hatte ihn noch persönlich kennen gelernt – womit nun schon zwei Leute getötet wurden, mit denen er Kontakt hatte. „Eigentlich ist es einem ja bewusst, wie heftig der Kampf dort ist", denke ich, „aber trotzdem fehlt uns so oft der tatsächliche Bezug". Derweil erzählt mein Gesprächspartner weiter und geht auf die Hintergründe der Auseinandersetzung ein. SUNTRACS ist der Regierung deshalb ein Dorn im Auge, weil es ihr gelungen ist, im boomenden Baugeschäft die ArbeiterInnen massenhaft zu organisieren und so für dortige Verhältnisse hohe Löhne zu erkämpfen. „Das ist der Wahnsinn dort, in der Hauptstadt, entlang des Kanals, überall schießen riesige Hochhauskomplexe aus dem Boden. Und die Inseln werden von reichen Leuten von überall her aufgekauft, um Prachtvillen drauf zu setzen. Das Land ist also enorm von den BauarbeiterInnen abhängig." Doch während ein Land wie Panama natürlich gern mit extrem niedrigen Löhnen als Standortfaktor hausieren gehen würde, nutzten die organisierten ArbeiterInnen die Gunst der Stunde – und werden seit dem entsprechend von der Regierung behandelt. Mit Polizeigewalt werden „gelbe Gewerkschaften" im Interesse der Unternehmen gegen SUNTRACS in Stellung gebracht: „Die SUNTRACS Leute wollten ArbeiterInnen auf einer dieser Inseln, auf denen sich so ein paar Superreiche ihren Lebensabend einrichten lassen wollen, agitieren. Die gelben Gewerkschaften riefen die Polizei, und diese verbot das Verteilen von Flugblättern auf der Insel. Als die SUNTRACS-AktivistInnen dennoch weitermachten, erschoss die Polizei einen von ihnen."

Wenn die Polizei für den Standort schießt: SUNTRACS-Organisierte tragen den Sarg eines Genossen

Mehr als vereinzelte ArbeiterInnen-Kämpfe

Und die Zeichen stehen weiter auf Sturm in Panama. „Der neue Präsident ist selbst Multimillionär und persönlich mit der Industrie verstrickt. Klar, dass der voll auf Konfrontation geht." Staatschef Ricardo Martinelli, mit italienischen Wurzeln und besten Beziehungen zu Berlusconi, führt nicht bloß den scharfen Kampf gegen SUNTRACS fort, sondern geht seit seinem Amtsantritt auch vor allem gegen die indigenen Gebiete und die ArbeiterInnen auf den Bananenplantagen vor. Bei Auseinandersetzungen zwischen den ArbeiterInnen und der Polizei am Rande eines Streiks auf einer der zahllosen Plantagen des Landes wurde einigen Menschen mit Schrotflinten ins Gesicht geschossen, so dass diese, grausam entstellt, ihr Augenlicht verloren – was danach vom Präsidenten öffentlich gerechtfertig wurde: Die Schuld sei nicht der Polizei zu geben, sondern den Gewerkschaften, die die ArbeiterInnen aufgehetzt hätten. Gleichzeitig geht die Regierung rabiat gegen alle Umweltbestimmungen vor, die Indigene und soziale Bewegungen zuvor erkämpft hatten. „Eigentlich waren der Umweltschutz und damit verbunden die Rechte der Indigenen sehr weit fortgeschritten in Panama. Doch das wird gerade alles in einem unglaublichen Tempo im Interesse der Industrie weggewalzt." Die Kämpfe der BauarbeiterInnen und der Indigenen finden an diesem Punkt ihren gemeinsamen Kontext. Überhaupt seien die verschiedenen Bewegungen sehr gut vernetzt, und Solidarität würde im Kampf mit dem Staat sehr groß geschrieben, erzählt Hinrich. Er zeigt mir Fotos von Demonstrationen von SUNTRACS, auf denen Indigene demonstrativ in ihrer traditionellen Kleidung auftreten. Zudem rekrutiert sich das verarmte Subproletariat Panamas, die Basis der vielen Niedriglohnsektoren des Landes, massiv aus den indigenen Gemeinden. Hinrich zeigt mir auch die Fotos der Großstadtslums, in der die aus ihren Gemeinden Vertriebenen häufig als Tagelöhner auf ihre Anstellung warten.



Viele von Hinrichs Fotos gingen um die Welt – wie etwa der „Anarcho-Käfer" aus Oaxaca

Ein Lehrstück für die Welt

An dieser Stelle komme ich noch mal auf Oaxaca zu sprechen. Auch dort entzündete sich der Aufstand, aus dem dann die „Kommune von Oaxaca" erwachsen sollte, an gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen, nämlich dem Streik der LehrerInnen. Gleichzeitig bildeten die indigenen Bewegungen eine wichtige soziale Basis der Kommune. „Die Lehrer haben ja gerade wegen der miserablen sozialen Situation der Familien gestreikt", nimmt Hinrich den Faden auf. Auch wenn letztendlich die LehrerInnen-Gewerkschaft der Spaltungsstrategie der Regierung auf den Leim ging und sich durch Lohnsteigerungen ruhig stellen ließ, so verfolgten die kämpfenden Lehrkräfte anfangs vielmehr gesamtgesellschaftliche Ziele: Kostenlose Mahlzeiten für die Kinder in der Schule, kostenloses Lehrmaterial, bessere Ausstattung der Schulen, Anerkennung der indigenen Lebensrealitäten im Unterricht und vieles mehr. Dadurch hatten sie die Mehrheit der Bevölkerung von Beginn an auf ihrer Seite – und als die Repression des Staates gegen die LehrerInnen begann, brach ein allgemeiner Aufstand aus. Während der „Kommune von Oaxaca" waren dann wiederum die gesellschaftlichen Strukturen der indigenen Gemeinden eine wichtige Inspiration für die basisdemokratische Organisierung des Lebens, wobei die Zugehörigkeit zu einem Volksstamm keine Rolle mehr spielte: „So etwas kann ohnehin nur funktionieren, wenn alle zusammenhalten."

Wie er die aktuelle Lage in Oaxaca einschätzt, will ich zum Schluss unseres Gesprächs noch wissen. „Dass der Gouverneur Ulises Ruiz Ortiz endlich weg ist, hat nicht viel verändert. Doch das war den meisten Leuten auch klar." Die Bewegung sucht derzeit den Weg aus der Defensive, in die sie die Repression gedrängt hat. Die fatalen Erdrutsche vor einigen Wochen, bei denen hunderte Menschen ums Leben kamen, haben die Situation noch verschärft: „Überall sind dort nun Soldaten zu sehen, die angeblich das Land wieder aufbauen. Doch dabei halten sie Gewehre in der Hand – wie soll das bitte gehen?" Die „Kommune von Oaxaca" war der Welt ein Lehrstück für eine Gesellschaft jenseits des Staates und seiner Organisationen – umso wichtiger ist es nun, dass ihre AkteurInnen nicht in Vergessenheit geraten.

Marcus Munzlinger

Die Bilder von Hinrich Schultze findet ihr auf www.dokumentartoto.de. Dort gibt's auch weitere Infos und Kontakt. Außerdem vertreibt das Café Libertad Kollektiv in Hamburg einige seiner Werke.

Was will die FAU-IAA?

Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.

Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus.

Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentration und Hierarchie bedeuten. Weder soll, noch kann mensch mit StellvertreterInnen-Politik wie sie z.B. von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.



Dagegen sind wir direkt und indirekt lohnabhängigen Menschen für Selbstorganisation in unabhängigen Betriebs-, Branchen- und Ortsgruppen. Diese sind bundesweit (in der FAU) und international (in der IAA) zusammengeschlossen.

Zur Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen dienen uns sämtliche Mittel der Direkten Aktion, wie z.B. Besetzungen, Boykotts, Streiks etc. Im Gegensatz dazu lehnen wir die parlamentarische Tätigkeit in jeglicher Form ab. Mit dieser Art von Organisation verbinden wir die Möglichkeit, Vereinzelung und Perspektivlosigkeit aufzuheben und so für eine revolutionäre Veränderung auf freiheitlicher Grundlage zu kämpfen.

Da die Macht und die Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten bzw. staatlichen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und in der tagtäglichen Ausbeutung der arbeitenden Klasse begründet sind, ist der ökonomische Bereich der Hauptansatzpunkt für den antikapitalistischen Kampf.

Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an seiner Wurzel. Diese Arbeit kann nur erfolgreich sein, wenn in allen gesellschaftlichen Bereichen gleichzeitig revolutionäre Arbeit geleistet wird, da alle Kämpfe in einer Wechselbeziehung zueinander stehen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Eigenbrötler und Individualist

Des letzten Rätsels Lösung: Abraham Gordin, ein Unangepasster auf den Spuren Leo Tolstois

Was kann man heute lernen von einem jüdischen und jiddischsprachigen Anarchisten, der in Moskau, New York und Tel Aviv lebte? Abraham „Abba" Gordin hatte einen ganz eigenen Blick auf die Moderne, auf Freiheit und Gleichheit, und auf das bürgerliche Versprechen, jeder finde sein Glück, wenn er nur danach suche. Besonders die Verwendung der jiddischen Sprache, der Gershom Scholem eine „unvergleichliche anarchische Lebendigkeit" zuschreibt, ist Ausdruck der modernen Identität und des Lebensgefühls (*Yidishkeyt*) der osteuropäischen EinwandererInnen in den USA und in Israel, die ihre Identität im neuen Land nicht völlig aufgeben wollten. Das war nicht selbstverständlich, denn Jiddisch galt als Sprache des Rückständigen, der Isolation und des Ghettos.

Geboren 1887 in Mikhalishok im heutigen Litauen, teilte Abba Gordin den Lebenslauf vieler seiner Zeitgenossen der jüdischen Aufklärung in Osteuropa und erhielt zunächst eine religiöse Ausbildung. Zusätzlich zum alltäglichen Jiddisch lernte er Russisch, Neuhebräisch und Englisch, um die – aus Sicht seines Vaters ketzerischen – aufklärerischen Schriften Tolstois und Puschkins lesen zu können.

Gordin begann 1908 zunächst auf Russisch und Jiddisch, später auf Englisch und Hebräisch zu schreiben. 90% seiner Arbeiten schrieb er auf Jiddisch. Seine Familie und Freunde waren *Misnagdim*, eine rationalistische Strömung osteuropäischer Juden und Jüdinnen, die besonders in Litauen stark vertreten war. Gerade in Osteuropa hat sich eine spezifische jüdische Bewegung herausgebildet, die sich von der westlichen Aufklärung unterschied und die ihre Emanzipationsforderungen mit sozialen Problemen verband. Nachdem sich Gordin mit seinem Vater ob der Frage, ob man länger auf den Messias warten solle, überworfen hatte, ging er nach Moskau, wo er der *Anarkhistisher Federatsiye* (Anarchistische Föderation) beitrat. Gordin arbeitete kurze Zeit mit den Bolschewiki und erhoffte sich besonders während der Februarrevolution 1917 eine gemeinsame inhaltliche Ebene. Bald schon schrieb er aber polemische Artikel mit talmudischen Parabeln und Gleichnissen gegen die autoritäre Führung der Kommunisten. Schon Mitte 1918 war er überzeugter Antikommunist. Nach einem Bombenanschlag in Moskau auf das Büro der KP im September 1918, wurden auch AnarchistInnen verfolgt, eingesperrt und hingerichtet. Gordin selbst wurde auch von der Tscheka verhört – er konnte sich später selbst nicht erklären, warum er am Leben gelassen wurde.



Abba Gordin schrieb unter anderen auch für die Freie Arbeiter Stimme in den USA.

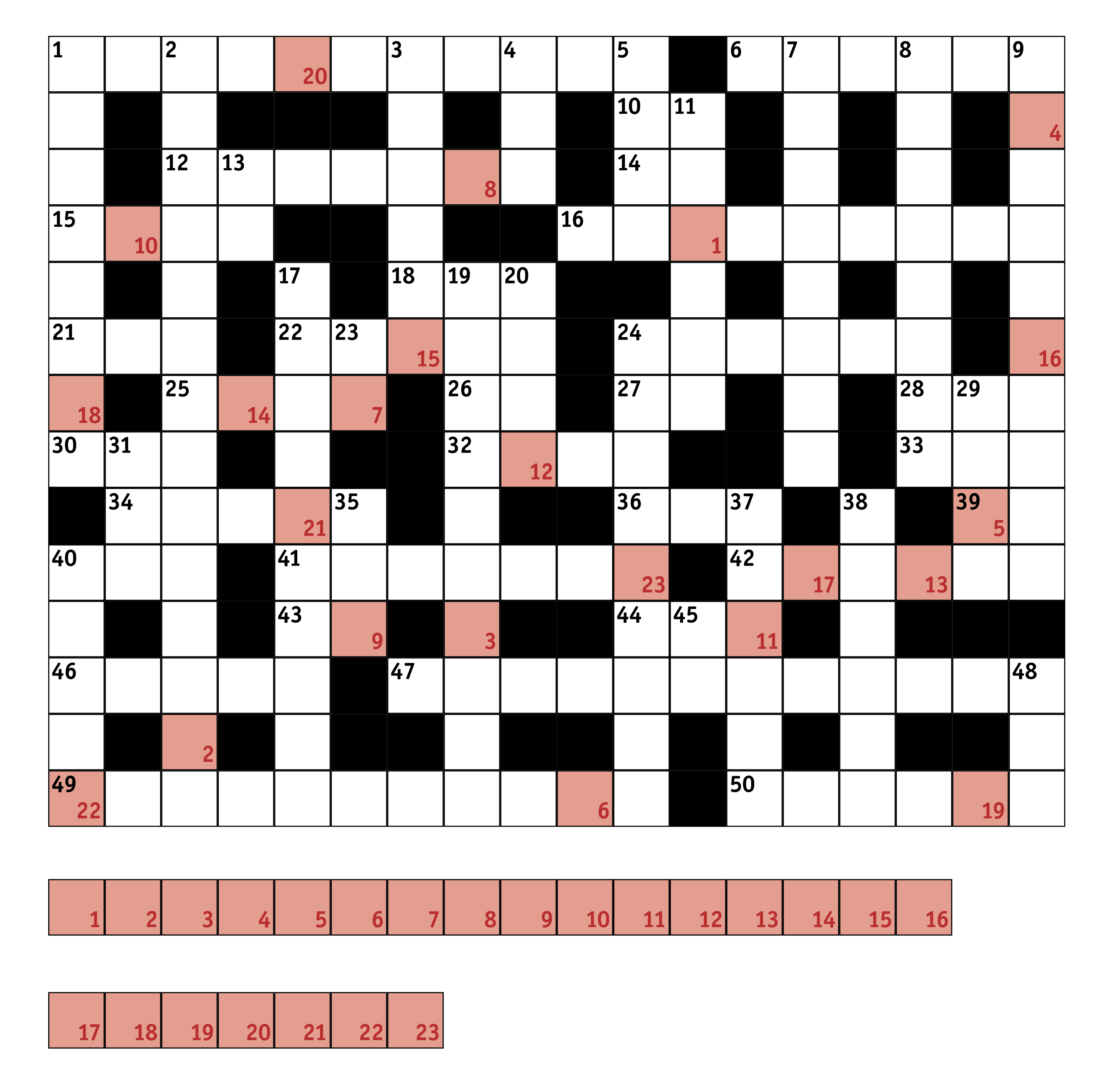
Am 6. Februar 1926 floh Gordin nach New York. Dort arbeitete er an englischen, russischen und jiddisch-sozialistischen Zeitschriften wie der *Freien Arbeiterstimme* mit. Mit zunehmender Einsamkeit wanderte er 1958 nach Israel aus, wo er die hebräisch-jiddischen *Problemot* herausgab.

In vielen seiner Veröffentlichungen beschäftigte sich Gordin mit ethisch-kulturellen Fragen im Zusammenhang mit Anarchismus, Judentum und *Yiddishkeit*, wie zum Beispiel in „Die soziale Frage" (1940). Ein immer wiederkehrendes Element in den Texten Gordins ist die Auseinandersetzung mit der Mystik. Er befasste sich in seinen späteren Jahren immer mehr mit dem Propheten Moses, dem Rabbi Jehuda Löw von Prag und Isaak Luria und entwickelte dabei vor dem Hintergrund der Erfahrungen in Russland seine eigene Kultursoziologie. Seine Religiosität ist wohl nur mit der Leo Tolstois vergleichbar und zeigt eben auch, dass Anarchismus nicht automatisch atheistisch sein muss, sondern viele verschiedene Gesichter hat.

Im Jahr 1964 starb Abba Gordin einsam in Ramat Gan (Tel Aviv, Israel), wohin er 1958 ausgewandert war. Sein letztes Werk „Musar ha-Yahadut" – eine Übersetzung aus dem Jiddischen ins Hebräische – wurde posthum veröffentlicht.

Lilian Türk

Sozialrevolutionäres Kreuzworträtsel Nr. 67



Hinweis zum Rätsel: Umlaute (ä, ö, ü) bleiben, das ß wird (falls vorhanden) als „ss" geschrieben.

Waagerecht

1. Form des Klassenkampfes, die sich oft als sehr wirksam erweist (in Frankreich fast volkssportartig verbreitet, in Deutschland hingegen kaum praktiziert) 6. Seebad bei Greifswald: das hier gelegene AKW wurde 1990 abgeschaltet (Basisumweltgruppen spielten eine wichtige Rolle) 10. kryptisch: ein Kreis und ein zweiter Kreis mit eingeschlagener rechter Seite 12. Musikstück für sechs Instrumente sowie die Ausführenden 14. chemisches Zeichen für Aluminium 15. schmutziger Witz 16. von den Mitgliedern leninistischer Parteien wird meistens erwartet, dass sie die Parteibeschlüsse schweigend hinnehmen und blindlings ausführen (Synonym für die zwei groß geschriebenen Wörter) 18. unendlich langer Zeitraum 21. „Alle Räder stehen still, wenn mein starker ~ es will" 22. ungefähr 24. gefährdeter Süßwasserfisch (Fisch des Jahres 2002) 25. Oberbegriff für Maßnahmen, die man nach einem Arbeitsunfall oder bei einer Berufskrankheit besuchen kann <Abk.> 26. Gehirnwäsche, Leibesertüchtigung und Personenkult: das alles gab es in der Jugendorganisation der NSDAP <Abk.> 27. Kfz-Kennzeichen für Uelzen 28. franz. Abkürzung für BRD 30. englisch für „sterben" 32. französischer Adeliger (1740-1814), der dank einer Reihe pornographischer, kirchenkritischer und philosophischer Romane bekannt wurde: de ~ 33. jüdische Bezeichnung für Nichtjuden: ~im 34. glänzendes Atlasgewebe, Futterstoff <engl.> 36. Elend, Armut 39. Regionalexpresszug <Abk.> 40. zarte, anmutige weibliche Märchengestalt 41. Zahlwort 42. Geächteter, Verbrecher <engl.> 43. Fußsoldat der US-Armee, v.a. im 2. Weltkrieg <Abk.> 44. Energiekonzern mit Sitz in Düsseldorf, der dank der Verlängerung der AKW-Laufzeiten kräftig absahnen wird (es sei denn, wir machen den Damen und Herren einen Strich durch die Rechnung!) 46. Enzym, das eine Molekülspaltung katalysiert; ~n kommen in allen Lebewesen vor 47. ein Angebot, hinter dem sich weniger oder anderes verbirgt, als es den Anschein hat 49. Kurzbezeichnung für einen der einflussreichsten Texte des Marxismus, „Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft" (von Engels im Vorwärts veröffentlicht, Mitarbeit von Marx) 50. Tucholsky hatte Recht: Soldaten sind ~.

Senkrecht

1. Schneesturm <engl.> 2. während der Wirtschaftskrise 2008/9 wurden in Not geratene Großbanken vom Staat großzügig unterstützt, weil diese ~ seien 3. unabgesichert (v.a. von Lebens- und Arbeitsbedingungen) 4. alter deutscher Spruch, den man auch als SozialrevolutionärIn unterschrieben kann: Was nicht ~, kann noch werden 5. Stadt am Mittelrhein, einer der fünf Rheinbrückenköpfe der US-Armee im März 1945: St. ~ 7. umfallen 8. dank der Verpackungsindustrie liegt vor vielen Städten ein ~ 9. zwielichtiger russischer Nihilist, der Beziehungen zu Bakunin unterhielt 11. durch gemeinsame egoistische Interessen verbundene Gruppe 13. BiologInnen unterscheiden zwischen zwei Arten von Zwillingen: zweieiigen (Abk. ZE) und eineiigen (Abk. ~) 17. bei GeschäftsinhaberInnen erpresste Geldsumme 19. mühevoller Weg, schwere Arbeit 20. Gattung der Giftnattern 23. Was macht der Esel? 24. ningelig, gnatzig (von einem Kleinkind) 29. einst mächtige unabhängige Gewerkschaftsföderation in Argentinien <Abk.> 31. Bezeichnung im Drogenjargon für eine reine Form des Methamphetamin (auch „Crystal" genannt") 35. Kfz-Kennzeichen von Wismar 37. Teil eines Plattenspielers 38. zum Glück nicht mehr so häufige abwertende Bezeichnung für „Italiener" 40. erzkatholische Stadt und Hochburg der CDU in Osthessen 45. Medizinerjargon für „Operation" <Abk.> 48. kleines, freches Kind.

Wieder gibt es ein DA-Abo (sechs Ausgaben) zu gewinnen. Wenn ihr bereits ein Abo habt, wird es einfach um sechs Ausgaben verlängert. Das Lösungswort könnt ihr der DA-Aboverwaltung schicken, entweder per E-Mail <da-abo@fau.org> oder per Post (DA-Aboverwaltung, c/o FAU München, Schwanthaler Str. 139 Rgb, 80339 München).
GewinnerIn #201: wird nachgereicht

Auflösung # 66





anarchosyndikalistische Zeitung der Freien ArbeiterInnen Union (FAU-IAA)

Direkte Aktion
c/o FAU München
Schwanthaler Str. 139 Rgb
80339 München

ISSN 0949-1872

Redaktionsanschriften:
BuG: da-bug@fau.org
Globales: da-globales@fau.org
Hintergrund: da-hintergrund@fau.org
Kultur: da-kultur@fau.org
Zeitlupe: da-zeitlupe@fau.org
Schlussredaktion: da-schlussredaktion@fau.org

Verleger: Direkte Aktion e.V., c/o DFG-VK, Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt/M.

ViSdP: Florian Wagener

Druck: Union Druck Berlin

Redaktionsschluss DA 203: 17. Dezember 2010

Eigentumsvorbehalt: Die Zeitung ist solange Eigentum des Absenders, bis sie an den Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts.